

Forwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 10. März 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Inflation-Gebühr

Beträgt für die sechsgipflige Kolonelle oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Berichts- und Berichtigungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Wohnmanns-Preis pro Nummer 10 Pfennig. Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pfennig. Einzelne Nummer 5 Pfennig. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfennig. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Quittung.

Im Monat Februar gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 3. Kreis 500.—, 4. Kreis Südost 1000.— (darunter Sparverein „Streng Reell“ 20.—, Silberler, Kaufplatz 13 4,60, Beitrag Monteuffestr. 123 1.—, aufgelöster Statklub „Düne Ransch“ 5.—, Beitrag von Semmling 5.—, restierende Beiträge von Kahlenberg 3,40, Tischlerei A. W., Götlicher Ufer 23 30.—, 6. Kreis 6600.— (darunter Räder, Huttenstraße 3.—, Arbeiter-Radsfahrer der Provinz Brandenburg, Gausstr. 25.—, Dr. F. M. 10.—, Ueberschuh d. Kranzsp. für Rosenow v. d. Arbeitern der Firma Röder 14,50, Lesellab „Nordkante“ 4,81, Fuhertolonne E. Rixdorf durch Gustav 10.—, Recitationsabend Bezirk 500 3,20, Kleiner Saalbesitzer Badstraße 54 4.—, Personal der Buchdruckerei Wigal 2,25, Bau Schinger, Fuhertolonne Schumann 1,80, A. W. Nister 1.—), Berlin, diverse Beiträge: A. W. 5.—, Central-Verband der Deutschen Brauerei-Arbeiter, Sekt. I 5.—, Dr. L. A. 100.—, Ueberschuh der Kranzsp. f. Rosenow v. d. Arbeitern der Gasmeier u. Gasofenfabr. Mariendorf 11,65, Gesammelt v. 4 Tabakarb. der Cigarrenfabrik Schliemannstraße 3.—, Uebersch. der Kranzsp. f. Rosenow v. d. Arb. am Bau d. Landesversicherungsanstalt 5,15, Sechster Klasse Tischlerei Schwarz, Urbanstraße, Saal 2 Treppen 10.—, H. für Schwabegeschmalkalden 200.—, Zur Wiedererwerbung verlorener Rechte 10.—, Contobucharbeiter vom Wedding 5.—, Vierprozent der Schlosser der Firma Platow 14,60, Munition zum Kampfe für Wahrheit und Recht 4.—, Ueberschuh der Kranzspende für Rosenow von den Arbeitern der Daimler-Motoren-Gesellschaft Marienfelde 45,35, 2 u. S. B. 10.—, Cigarrenfabr. R. Schulz, Friedrichsbergstr. 21, 8.—, Für einen Arbeiter-Rotzkalender 0,50, Vorwärts-Zinsen v. Dr. Fr. 6.—, Zeitungsfonds aus Grabowsee 2.—, Amerik. Aukt. bei W. Hagelbergerstr. 2, 2,60, A. B. 2.—, M. G., Mitgliedsbeitrag für 1904, 17.—, Arb. d. Neuen Berliner Genossenschaftsbäckerei 26.—, Gutenberg 36,50, Mitgl. d. U.-Dr. 4,75, Buchhandlung Vorwärts 20,000.—, Durch Stadt, 1.—, Fuhertolonne A. Vogel, amerik. Auktion 2.—, F. S. 50.—, A. B. 50.—, Beelitz, Sanatorium, Ueberschuh der Kranzspende für Rosenow 9.—, Vera 50.—, Bentzen D. Sch. l., von den Parteigenossen 5.—, Breslau, sozialdemokratischer Verein 100.—, Pant-Wilhelmshafen, Wahlverein 128,20, Cottbus, P. 2 2.—, Chemnitz, J. 1.—, Charlottenburg, für Wahlagit. i. Esch. Schmalff. 5.—, Dresden-A., sozialdemokratischer Verein 500.—, Falkenberg (Oberh.) 2.—, Fürth, Wahlkreis 20.—, Gotha, v. d. Parteigenossen durch den Vertrauensmann 30.—, GutsMuths bei Striegau 4.—, Gießen, E. R. 10.—, Gera (Neu), sozialdemokr. Verein Neuf. J. 2 150.—, Hornberg i. Schwarzg., Beitrag v. Wahlverein 10.—, Hannover, 3. Wahlkreis 4000.—, Hildesheim, Parteibeitrag 25.—, Gannover 1000.—, Leipzig, 12 u. 13. Jahrg. Reichstags-Wahlkreis 2000.—, Lützenau, für Reichstags-Anbau 5.—, Landeshut i. Sch. l., sozialdemokr. Wahlverein Landesb. Hollens-Jauer 30.—, Ludenwalde, Rufus 5.—, Mülhausen im El., Einzelmitglieder der sozialdemokr. Partei Deutschlands 10.—, Nürnberg, G. u. M. 4.—, Niederwörlitz, 19. Jahrg. Reichstags-Wahlkreis 100.—, Offenburg i. S., Traubl 1,30, Ronsdorf, Ueberschuh v. d. Reichstagswahl d. Wahlkreises Pennep. Neumeyer-Reitmann 50.—, Randow-Greifenhagen, sozialdemokr. Wahlv. 4. Quart. 1903 100.—, Rügenhain, Arbeiter-Bildungsverein 3.—, Stralsburg i. E., Altvater 5.—, Schwarzenbach a. S., sozialdemokr. Verein 5.—, Solingen, vom Reichskomitee 45.—, Stuttgart, G. U. 10.—, Schweinfurt, sozialdemokr. Verein 10.—, Teltow-Beetzow-Charlottenburg, Wahlverein, Dezember u. Januar 200.—, Württemberg 100.—, Waldheim, Wahlv. 1. Quart. 1904 25.—, Berlin, den 8. März 1904.

Für den Parteivorstand:
A. Gerich, Kreuzbergstr. 30.

Eine sozialdemokratische Veranstaltung.

In Wort und Bild ist denen, die hören wollen und sehen wollen, während dreier Tage das himmelstreichende Elend der verdamnten Heimarbeit vorgeführt worden und der Weg ist gezeigt worden, auf dem Hilfe gebracht werden kann. Aber die herrschenden Kreise wollen nicht hören. Die Melodie von der sozialdemokratischen Veranstaltung, die schon vor dem Kongress angeschlagen wurde, wird nun noch eine Zeitlang fortgespielt werden. Der ganze stumpfsinnige Chorus der großen und kleinen Repressivpresse, der den Unverstand der Massen kultiviert, wird in den nächsten Tagen druden, was die „Konservative Korrespondenz“ heute bereits schreibt:

Der Heimarbeiterskongress hat sich, wie vorausgesehen war, als durch und durch sozialdemokratische Veranstaltung erwiesen. Zur Dekoration dienten einige Sozialreformer der sogenannten von Verleppischen Richtung. Neben dem Hauptführer der Gewerkschaften „Genossen“ Wegien und dem Vorsitzenden des Tabakarbeiter-Verbandes hatte der Herausgeber der „Sozialen Praxis“, Professor Franke, die Ehre, den Vorsitz zu führen. Durch diese Wahl ist nun einmal das innige Verhältnis dieser Richtung der fortgeschrittenen Sozialreformer zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften vor dem Lande festgesetzt. Wenn auf diese Weise die Sozialdemokraten mit sozialreformerischer Staffage die Heimarbeitertage in die Hand nehmen, so wird schon etwas Gutes — für die rote Fahne herauskommen. Daß die Beschuldigung des Heimarbeiterskongresses durch Regierungsvertreter seitens des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern abgelehnt worden ist, kann man nur mit Befriedigung aufnehmen. Die Politiker der „Sozialen Praxis“ werden sich jedoch dadurch mit Zug und Recht bloßgestellt fühlen. Es gehört in der That schon mehr als bloße Einseitigkeit in der Beurteilung der Sozialreform dazu, eine Veranstaltung von bürgerlicher und „wissenschaftlicher“ Seite zu unterstützen, die den Zweck hat, den sozialdemokratischen Partei- bzw. den gewerkschaftlichen Organisationsinteressen zu dienen.

Eine sozialdemokratische Veranstaltung! Und damit ist es abgethan. Auf diesen erhebenden Standpunkt stellt sich auch die Regierung des Landes der Sozialreform, die nächstens auf der

Weltausstellung in St. Louis wieder mit goldenen Obelisken prahlend die deutsche Versicherungsgelehrte heranzuziehen wird, sich wohl hütend, das Gebirge zerbrochener Arbeiterknochen zu zeigen, das den Hintergrund bildet. Eine Ausstellung des deutschen Heimarbeiters-Elends sollte in St. Louis nicht fehlen.

Graf Vosadovsky mußte bedauern, sich auf dem Kongress nicht vertreten lassen zu können. — Sozialdemokratische Veranstaltung! Wenn hätte ihn die österreichische Regierung im eignen Hause unsterblich blamiert. Das österreichische Handelsministerium hatte bereits einen Vertreter zum Kongress angemeldet. Für das österreichische Handelsministerium ist es selbstverständlich, Einladungen zu Arbeiterkongressen anzunehmen; man weiß dort, daß es die Aufgabe einer Regierung ist, sich über bestehende Zustände aller Volksteile zu unterrichten, und so war es für diese Behörde auch selbstverständlich, der Einladung zu einem so wichtigen Kongress zu folgen, wie der erste allgemeine Heimarbeiterskongress. Aber statt des angemeldeten Vertreters kam am Montag ein Expreßbrief aus Wien: Man bedaure sehr... — Sozialdemokratische Veranstaltung?

Das wohl nicht, aber — internationaler Terrorismus, nicht sozialdemokratischer, sondern preussisch-deutscher auf „diplomatische“ Wegen erfahrener Terrorismus. Die Regierung der Sozialreform kann sich doch nicht gefallen lassen, von einer befreundeten Regierung im eignen Hause lächerlich gemacht zu werden.

Der Berliner Kommunalrevisor darf nicht einmal so viel Höflichkeit, auf die Einladung zu antworten. In Berlin giebt es ja kein Heimarbeiters-Elend; was braucht sich deshalb der Berliner Magistrat um eine Veranstaltung zu kümmern, die diesen Elend den Krieg erklären will.

Die Einladung zum Kongress und sein Verlauf haben gezeigt, daß nichts den Veranstaltern ferner gelegen hat, als eine sozialdemokratische Parteidemonstration zu veranstalten. Wenn es aber eine sozialdemokratische Veranstaltung gewesen wäre: ist darum das nichtwürdige Elend weniger belämpfenswert, weil es auch von Sozialdemokraten belämpft wird? Wird es dadurch belämpft, daß man den Kampf dagegen zu diskreditieren sucht, sobald er von Sozialdemokraten geführt wird?

Die Scharfmacherpresse und mit ihr im Verein die Regierung und die große Mehrheit der bürgerlichen Parteien arbeiten allerdings mit Eifer daran, daß der von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie geführte Kampf gegen die Heimarbeit zu einer gewaltigen Demonstration einzig für die Gewerkschaften und für die sozialdemokratische Partei wird. Sie wollen ja nicht mitelfen am guten Werke; hilflos stammeln sie: Sozialdemokratische Veranstaltung! Und alle Welt wird einsehen lernen, das gute Werk, der Kampf gegen die Heimarbeit ist wirklich nur eine sozialdemokratische Veranstaltung.

Die bürgerlichen Sozialreformer, die bürgerlichen Frauen, die mitelfen wollen, in Ehren! Aber was steht hinter ihnen? Von ihren Klassen Genossen, die die Macht in Händen haben, werden sie verspottet, den Frauen treten die Männer feindselig gegenüber! Die Macht, die der brutalen Gewalt der herrschenden Klasse Zugeständnisse abringen und sie zwingen kann und sie zwingen wird zu Wahregeln gegen das Elend, das ist nur die gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiterklasse.

Der Kampf gegen die Heimarbeit ist ebenso wie der Kampf gegen alles Elend eine sozialdemokratische Veranstaltung.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. März.

Die starken Männer.

Am Mittwoch wurde Herr v. Einem vom Reichstag sein „hohen Gehalt“ bewilligt, nachdem er sichtlich gebeten, ihn doch nicht länger warten zu lassen; sein hohes Gehalt — 36 000 Mark jährlich — dürfte als Normallohn von den Arbeitern für auskömmlich befunden werden.

An diesem letzten Tage der allgemeinen Militärdebatte warfen die Wortführer der reaktionären Parteien um ganz und gar die Maske ab. Hatte man an den vorhergehenden Tagen noch den Schein zu wahren gesucht, als ob man gegen die sozialdemokratische Kritik gleichfalls mit geistigen Mitteln ankämpfe, traten am Mittwoch die starken Männer in die Arena, kempelten die Kanne auf, produzierten ihre Museln und erklärten sich bereit, die ganze nützliche Gesellschaft aus dem Hause zu werfen. Diese Taktik des Hausmechts oder auch der ostelbischen Prügelfrohen Gesinde-Ordnung befristeten Herr v. Röscher, der Erfinder des dummen, aber starken Mannes, und später mit noch vergröberten Klumpheit der Herr v. Oldenburg-Januschaw (bekannt vom Circus Busch), dessen Programm sehr einfach ist: Gewalttätiger Umsturz des Wahlrechts, Ausweisung der sozialdemokratischen Führer, Unterdrückung der sozialdemokratischen Presse; das sind so seine kleinen Mittel für den Anfang. Die mit kräftigem Stallhumor vorgetragene Majoritätsrede der beiden starken Männer waren insofern nicht wertlos für die gegenwärtige Diskussion militärischer Fragen, als sie ja durch ihre eigne von keinem Gedankens Waffe angekränkelte Gewaltthätigkeit zeigten, aus welchen Anschauungen das preussische Offizierscorps in seiner Wehrheit hervorgeht. Der starke Mann — das ist die Seele des Militarismus; der starke Mann soll auch der Wändiger aller Kultur werden. Sie pfeifen auf alle Grundsätze, sie lächen über jede geistige Kritik, sie regieren mit der Keilpeitsche und die brutale Gewalt ist ihre Vernunft.

Es gehört zu der Art der starken Männer, daß sie sich auch ihre eignen Holzgesäßen halten, welche die Aufgabe haben, die Moral des politischen Begehrers mit den Lehren des Christentums in Uebereinstimmung zu bringen. Diese Rolle spielt seit jeher Stöcker,

der zwar wegen allzu skandalösen Betragens aus dem Vorstand der konservativen Partei ausgeschlossen ist, der aber nichtdestoweniger heute als der eigentliche Sprecher der von keiner Intelligenz mehr bedrohten Partei der nichts als starken Männer gelten muß. Die stumpfsinnigen Herren auf der rechten Seite hängen geradezu an den Lippen dieses Pfaffen, die ein bekannter Romandichter einmal gekennzeichnet hat, daß sein Mund wie ein vernarbter Messerschnitt sei. Früher fiel Stöcker noch bisweilen ein grobkörniger Wis ein, jetzt ist es nur noch solchlose, verlogene, greifenhafte Demagogie, die noch ein wenig die alte rhetorische Wesie mechanisch beherrscht. Er kennzeichnet den Tiefstand der Konservativen, daß, wenn sie nicht mit den Wäskeln, sondern mit „Geist“ zu sechten wünschen, niemand anders haben wie eben diesen längst abgehafterten Typus eines eng- und eisenstümpigen Rudertums.

Es waren sicher keine Liebendwürdigkeiten, die Bebel heute dem gefalhten Liebling der starken Poltmänner sagte, aber jedes Wort traf und mit Stöcker wurde auch die gefamte Reaktion gepeitscht. Stöckers Erwiderung war geradezu hilflos und bestand eigentlich nur in einem hübschen Jonglierkunststück mit Citaten, die er sich selber mit fabelhafter Geschwindigkeit im Munde verdrehte.

Von jochlichen Wert waren in der langen Debatte nur noch die Ausführungen unfres Genossen Braun über die Sozialpolitik der Militärverwaltung, insbesondere auch über die grauenhafte Ausbeutung der Heimarbeit. Das verblüffteste Intermezzo aber bot der preussische Kriegsminister, der bis dahin sich gestellt hatte, als wisse er von der Existenz des Prinzen Vrenberg so gut wie nichts, und nun plötzlich — vor die Frage gestellt — mit der harmlosesten Miene von der Welt zugab, daß er selbst als Kommandeur in Münster das prinzipielle Schenken in die Arme eingeführt hat. Es scheint also ein Charakterzug erstklassiger Menschheit, sich erst dann zu erkennen zu geben, wenn es durchaus nicht mehr anders geht. Damit ist aber nur die Tragödie eines perverben Führers der Nation zu der Farce eines Kriegsministers geworden, mit der man sich noch wird eingehender beschäftigen müssen. Vielleicht holt sich Herr v. Einem einen starken Mann zu Hilfe. —

Budde über das Koalitionsrecht der Eisenbahner.

Im Abgeordnetenhaus hat am Mittwoch bei der Fortsetzung der Beratung des Etats der Eisenbahnerverwaltung Minister Budde wieder einmal Anschauungen über das Koalitionsrecht der Arbeiter zum besten gegeben, die alles bisher dagewesene übertreffen. Herr Budde suchte sich selbst zu übertrumpfen. Wie sein Kollege Podbielski im Herrenhause sich über die klaren Bestimmungen des Gesetzes und der Verfassung im „nationalen Interesse“ hinwegzusetzen sucht, so kennt Budde im Abgeordnetenhaus im Interesse „der Bedrohung des Staates vor dem Umsturz“ weder Recht, Gesetz noch Verfassung. Für ihn ist das Koalitionsrecht ein bloßes Schlagwort, mit dem Unfug getrieben wird, er glaubt, wenn er den Arbeitern gnädig gestattet in die unter seiner Aufsicht stehenden Vereine einzutreten, ihnen aber den Beitritt zu Organisationen verbietet, die mit der Sozialdemokratie Fühlung haben, so hat er ihnen mehr zugestanden, als ihnen gesetzlich zusteht. Schonungslos entläßt er alle Eisenbahnarbeiter, die die Sozialdemokratie unterstützen. In so dreister und unerhörter Weise, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, wie dieser ehemalige Offizier, hat sich noch niemals selbst der erbitterteste Gegner der Sozialdemokratie geäußert, auf eine so krasse Unkenntnis über das Wesen der modernen Arbeiterbewegung stößt man selbst unter den zurückgebliebensten und ungebildetesten Schichten der Bevölkerung nicht.

Aber seien wir nicht ungerecht! Lassen wir Entschuldigungsgründe gelten! Man braucht durchaus nicht besonders scharfsinnig zu sein, um zu erkennen, daß Herr Budde unter schweren Bahndienstleistungen leidet. Tag und Nacht träumt er von einem Streik aller Eisenbahn-Arbeiter, ja in seinen Fieberphantasien rebet er sich sogar ein, daß die Sozialdemokratie bereits Verbindungen mit dem Auslande angeknüpft hat, um im geeigneten Moment das Wort wahr machen zu können: „Alle Räder stehen still!“ Dieser hochgradigen Erregung willen wollen wir ihm die Beschimpfungen, die er unter dem Schutze der Immunität machte, nicht allzu hoch anrechnen; wenn er den Hafenarbeiterstreik in Holland als einen frivolen bezeichnete, so muß man das mit seiner Unkenntnis entschuldigen, wenn er die Sozialdemokraten als die schlechtesten Vertreter der Eisenbahnarbeiter hinstellt, so wissen wir, daß nur ein ohnmächtiger Wutausbruch ihm solchen Unfuh in den Mund legen kann, und wenn er schließlich den sozialdemokratischen Agitatoren vorwarf, daß sie stets mit Unwahrheiten und Beschuldigungen vorgehen, so hat er nur erklärlich gemacht, warum selbst die reaktionäre Fäulnis-Firma Ludwig Loewe froh war, Herrn Budde an die preussische Regierung abgeben zu können.

Keine Entschuldigung aber finden wir für die unerhört dreiste Unterstellung des Herrn Budde, als ob die Sozialdemokratie, dem Grundsatz „Eigentum ist Diebstahl“ huldigend, sich an fremdem Eigentum vergreift. Weil ein angeblich sozialdemokratischer Arbeiter bei einem Diebstahl ertappt wurde, hat der Minister die Stirn, von der Tribüne des Landtages herab indirekt die Sozialdemokratie als eine Schar von Spitzbuben zu bezeichnen. Wenn nichts anderes, so hätte das bloße Anlandsgefühl, das selbst ein preussischer Minister besitzen sollte, ihn veranlassen müssen, sich Zurück-

haltung aufzuwerfen und seine Dut zu jügeln in einem Parlament, wo kein Vertreter der so schmächtig von ihm verleumdete Partei in der Lage ist, die ihm gebührende Antwort zu erteilen.

Aber freilich, Herr Budde kennt seine Umgebung; er weiß, was er sich im preussischen Abgeordnetenhaus erlauben kann. Er weiß, daher in seinen öden Beschimpfungen der Socialdemokratie selbst die Freisinnigen auf seiner Seite hat. Hat doch Herr Goldschmidt von der Freisinnigen Volkspartei, dessen Rede dem Minister Anlaß zu seinem Bitterausbruch gab, es für nötig befunden, jedem Tadel, den er dem Minister ausstieß, ein Lob hinzuzufügen und gleichzeitig den Socialdemokraten einige Seitenhiebe zu versetzen! Fühlte sich doch sein Parteigenosse Kopsch, der nach dem Minister zu Worte kam, auch nicht mit einem Worte veranlaßt, Herrn Budde entgegenzutreten, ganz so schweigen von dem Abg. Savigny (C.), der ausdrücklich das Koalitionsrecht der Eisenbahner für überflüssig erklärte, da sie ja das Petitionsrecht hätten, und von dem konfessionellen Herrn Strömer, der dem Minister seine Anerkennung für seine Scharfmacherrede aussprach.

Herr Budde mag triumphieren über seinen Erfolg. Um im Parlament einen Erfolg zu erringen, dazu gehört absolut kein Geist. Im Gegenteil, je geistloser ein Redner ist, desto sicherer der Erfolg, wenn er nur kräftig zu schimpfen versteht. Vor der civilisierten Menschheit dagegen hat sich der Minister für alle Zeiten unsterblich blamiert, und der Socialdemokratie vollends hat er in ihrem Kampfe gegen das heutige System wertvolles Material geliefert. Offenbar werden nun endlich auch denen die Augen aufgehen, die noch immer nicht von der socialpolitischen Rückständigkeit der Regierung überzeugt sind.

Die Abtragung des Jesuitengesetzes.

Endlich hat sich der Bundesrat entschlossen, wenigstens einen Teil des Jesuitengesetzes gegen die Jesuiten fallen zu lassen. Die Fassung, die Graf Bülow im Februar 1903 gab, wird erfüllt, § 2 des Jesuitengesetzes vom 4. Juli 1872 wird beseitigt.

Der Paragraph besagt:

„Die Angehörigen des Ordens der Gesellschaft Jesu oder der ihm verwandten Orden oder ordensähnlichen Kongregationen können, wenn sie Ausländer sind, aus dem Bundesgebiete ausgewiesen werden. Wenn sie Inländer sind, kann ihnen der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten versagt oder angetrieben werden.“

Die Hauptbestimmung in § 1 des Jesuitengesetzes, die den Orden selbst aus dem Reiche ausschließt und die Errichtung von Niederlassungen untersagt, bleibt erhalten, obschon auch seine Aufhebung oft mit großer Majorität des Reichstages beschlossen worden ist.

Erhebliche praktische Bedeutung hat die Aufhebung des § 2 nicht, da derselbe so gut wie niemals zur Anwendung gekommen ist. Die Aufhebung hat um so mehr symbolischen Wert, sie ist das Zeichen nicht einer vernünftigen Abneigung gegen Ausnahmegesetze, sondern der Reigung der Regierungen, mit dem Centrum Friede und Freundschaft zu halten. Das Centrum steigt und ist zugleich in der angenehmen Lage, dennoch genug Agitationsstoff zu bewahren durch die Aufrechterhaltung des § 1 des Jesuitengesetzes.

So drängend auch die Gefahr des Bundes zwischen Regierung und Merkantilismus, die Socialdemokratie begrüßt die Abtragung eines Stückes des Jesuitengesetzes, für die sie stets gewirkt hat. Mag der Merkantilismus insgesamt seine Kräfte entfalten; nicht durch Ausnahmegesetze ist er zu bekämpfen, sondern durch Vernunft und Socialismus.

Ueber Protektionswesen in der Armee

wird uns von sachkundiger Seite geschrieben:

Wie ist es möglich, daß ein Mann wie Prinz Arenberg Offizier werden, und denn auch noch als Kurstürmer nach Afrika gehen konnte, trotzdem es doch — wie ja auch die Gerichtsverhandlung ergeben hat — jedermann aus seiner Umgebung bekannt war, daß er von Jugend auf verrückt war. So fragte der „Vorwärts“, so fragte Dr. Gradnauer im Reichstage den Kriegsminister. So fragt jetzt auch heutzutage die bürgerliche Presse, sogar die „Deutsche Tageszeitung“, welche sich scheinbar die römischen Aukturen zum Beispiel genommen hat. Dem sie sollte sich doch diese Frage am besten selbst beantworten können; führen doch von ihr Tausende von Jäden zu den Offizierskreisen.

Für die Eingeweihten und mit den Verhältnissen Vertrauten ist die ganze Sache kein Rätsel. Die Schuld trägt einzig und allein das Protektionswesen, welches in der Armee in höchster Blüte steht. Schon bei der Anmeldung zum Eintritt als Fahnenjunker sängt es an. Der Vater aus „ehrenwerthem bürgerlichen Hause“, der den scheinbar unbegreiflichen Entschluß faßt, seinen Sohn Offizier werden zu lassen, muß Referenzen ausgeben zwecks Empfehlung von Erbsitzungen über seine „soziale Stellung und pekuniäre Lage“. Hierbei spielt eine große Rolle der Landrat des betreffenden Striebes. Wehe dann dem armen Vater, der es gewagt hat, nicht immer „Ja“ zu sagen, sondern einmal eine eigene, entgegengelegte Ansicht zu vertreten.

Aber angenommen, der Vater wäre immer loyal gewesen, die Auslösung wäre nach Wunsch ausgefallen. Dann wird der Sohn, falls er einigermaßen gesund ist und die allerdings lächerlich leichten Examen besteht, wohl erstklassiger Mensch zweiter Güte. Um aber in diesem erhabenen Beruf fortzukommen, bedarf es weiterer Protektion, wenn man nicht die sogenannte „Ochsenjour“ machen, d. h. es bis zum Hauptmann bzw. Major bringen und dann irgendwo als Bezirksoffizier, höchstens Bezirkskommandeur endigen will.

Wie oft kann man unter Offizieren, wenn von einem als besonders tüchtig bekannten Herrn die Rede ist, fragen hören: „Hat er Konnexionen?“ — Nein. — Schade, aus dem hätte sonst etwas werden können.

Daß Prinz Arenberg große Konnexionen hatte, wird bei derartig hohem Adel jedermann einsehen. Ja, er hatte so gewichtige Konnexionen, daß man sich der Einsicht nicht verschließen konnte, daß er alle, auch für einen erstklassigen Menschen erster Güte notwendigen Eigenschaften besitze. Und so wurde er Kavallerie-Offizier. Den armen Regiments-Kommandeur mag wohl manchmal vor dem edlen Prosper gegraut haben. — Ja, aber seine hohen Verbindungen, da lieg sich nichts machen. Und erleichtert mag der Kommandeur aufgetaucht haben, als er vernahm, Prinz Arenberg wolle in den Kolonialdienst treten.

Für den gewöhnlichen erstklassigen Menschen zweiter Güte sind in dieser Beziehung fast drakonische Bestimmungen erlassen. Wer sich um eine Stelle in den Schutztruppen bewirbt, darf nie an Syphilis leiden haben, darf kein Trinker und muß unbeschäftigt sein, darf keine Schulden besitzen (beinahe ausgeschlossen) usw.

Als schneidiger Kavallerist sah Prinz Arenberg leicht und elegant über diese Hindernisse hinweg.

So ging der edle Prosper hinaus, um Afrika zu kultivieren, und seine Vorgesetzten waren froh, daß sie ihn los wurden.

Deutsches Reich.

Herr v. Einem.

Citruslünke. Der preussische Kriegsminister hat anscheinend in seinem Bureau einen Decernenten für Citate, den er schleunigst hinauswerfen sollte, wenn anders ihm daran liegt, mit ungeläufigen Beweisstücken zu operieren.

Bebel hatte im Reichstage die selbstverständliche Erklärung abgegeben, daß auch die Socialdemokratie ihr Vaterland verteidigen werde. Daraufhin meinte Herr v. Einem — am 7. März — er glaube das nicht und berief sich dafür auf folgenden Beweis:

Wie stimmt denn dies schöne Wort zu dem, was in der Reichstagsführung vom 9. März 1903 (Zurufe). — 1893; ich habe mich verprochen — der Abg. Grillenberger — den werden Sie wohl nicht abschütteln? — gesprochen hat:

So werden wir uns eines Tages mit der Frage befassen, ob wir uns im Falle eines Aufstandes oder eines Krieges weigern sollen, zu marschieren.

(Hört! hört! rechts.)

Das kann Ihnen noch passieren, und die Zeit dürfte, wenn Sie so fortfahren, gar nicht so fern sein.

Der Einbruch dieses Citats mußte und soll sein, daß die Socialdemokratie einmal durch den Mund Grillenbergers hat erklären lassen, „wir“ würden den Kriegsdienst verweigern. Was aber hat Grillenberger wirklich gesagt? Der eine Satz ist nämlich mit raffinierter Bosheit aus dem Zusammenhange gerissen, alle Vorbedingungen und Voraussetzungen sind absichtlich beiseite geschafft und die „wir“ des Originals sind nicht etwa die socialdemokratische Partei, sondern Erwägungen von Arbeitern, die durch die Maßnahmen der Militärverwaltung zum äußersten getrieben wären.

Grillenberger hat nach dem amtlichen Stenogramm gesagt:

„Sie sprechen immer so viel von der „Versöhnung“ der verschiedenen Bevölkerungsklassen; namentlich wird das bei großen Arbeiterdebatten ins Feld geführt, daß die verschiedenen Bevölkerungsklassen, die durch uns angeblich „aufgereizt“ seien, versöhnt werden sollen. Glauben Sie denn dadurch, daß die Militärverwaltung den Socialdemokraten die Arbeit verweigert, daß sie ihnen die Lokale abtreibt und ihnen die Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts einschränkt, dadurch, daß sie die socialdemokratischen Rekruten in ganz besonders schimpflicher Weise auf dem Exerzierplatze behandelt, — glauben Sie denn dadurch die Arbeiterklasse zu versöhnen? Im Gegenteil! Sie können es ebenso gut dahin treiben, daß die Leute sich sagen: wenn wir nicht von den Staatsverhältnissen beschäftigt werden, wenn man uns verhungern läßt, wenn man uns auf diese ghiländische Weise behandelt, trotz alledem aber von uns alle militärischen und staatsbürgerlichen Pflichten gerade so gut verlangt wie von andern, so werden wir uns eines Tages mit der Beratung der Frage befassen, ob wir uns nicht im Falle eines Aufstandes oder eines Krieges weigern sollen, zu marschieren. Das kann Ihnen noch passieren; und die Zeit dürfte, wenn Sie so fortfahren, gar nicht so fern sein.“

Gegen diese Argumentation der Verweigerung läßt sich schlechterdings nichts einwenden. Es handelt sich nicht um eine Erwähnung der socialdemokratischen Partei, sondern um die Ausmalung verweigerter Stimmungen, in die der Arbeiter von der Militärverwaltung hineingekehrt werden könnte. Der Mensch aber, der Herrn v. Einem das Citat in die Hände gespielt hat, ist sicher gewandt, aber verdient nicht das Vertrauen eines verantwortlichen Ministers. Wenn wir in dieser Weise die Rede des Herrn v. Einem citieren wollten, so würde es kinderleicht sein, zu beweisen, daß Herr v. Einem zum Königsmord aufgefordert habe.

Einem als Anstandslehrer.

Wenn auch nicht gefordert werden kann, daß ein sehr junger Kriegsminister ein Politiker sei und ernsthaft über die großen Fragen der allgemeinen, sozialen und politischen Volksentwicklung Bescheid weiß, so ist aber die andere Leistung allerdings zu fordern, daß er die Fragen seines Ressorts zu behandeln versteht. Nun ist gewiß, daß eine Hurrapresse durch die Sprechmanierlichkeiten des Herrn v. Einem dehonoriert, seinen Ruhm, seinen glänzenden Sieg über die Socialdemokratie in das Land hinausjagt, aber die Ernüchterung wird nicht ausbleiben und es wird aus dem Begeisterungsdunst die Thatsache hervortreten, daß Herr v. Einem alle entscheidenden Momente der socialdemokratischen Kritik übersehen und seine ganze Kraft darin erschöpft hat, irgendwelche Einzelheiten als unrichtig nachzuweisen oder anzugeben. Wenn die Socialdemokratie darauf: In der Armee herrschen die ungeheuerlichsten Privilegien von Geburt und Reich, so erwidert Herr v. Einem: Der „Vorwärts“ hat eine Unrichtigkeit über das Servisgesetz behauptet. Diese gerade vom Standpunkt der Militaristen unzulängliche Vertretung des Kriegsministeriums wird je länger je mehr offenbar werden.

Inmerhin sind wir dem Kriegsminister dankbar, wenn er und einen Irrtum nachweist. Herr v. Einem wies am Mittwoch auf unseren Artikel vom 21. Februar d. J. über „Gehaltsaufbesserung auf Umwegen“. Er sagte, die amtliche „Berliner Korrespondenz“ habe die Unrichtigkeit der Meinung, daß die Servisfrage für die Offiziere erhöht werden sollen, mitgeteilt, aber der „Vorwärts“, der ein unabhängiges Blatt sein will, habe seine Angabe nicht berichtigt.

Uns ist die Verichtigung nicht in der „Berliner Korrespondenz“, wodurch sie offiziellen Charakter erhalten hätte, zu Gesicht gekommen. Wir fanden sie in der „Kordd. Allg. Ztg.“ und auffällig verdeckt in der Beilage. Angesichts dieser verdeckten Veröffentlichung und nach den vielfachen Erfahrungen, welche die gesamte Presse mit derartigen Verichtigungen gemacht hat, die oft nur ein Spiel mit Worten bedeuten, sind wir allerdings nicht zur sofortigen Ueberrahme der Richtigstellung gelangt. Unser Artikel vor uns von einem stets sehr zuverlässigen Hochmann in militärischen Fragen von anwärts zugegangen und wir beachteten, zunächst seine Darstellung des Sachverhalts einzuholen. Nachdem nun Herr v. Einem selbst die Verichtigung wiederholt hat, haben wir uns selbst überzeugt, daß unser Mitarbeiter in diesem Falle ein Irrtum zugefallen ist. Er hat übersehen, daß die in der Anlage 1 zur Begründung des Servis-Begehrens gegebene Zahlensummenstellung nicht neue Vorschläge, sondern den bisherigen Zustand darstellt, ein Uebersehen, das leicht begreiflich ist, da die hohen Summen des Selbstmieteservis sich, so weit wir sehen, in früheren, dem Reichstag vorgelegten Servisgesetz-Entwürfen nicht finden, so daß leicht der Schein entstehen konnte, daß hier Erhöhungen gefordert werden. Es ist also mit Herrn v. Einem festzustellen, daß in diesem Falle ein Irrtum vorgekommen ist.

Vielleicht hat nun der Kriegsminister die Güte sich zu erkundigen, wie ein sehr großer Teil der ihn feiernden Presse erwiesene Unrichtigkeiten und Verleumdungen gegen Socialdemokraten behandelt. Er kann erfahren, daß diese Presse, die Herr v. Einem als eine unabhängige Presse lobt, todesmüdig jede Richtigstellung unterläßt.

Aber Herr v. Einem selbst sollte ein wenig zurückhaltender sein. Das Verhalten, das er im Arenberg-Falle einschlug, giebt ihm am wenigsten das Recht zu moralischer Enttäuung.

Am Sonnabend wurde Herr v. Einem vor die Frage gestellt, wie es möglich war, daß Prinz Arenberg Offizier

werden und bleiben konnte. Herr v. Einem schweig und am Montag verlas er ein Gutachten über die Schwierigkeiten, den Geisteszustand Arenbergs zu erklären. Am Dienstag erklärte Herr v. Einem den Fall als einen traurigen. Erst als am Mittwoch von socialdemokratischer Seite die Thatsache mitgeteilt wurde, daß Arenberg durch Herrn v. Einem selbst, damaligem Kommandeur des Kürassier-Regiments, als Offizier angenommen worden ist, bequante sich der Kriegsminister zum Zugeständnis dieser Thatsache und zum — freilich aussichtslosen — Versuch, die Vorgänge möglichst harmlos darzustellen.

Herr v. Einem hat anscheinend ein Gefühl dafür, daß er ein Angeklagter ist. Angeklagte sind berechtigt, nichts zu sagen, was der Ankläger ihnen nicht beweisen kann. Sie gestehen erst, wenn sie entdedt sind. Sie setzen sich aber zugleich der Vermutung aus, daß sie andres im Versteck verborgen halten.

Die Wahlrechtsfrage in Sachsen-Weimar.

Aus Weimar wird uns berichtet:

Seit 50 Jahren beschäftigt den Landtag in jeder Legislaturperiode die Forderung des Landtags-Wahlrechts. So regelmäßig wie diese Frage wiederkehrt, ebenso regelmäßig wird sie jedesmal nach heftiger Debatte abgelehnt. So war es auch in der Sitzung am 7. März. Die diesmalige Begründung, welche für den Ausschluß der Abg. v. Bohneburg schriftlich vorgelegt hatte, wich jedoch, den früheren allgemeinen Wendungen und Darstellungen gegenüber, ab. Der Herr hatte berichtet eine geschichtliche Darstellung der Entwicklung des Wahlrechts in England, Frankreich und Deutschland zu geben, um schließlich das Resultat dahin zusammen zu fassen, daß das Wahlrecht nicht als ein jedem Menschen angeborenes Recht anzusehen ist, sondern als eine öffentliche Funktion, die eine Befähigung voraussetzt. Ein jedes Wahlrecht wird den Bedürfnissen angepaßt und kann nach Bedürfnis nötigenfalls umgestaltet werden. Dieses konservative Glaubensbekenntnis verteidigte dann der Abg. Rechtsanwalt J. A. Lohs, der sich als Agrarier ohne Kar und Palm bezeichnen, als ihm der Abg. Vaudert vorhielt, daß er ja gar nicht anders hier auftreten könne, da er doch als der Anwalt der 10 Tausend Großagrarien gewählt sei. Die National-liberalen traten zum Teil nur für den Befall der Wahlmännerwahlen ein. Die privilegierten Wahlen wollen die Herren nicht antasten, dafür wollen sie aber bei den allgemeinen Wahlen das direkte Verfahren einführen, natürlich soll das wahlfähige Alter auf 25 Jahre hinaufgesetzt werden und es soll nur wählen können, wer mindestens 900 M. Einkommen hat. Außer den beiden Freisinnigen, die für die weitgehendsten Verbesserungen sich aussprachen, traten in der entscheidenden Weise unsere Genossen Vaudert und Reidt für das direkte gleiche geheime Wahlverfahren ohne jede Beschränkung ein. Der Abg. Vaudert wies nach, daß der Bericht einige Sätze wörtlich enthalte, die man bereits im Jahre 1795 im französischen Konvent gegen dieselbe Forderung angewendet habe, es beweise dies, wie rückständig die Mehrheit des Landtages sei. Nach einem lebhaften Redegescheh, in welchem unsere Genossen der reaktionären Mehrheit manche bittere Wahrheit sagten, erfolgte in namentlicher Abstimmung die Ablehnung jeder Verbesserung. Nur fünf Abgeordnete stimmten für das gleiche, geheime und direkte Wahlverfahren. Elf Abgeordnete stimmten, gegenüber zwanzig National-liberalen und Konserverativen, für Befestigung der Wahlmänner-Wahlen und gleichzeitig sprach diese Mehrheit noch den Wunsch zu einer weiteren Verschlechterung des Wahlrechts aus.

Die „Germania“ hat offenbar unter dem ihr aufgelegten Schutze über den „beseuhteten“ Fall Arenberg schweigen gelitten. So erklärt es sich, daß sich das katholische Centralorgan heute für den langen Zwang zu entschuldigen und sich an einem niedlichen Reiferfeuerchen schablos zu halten sucht. Sie widmet also einen ausführlichen Leitartikel den socialdemokratischen „Blasphemien“ im Reichstag, die darin bestanden haben sollen, daß in einem Zwischenruf die jüdische Abkunft Christi festgestellt wurde. Wir müssen bekennen, daß wir trotz der „Germania“ zu keiner andern Anschauung zu gelangen vermögen, vielleicht weil uns die literale Erziehung des Prinzen Arenberg fehlt. Ja, wenn wir noch ein paar Bemerkungen über Christus, die der größte Preußenkönig von Gottes Gnaden geprägt hat, laut gedacht hätten, dann würden wir den Jorn der „Germania“ begreifen, aber wir sind viel zu antimonarchisch, um uns auf solche königlich preussischen Blasphemien zu berufen.

Aus dem Reiche des Herrn Budde. Dem Beispiel anderer Direktionsbezirke folgend, hat sich nun auch infolge redlicher Bemühungen des Herrn Eisenbahnpräsidenten Lohd und seiner sämtlichen Räte im Eisenbahn-Direktionsbezirk Erfurt ein sogenannter Allgemeiner Eisenbahnverein gegründet. Am Sonnabend fand die Gründungsversammlung statt und der Herr Präsident als Einberufer der Versammlung begrüßte seine zukünftigen „Vereinskollegen“. Den Vorsitz erhielt dann ein Regierungsrat und seine Nebenmänner im Bureau rangierten einige Grade niedriger als der Vorsitzende. Dann hielt nochmals der Herr Präsident eine Ansprache und forderte zu freier Aussprache von der Leber weg auf. Ein „Arbeiter“ Aule, der bei der Gründung in Rassel war, erlittete „Bericht“ und dann lobte „frei von der Leber weg“ ein „Hilfsweicheinsteller“ die Vorgesetzten, Kaiser und Reich und verlangte die Absetzung des „Heil Dir im Siegerkranz“ und die „freie Aussprache“ vor zu Ende. Die Statutenberatung fand getrennt statt. Die hohen Beamten für sich und das sogenannte Volk auch für sich. Alles war eitel Harmonie und das neueste sociale Werk im Reiche Budde war für den Bezirk Erfurt geschaffen. Der größte Teil der mittleren Beamten hielt sich fern und erwartete weitere Dispositionen. — Damit hat man sicher wieder einige „Note“ mehr geschaffen.

Kaiser-Jusel. Aus Halle wird uns telegraphiert, daß das Majestätsbeleidigungs-Verfahren gegen den Redakteur Zette vom „Volkblatt“ wegen des Kaiserinsel-Artikels eingeleitet worden ist.

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Tisza gegen die Obstruktion.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus begründete Ministerpräsident Graf Tisza in einer einstündigen Rede den Antrag einer provisorischen Hausordnung, die den Zweck habe, eine Reihe von Gesetzentwürfen, über die sämtlich seitens der Obstruktion in endlosen Debatten verhandelt worden ist, auf summarischem Wege zu erledigen. Der Ministerpräsident erklärte weiter, daß er die beschleunigte Verhandlung auch auf die definitive Hausordnung ausdehnen müsse. Es sei aber sein lebhafter Wunsch, daß bei der Ausarbeitung der definitiven Hausordnung alle Parteien mitwirken müssen. Es werde zu diesem Zweck ein Ausschuss, in dem alle Parteien vertreten sein werden, eingesetzt werden. Als der Ministerpräsident von Garantien sprach, erklärte der oppositionelle Zwischenruf: „Sie haben auch bei der Industriebank die Garantie übernommen!“ Tisza antwortete: „Ich habe eine Diskussion über meine Wirkfamkeit bei diesem Institute nicht zu fürchten. Allerdings ist mir ein schmerzliches Gefühl als meiner eifrigeren Thätigkeit zurückgeblieben, daß, wenngleich viele segensreiche Schöpfungen durch dieses Institut ins Leben gerufen worden sind, unsere vorstrefflichen Absichten doch nicht geglückt sind. Ich sowie andre Aktionäre sind dabei zu Schaden gekommen. Ich schreie die offene Anklage nicht, aber ich verachte solche Verdächtigungen.“ (Stürmischer Beifall rechts.)

Tisza bedauerte, daß so viele hervorragende Mitglieder zur Opposition gehörten, deren Platz im Lager der Verteidiger des Parlamentarismus gegen die Verstorungswut der Obstruktion wäre. Durch blendende Schlagworte von der Bedrohung der Redefreiheit

irreführend, widersprechen sie sich dem notwendig gewordenen Heilungsverfahren und bereiten ihm Schwierigkeiten. Lidga empfahl unter den begeistertsten Zustimmungskundgebungen der liberalen Partei, die nur von vereinzelten höhnischen Brotschreien der Abstraktionisten begleitet wurden, den Antrag anzunehmen. —

Schweiz.

Erhöhung der Lehrerbefoldung. — Streit und Polizei. — Proporz.
Zürich, 4. März. (Fig. Ver.) Trotz der Finanzmisere ist der Kanton Zürich in der Lage, die seit Jahren von den Lehrern angeforderte Befoldungserhöhung durchzuführen, weil er infolge des neuen Bundesgesetzes betreffend die Unterstufung der Volksschule vom Bunde einen Beitrag von 258 000 Fr. erhält. Dazu soll der Kanton aus seiner Kasse noch 64 500 Fr. beisteuern, so daß die gesamte Summe der Befoldungserhöhungen 322 500 Fr. jährlich beträgt. Das Minimum der Befoldung eines Volksschullehrers wurde festgesetzt auf 1400 Fr., eines Realschullehrers auf 2000 Fr., je nebst geeigneter Wohnung, zwei Klassen Holz und ca. achtzehn Acre Gemüseland. Dazu kommen die Alterszulagen der Gemeinde und des Staates, vom letzten 100—800 Fr., letztere vom 20. Dienstjahre an. Von der Barbefoldung übernimmt der Staat zunächst zwei Drittel, an das letzte Drittel leistet er Beiträge nach Maßgabe des Gesamtsteuersfußes und der Steuerkraft der Schulgemeinde.

Am Montag kam auch die sozialdemokratische Interpellation betreffend die Rolle der Polizei bei Streiks im Kantonsrat zur Verhandlung. Unser Genosse Schriftführer Rieder begründete die Interpellation in einer längeren, wirksamen Rede, in der er die wohlverdiente scharfe Kritik an den Handlangerdiensten liest, welche die Polizei zu Gunsten der Kapitalisten verrichtet und die Hochhaltung des § 2 der Züricher Staatsverfassung, welcher die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz ausspricht, forderte. Regierungsrat Dr. Stöckli sah in dem Verhalten der Polizei keinerlei Inkonvenienzen, er ist offenbar auch der Meinung, was die Polizei thut, ist wohlgeboten. Der Interpellant erklärte sich mit Recht nicht befriedigt von dieser Antwort, die in allgemeinen Redensarten bestand und neuerdings bewies, daß die Regierung das Werkzeug des Kapitalismus und die Schwelgerei, im speziellen der Kanton Zürich trotz aller Demokratie ein Klassenstaat par excellence ist. Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, nicht nur einzelne Vertreter dieses Klassenstaates zu belämpfen, sondern das System zu beseitigen.

Am Dienstag gab es im Züricher Kantonsrat eine Proporzdebatte, wozu der Antrag der Staatsrechnungs-Prüfungs-Kommission auf Reduktion der Mitgliederzahl des Kantonsrates von 243 auf etwa 200 den Anlaß gab. Dabei betonte aber der Referent und noch ihm mehrere andere bürgerliche Redner, daß dann allerdings dem Begehren der Sozialdemokraten auf Einführung der Proportionalwahl Rechnung getragen werden müßte, da sie mit einem Drittel der Wählerschaft eben doch eine Macht seien. Namens der Regierung belämpfte Regierungsrat Luz den Antrag, weil ein großer Kantonsrat alle Interessen besser wieder spiegelt. Unser Genosse Dr. Studer beantragte, der Regierungsrat habe auch die Einführung der Proportionalwahl vorzuschlagen. Der Antrag unterlag aber leider mit 59 gegen 115 Stimmen, während der Antrag der Kommission angenommen wurde. Kommen wird auch mit der Proporz aber democh.

Italien.

Die städtischen Wahlen in Florenz.

Kürzlich fanden die allgemeinen städtischen Wahlen in Florenz statt. Bei dem komplizierten Wahlenverfahren, nach dem in Italien die Gemeindevahlen sich vollziehen, werden die Ergebnisse erst nach mehreren Tagen bekannt. Wie zu erwarten war, ist die Majorität — vier Fünftel der zu wählenden Vertreter — den Liberal-Konservativen zugefallen, die ihre ganze Liste mit 48 Namen durchbrachten, mit einer Stimmenzahl von 7012 bis 4085 Stimmen. Die gesamte Minorität — ein Fünftel, also 12 Sitze — fielen den Sozialisten zu, die 4100 bis 3700 Stimmen auf die Namen ihrer Kandidaten vereinigen. Klägliche Stimmenzahlen erhielten die Radikalen und die Republikaner.

Bei den letzten Wahlen (1902) waren die Volksparteien vereint aufgetreten und hatten gegen 600 Stimmen mehr erlangt als diesmal die Sozialisten allein. Damals waren den Sozialisten 10 Sitze zugefallen. Die Majorität befindet sich langem in den Händen der Liberal-Konservativen, der berühmtesten florentiner Konfession, deren Macht auch die jetzigen Wahlen keinen Abbruch getan haben.

Ein Gefecht mit der Wladiwostok-Flotte.

Vom russischen Wladiwostok-Geschwader läßt sich der „Daily Telegraph“ aus Tokio melden, daß es ein Gefecht mit der japanischen Flotte gehabt habe, dessen Ergebnis jedoch noch nicht bekannt sei. Die Meldung ist anderweitig nicht bekräftigt.

Tokio, 8. März. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Nach einer hier eingegangenen Meldung würde den Russen seitens der Koreanischen Soldaten bei Andschu und Suktshön nur schwacher Widerstand geleistet.

Man hält es hier für sehr wahrscheinlich, daß das nach Wladiwostok in See gegangene japanische Geschwader in der Possietbay auf die russischen Schiffe gestoßen sei und sie dort zum Kampf gezwungen habe.

Eine japanische Anleihe.

New York, 9. März. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Nach einem Telegramm aus Tokio von gestern verlautet dort, Japan erwäge, ob es ratsam sei, sofort eine Anleihe in Amerika und Europa aufzunehmen zu suchen. Obgleich viele Staatsmänner und Finanziers sich gegen die Maßregel aussprechen, weil Japan den Krieg beenden könne, ohne Geld anzunehmen, hält man es doch für besser, jetzt eine Anleihe unterzubringen, als dies in einer zukünftigen Krise zu versuchen, wenn das Geld vielleicht dringend gebraucht wird.

Rußland und die chinesische Neutralität.

London, 7. März. Die „Times“ bringen heute eine lange Depesche ihres Peking-Korrespondenten, der Rußland beschuldigt, die Neutralität Chinas verletzt zu haben. Trotzdem Rußland die südwestliche Mandchurie — Eisenbahn Shanhaiwan-Russischwang — am 8. Oktober unter die chinesische Oberhoheit gestellt hat, errichtete es jetzt Militärposten die Bahnlinie entlang und bedient sich der Eisenbahn, um die Zufuhr von Lebensmitteln und andern Vorräten aus China nach Port Arthur und Dainy zu ermöglichen.

Ähnliche Klagen über russische Verletzungen der Neutralität Chinas werden auch von andern Londoner Blättern gebracht. Die japanische Regierung weist darauf hin, daß das russische Kanonenboot „Mandschur“ den Hafen von Shanghai nicht verlassen hat, trotz aller chinesischen Proteste.

Was bedeuten diese Klagen?

Allen Anschein nach ist Japan entschlossen, seine Armee, die zum Angriff gegen die Halbinsel Liaoting bestimmt ist, unweit Shanhaiwan, etwa an der großen Mauer, landen zu lassen. Vielleicht sind Pioniere und Artillerie dort bereits gelandet.

Selbstverständlich wird sich die russische Regierung moralisch entrüsten und auf die japanische Verletzung der chinesischen Neutralität hinweisen. Um diesem eventuellen Appell an Europa von vornherein die Spitze abzubrechen, macht jetzt die japanische Regierung Europa darauf aufmerksam, daß sie nur dem Beispiele Rußlands folgen würde. —

Die „Begeisterung“ der russischen Krieger.

Durch wiederholte Mordtaten der Soldaten, namentlich der Juden, die in erster Linie nach Ostasien bestimmt werden, sahen sich die

Militärbehörden in dem Gouvernement Mohilow und den angrenzenden veranlaßt, einen speziellen Armeebefehl zu erlassen, in dem mit tiefem Bedauern konstatiert wird, daß in der Armee „das Bewußtsein des hohen Berufes des Soldaten als Kämpfers für Thron und Vaterland im Schwinden begriffen sei“, und befohlen wird, die Juden vom Kasernenhof nur in äußersten Fällen fortzulassen, ins Gotteshaus aber oder in die Stadt ja nicht einzeln, sondern in Abteilungen unter Begleitung von Unteroffizieren zu beurlauben, denn, heißt es im Armeebefehl, „die beurlaubten Juden finden unter ihren Verwandten und Bekannten keine moralische Ermunterung für den ehrliehen Militärdienst“. Das ist also gewissermaßen die offiziell einseitige Luitung für Missethäter.

Aber nicht bloß die Juden werden rebellisch. Noch Bedenklischer sieht es unter den bis dahin als treueste Garde des Zarenthrons angesehenen Kosaken aus. Man schreibt uns vom Don: Unter den hiesigen Kosakoffizieren nimmt die Verstimmung und die Unzufriedenheit immer mehr zu. Einestheils steht man dem ganzen Krieg äusserst kühl und skeptisch gegenüber; „was schiert uns den Teufel die ganze Mandchurie?“ hört man hier häufig fragen. Sodann aber sind alle durch die beispiellose Koylosigkeit in der Kriegführung und durch die bisherige Plamage des russischen Kommandos tief erbittert. Von Begeisterung und zarenfrommen „Patriotismus“ keine Spur. Die alten Offiziere machen der jüngeren Generation Vorwürfe, daß das Militär jetzt so ganz kühl, „so ganz anders als 1877—78“ sei. Aber auch die Alten vermögen sich keine Begeisterung abzugreifen.

Dies ist freilich bei den Kosaken auch nicht ohne materiellen Grund. Ein Kosak ist verpflichtet, seine ganze Ausrüstung und Uniformierung, nebst dem Reitpferd, aus eignen Mitteln zu bestreiten. Der unabsehbare jetzige Krieg bedeutet also für viele Kosaken direkt den Ruin.

Man kann sich vorstellen, wie in dieser Verfassung solche Kundgebungen auf die russischen Krieger wirken, wie jenes geniale Manifest des Generals Stöckel in Port Arthur, das ihnen so anschaulich vormalte, daß „von drei Seiten das Meer und von der vierten der Feind lauert“, es also nur übrig bleibe, zu sterben. . .

Parlamentarisches.

Budgetkommission. Nachdem am Dienstag die Budgetkommission Petitionen aufgearbeitet hatte, wurde am Mittwoch die Beratung des Marine-Stats bei dem Titel für das Betriebspersonal der Werften fortgesetzt. Abg. Semler stellte den Antrag, den Reichskanzler zu ersuchen, einigen Arbeiterkategorien (Steuerleuten der Werftdampfer, Spritzenmeister usw.) eine Gehaltsaufbesserung zu gewähren. Die Mehrheit stimmte ihm zu. — Beim Titel 5 ersuchte die Regierung, fünf technische Hilfsarbeiter für Schiffbau mehr einzustellen, nachdem fünf Baumeisterstellen getrichen worden waren. Abg. Sped wandte sich mit dem Bemerken dagegen, die Mehrheit der Kommission habe die Streichung der Beamtenstellen sicherlich nicht in der Absicht vorgenommen, dafür Hilfsbeamte einzustellen, man wolle vielmehr dadurch der Flottenvermehrung entgegenwirken. Die Abg. v. Kardorff und v. Richtigshofen traten für die Forderung der Regierung ein und betonten, daß sie sie zur Zeit für durchaus notwendig ansehen. Abg. Sped machte nochmals darauf aufmerksam, daß man früher schon die Vermehrung der Flotte mit der Rücksicht auf die beschäftigten Arbeiter motiviert habe; auch hier lasse sich der Gedanke nicht abweisen, daß man mit der Vergrößerung des Personals eine neue Flottenvorlage vorbereite. Nachdem Abg. Graf v. Oriola die Forderung der Regierung in einem Antrage zusammengefaßt hatte, beschloß die Kommission im Sinne der Anregung des Abg. Sped.

Für den Polizeidienst auf den Werften fordert die Regierung 8000 M. mehr. In der Debatte wurde darauf hingewiesen, daß in dieser Einrichtung ein gewisses Mißtrauen gegen die Arbeiter zum Ausdruck komme; es sei schon vorgekommen, daß man Arbeiter beim Fortgehen von der Werft verhaftet habe. Abg. Semler trat lebhaft für die Forderung der Regierung ein. Abg. Müller-Fulda machte darauf aufmerksam, daß die 50 Schulente für die Werften außerordentlich zahlreich seien, man solle aber daran denken, die Hälfte dieser Stellen als künftig wegfallend zu bezeichnen. Abg. Rüdiger-Ferber sagte, nach den Worten des Abg. Müller-Fulda müßte man den Eindruck haben, die Arbeiter würdig wie Straflinge behandelt; da das nicht so sei, so solle das von der Regierung zurückgewiesen werden. Der Staatssekretär behauptete, die Schulente würden als Thorwächter verwendet; es könne keine Rede davon sein, daß die Arbeiter unterjocht und wie Straflinge behandelt würden. Abg. Prinz Arrenberg sprach sich gegen die ganze Einrichtung aus und verlangte, daß man die Ordnung auf den Werften auf andre Weise aufrechterhalten solle. Der Staatssekretär suchte die Anstellung von Schulenteilen mit der häufigen Anwesenheit von Matrosen und fremden Arbeitern auf den Werften zu rechtfertigen; man brauche da Männer mit Autorität. Abg. Singer vermißte den Nachweis der Notwendigkeit einer Polizeitruppe auf den Werften; die ganze Einrichtung sei falsch und zu bekämpfen; nirgends finde man sonst in der Verwaltung etwas Ähnliches. Man solle lieber ältere Arbeiter zu Thorwächtern machen, statt Schulente dort zu stationieren. Ein Vorschlag des Abg. Müller-Fulda, die ganze Polizeitruppe als künftig wegfallend zu bezeichnen, sei zu begrüßen, nur müßte das Centrum sich nicht auf die Anregung beschränken, sondern daraus auch die Konsequenz ziehen. Der Staatssekretär bemerkte, man habe früher schon Versuche mit anderem Aufsichtspersonal gemacht, die aber alle mißglückt seien. Auch in England verwalte man für die gleichen Zwecke Schulente. Abg. v. Staudt bat um Auskunft über die rechtliche Stellung dieser Werftpolizei. Der Staatssekretär teilte mit, daß es sich um Berliner Schulente handle, die unter dem Ober-Werftdirektor ständen. — Schließlich wurde der Titel unter Abstreich von drei Schutzmännern bewilligt.

Der Titel 8: Allgemeiner Werftbetrieb ist einer der größten des ganzen Etats; die darin geforderte Summe beträgt 20 Millionen Mark. Abg. Gröber begründete einen Antrag des Centrums auf Vorlage einer genaueren Nachweisung über Arbeitszeit und Arbeitslohn der Werftarbeiter; bisher wurden dem Reichstage lediglich Durchschnittszahlen mitgeteilt; nach der Denkschrift des Metallarbeiter-Verbandes über die Verhältnisse auf den Werften fragte er auch nach den Gepflogenheiten der Werften in Bezug auf Sonntagsarbeit und den § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Der Staatssekretär bemerkte, daß die Nachweisung so eingerichtet worden sei, wie es bisher angeregt wurde; einer weiteren Spezialisierung stehe nichts im Wege. In Bezug auf den § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches stehe die Verwaltung auf dem Standpunkt, den Minister Vudde im preussischen Abgeordnetenhause vertreten habe. Die Sonntagsarbeit werde nach Möglichkeit eingeschränkt. Geh. Rat Tvele teilte mit, daß die Handhabung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches für das Reich und Preußen einheitlich geregelt sei. Abg. Singer stellte zur Geschäftsordnung den Antrag, daß die Erklärungen der Regierungsvertreter über die Arbeiterverhältnisse zu Protokoll gegeben würden; die Regierungsvertreter sagten die Erfüllung dieser Forderung zu. Abg. Gröber fragte an, wie es mit dem Urlaub der Arbeiter stehe. Abg. Dier wandte sich gegen einige polemische Bemerkungen des Abg. Gröber über die Denkschrift von Kotibus. Die hohen Unfallsziffern seien nicht auf mangelndes Aufsichtspersonal zurückzuführen, sondern vielmehr auf die außerordentlich geringen Anfangslöhne; es sei sehr möglich, die Verteilung der Löhne auf die einzelnen Lohnklassen auszubessern; die ersten fünf Lohnkategorien seien viel zu niedrig, sie erreichten fast nicht einmal den ortsüblichen Tagelohn. Dieser wiederum sei in Wilmshöfen ganz auffallend niedrig mit 2,20 M. angelegt worden; Bremerhaven habe 3,80 M., Bremen 3,50 M., Kiel 3,20 M. Durch diesen niedrigen Satz des ortsüblichen Tagelohns würden auch die Löhne gedrückt. Geh. Rat Harms bestätigte später, daß die Verwaltung in der That den sogenannten „Minimallohn“ der Arbeiter nach den Angaben der Ortsbehörden angelegt habe; der Minimallohn gehe aber beträchtlich über den ortsüblichen Tagelohn hinaus. — Der Titel wurde genehmigt, die Resolution Gröber angenommen.

Im Waffenswesen und den Befestigungen wurde eine Fortsetzung von rund 10 000 Mark für Anstellung von Zivilbeamten in Helgoland abgelehnt.

Wahlprüfungs-Kommission. Die Kommission erklärte in der Mittwoch-Sitzung mehrere Wahlen für gültig, gegen die zwar Proteste vorlagen, die aber zum Teil so wenig substantiell oder Dinge von so unerheblicher Art anführten, daß sie unbeachtlich bleiben mußten. So bezüglich der Wahlen Horn (Dresden-Land), Jessen (Haderleben-Sonderburg), Sittart (Waden-Stadt), Rahnide (Barthim-Ludwigslust). Ferner die Wahl Simburgs, Wahlkreis Stendal-Osternburg, obgleich einige grobe Verstöche gegen die gesetzlichen Vorschriften vorlagen, gegen die nur aus dem Grunde nicht vorgegangen werden soll, weil die Kaffierung der Wahl an den betreffenden Orten das Endresultat der Wahl nicht ändern würde. So habe in Großellingen der Wahlvorstand die an die Wähler abgegebenen Wahlcouverts in der Hand gehalten, bis die Wähler das Lokal verlassen hätten. Verstoß gegen § 15 des Wahlreglements. In Reulingen habe der Wahlvorstand in der Mittagsstunde ein Wahlcouvert aus der Urne genommen, also das Wahlergebnis verlegt.

Dann prüfte die Kommission die Wahl des Abg. Dsel. Centrum, 4. Wahlkreis Oberfranken (Kronach). Bei 26 001 Wahlberechtigten wurden 20 000 gültige Stimmen abgegeben, davon erhielten Dsel. 10 544, Zimmer, nationall., 5770; Walter, socialdem., 4367. Gegen die Wahl ist von nationalliberaler Seite Protest erhoben worden. Zwei Behauptungen werden besonders berücksichtigt. In Steinwiejen verteilte der Gemeinde-rep. Polizeidiener im Auftrage des Wahlvorstandes mit den ihm übergebenen Wahlcouverts zugleich Stimmzettel für Dsel. In Steinwiejen wurden 177 Stimmen für Dsel, 23 für Zimmer, 13 für Walter abgegeben. Da amtliche Beeinflussung vorliegt, beschließt die Kommission, Beweiserhebung in vollem Umfange anstellen zu lassen, ebenso in Preßlig, wo nach Schluß der Wahlhandlung die Öffnung der Wahlcouverts bei verschlossenen Thüren, nur im Beisein des Verschleißers der Centrums-Stimmzettel vor sich ging und nur nach wiederholtem energischen Drängen von außen endlich auch für andre Wähler geöffnet wurde. Inzwischen waren bereits 65 Stimmzettel gezählt. Die Kommission beschließt daher Beanstandung der Wahl und Vornahme der Beweiserhebung in beiden Fällen. —

Partei-Nachrichten.

In einem Konflikt zwischen der Parteiorganisation und dem Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse ist es in Brandenburg gekommen. Die Vorsitzende des Vereins, Frau Alma Kramer, frühere Frau Palm, übt nach einer und vom Vorstand des sozialdemokratischen Vereins in Brandenburg zugegangenen Mitteilung eine geradezu organisatorische Tätigkeit, die sowohl auf die Partei wie auf die Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung schon die ungünstigsten Rückwirkungen gezeitigt hat.

Die Parteiorganisation wie auch das Gewerkschaftsstatell haben den Frauenverein auf die vorhandenen Schäden aufmerksam gemacht und um Verrückung ersucht, um ein gedeihliches Handhinarbeiten zu ermöglichen. Der Frauenverein hat ein Eingehen auf diese Wünsche abgelehnt und beschlossen, seine eignen Wege zu gehen. Darauf hat der Wahlverein am Montag nach nochmaliger Verhandlung über die Angelegenheit einstimmig beschlossen:

Der sozialdemokratische Wahlverein Brandenburgs kam in dem hieselbst bestehenden Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse eine Organisation im Sinne der modernen Arbeiterbewegung nicht anerkennen. Das ablehnende Verhalten desselben, der Aufforderung des Statells und des Wahlvereins gegenüber, eine anderweitige Besetzung des Vorstandspostens vorzunehmen, macht jedes weitere Zusammengehen mit dem Verein zur Unmöglichkeit. Den Arbeiterinnen Brandenburgs ist es anheimgegeben, ihre Stellungnahme nach obigem einzurichten.

Einen gleichen Beschluß hat auch das Gewerkschaftsstatell gefaßt. Der Wahlverein ersucht die auswärtigen Genossen ausdrücklich, von diesem Beschluß Kenntnis zu nehmen.

Eine unrichtige Meldung ist durch eine Aeußerung unfres Genossen Dresbach in die bürgerlichen Zeitungen gelangt. Nach der „Vollstimm“ in Mannheim hat Genosse Dresbach auf dem badischen Parteitage zu der Angelegenheit Göhre gesagt: „In der Reichstagsfraktion sei man darüber auch sehr geteilter Meinung gewesen, wurde doch in der Angelegenheit ein Beschluß mit 28 gegen 28 Stimmen gefaßt. Bürgerliche Zeitungen schlichen daraus, daß es sich dabei um den Beschluß über die Kandidatur Göhres gehandelt habe. Das ist nicht richtig. Der durch Stimmengleichheit in der Fraktion abgelehnte Antrag enthielt lediglich die Forderung, daß in die Beratung der Angelegenheit nicht in der Sitzung eingetreten werden möge, in welcher dieselbe soeben vorgelegt wurde.“

Diese unvermeidlich gewordene Nichtigstellung läßt den Grundsat unberührt, Mitteilungen über Abstimmungen und Debatten in der Fraktion nicht zu veröffentlichen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Der Prozeß Holt.

Die Strafkammer in Schwerin verhandelte am Montag als Berufungsinstanz gegen den Parteigenossen Holt in Wismar wegen Beleidigung der Polizeibeamten Schütt und Kremer. Holt hatte die beiden Beamten öffentlich des Meineids bezichtigt, weil er auf ihre Anfosgen hin wegen Meineid zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist. Wesentlich hat er diese Bezeichnung ausgesprochen, weil alle seine Versuche, auf dem geordneten Wege die Wiederaufnahme seines Meineidsprozesses zu erreichen, fehlergefallen sind. Selbst daß er in Eingaben an die Polizeibehörde die beiden Beamten des Meineids bezichtigt habe, sei, wie er jetzt in der Verhandlung erklärte, unberücksichtigt geblieben. Er habe deshalb keinen andern Weg zur Erreichung des Wiederaufnahmeverfahrens gesehen, als daß er durch öffentliche Bezeichnung der Beamten den Beleidigungsprozeß gegen sich provozierte.

Vom Schöffengericht in Wismar ist Holt deswegen zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Dieses Gericht hatte aber jeden Wahrscheinensweis für die Richtigkeit der Behauptungen Holts abgelehnt. Das Berufungsgericht ließ die Beweisaufnahme nach dieser Richtung zu.

Der Ausgangspunkt der Sache ist, daß bei einem Gewerkschaftsfest in Wismar abends vor dem festlichen Rufe ausgestoßen worden sind, durch die sich Schütt beleidigt gefühlt hatte. Schütt behauptet, die Auser seien die Tischler Steinbrügger und Wollenberg gewesen. Beide wurden darauf wegen Beleidigung unter Anklage gestellt und Holt dabei als Zeuge vernommen. Holt sagte aus, er habe wohl gehört, daß Steinbrügger gerufen habe, nicht aber, daß auch Wollenberg gerufen habe, während Schütt und Kremer ausfragten, daß beide gerufen hätten. Steinbrügger wurde schon in der ersten Instanz verurteilt, Wollenberg aber, der gleichfalls bestritt gerufen zu haben, vom Schöffengericht zunächst freigesprochen, da es annahm, daß sich Schütt geirrt haben könnte. Erst in der Berufungsinstanz wurde auch Wollenberg zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

In der jetzigen Verhandlung blieb Schütt dabei, daß Wollenberg aus dem Lokal gekommen sei und gerufen habe; er habe ihn am Gehört und an der Sprache erkannt. Kremer sagte aus:

Ich erinnere mich, daß, als ich an jenem Abend die Abstriche auf- und abging, auch Schütt kam. Als die ersten Rufe über Schütt ertönten, stand ich circa 30 Schritt von Schütt ab nach der Weberstraße zu. Schütt stand der „Hansa“ gegenüber. Ich ging zu Schütt und fragte, was er da gehabt habe? Er sagte, es sei Wollenberg gewesen, der über ihn gerufen; Wollenberg sei wieder hineingegangen. — Zeuge sagt weiter aus: Als wir beide zusammen standen, sah ich Steinbrügger in der Thür und da rief er in ähnlicher Weise über Schütt. Ich glaube nicht, daß Steinbrügger die ersten Rufe ausgestoßen hat, aber ich kann es nicht mit positiver Sicherheit behaupten. Es lagen nur wenige Augenblicke zwischen den ersten und letzten Rufen. Wollenberg habe ich wohl in Versammlungen gesehen, aber als Redner, er nicht aufgetreten.

Reichstag.

53. Sitzung. Mittwoch, 9. März 1904, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Einem. Die zweite Lesung des Militärrechts wird fortgesetzt beim Titel „Kriegsminister“.

Abg. Dr. Braun (Soz.)

[auf der Tribüne schwer verständlich]:

Einer Anregung des verstorbenen Abg. Köfide aus dem Jahre 1807, die belamlich durch einen Antrag Trimborn-Sitze vom Januar 1903 unterstützt wurde, verdanken wir eine Uebersicht über die Arbeitsverhältnisse im Betriebe der Reichsmarine, der Heeresverwaltung und der Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen. Diese Uebersicht leidet vor allem an starken methodischen Mängeln, es ist aus ihr nicht der Jahresverdienst der Arbeiter zu ersehen, auf den es doch vor allem ankommt. Die Löhne müssen kombiniert werden mit der Anzahl der Arbeitsstunden und mit den Altersstufen der betreffenden Arbeiterkategorien. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Bemerkenswert ist auch, daß Arbeitszeiten von zehn Stunden bei der Heeresverwaltung vorkommen. In anderen Ländern, die belamlich in der Socialpolitik so weit hinter uns zurück sind, kommt das nicht vor. So ist in Frankreich der neunstündige Arbeitstag in den staatlichen Betrieben eingeführt, bei der Marineverwaltung herrscht der achtkundige, der auch normal ist in den englischen und amerikanischen Verfassungen der Heeres- und Marineverwaltung. Ein entscheidender Mangel der Uebersicht besteht darin, daß eine große Kategorie der in der Heeres- und der Marineverwaltung direkt beschäftigten Handwerker, die Defenomie- und Zivilhandwerker, in der Uebersicht vollständig fehlen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ferner sollten in der Uebersicht Angaben über den Umfang der auf dem Submissionswege gegebenen Aufträge gemacht werden. Es handelt sich dabei um Hunderte von Millionen, es ist eine wohl aufzufällige Frage, ob die von der Verwaltung für den Staat herangezogenen Lieferanten ihren Arbeitern auch befriedigende Lohn- und Arbeitsverhältnisse gewähren. Die Arbeiter sollten auch dann der schlimmsten Ausbeutung entzogen sein, wenn sie nur indirekt im Dienste des Staates stehen.

Aber statt dessen leidet die Heeresverwaltung den traurigsten Zuständen vor und trägt geradezu zur Verbreitung der Heimarbeit bei, die in jeder Beziehung so ungeheuer schädlich und verderblich ist. So sind z. B. beim 6. Armee-corps in Breslau die Arbeitsverhältnisse in den Werkstätten einigermassen befriedigend, aber alle möglichen Gegenstände werden in der Hausindustrie hergestellt. Schon früher ist hier mitgeteilt worden, daß bei der Heimarbeit für den Militärbedarf 7 M. von weiblichen und 10 M. von männlichen Arbeitern verdient werden. Jetzt ist mir geschrieben worden, daß die Löhne in diesen Industrien 8 bis 9 M. für die weiblichen, 14 bis 20 M. für die männlichen Arbeiter betragen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Aber diese Löhne können nur dann erreicht werden, wenn die Arbeitszeit geradezu bis ins Unendliche ausgedehnt wird. Dabei bleibt es bei der Heimarbeit fast niemals ständige Beschäftigung während des ganzen Jahres. Und so ist das Haushaltsbudget der Arbeiter durchaus unzulänglich, um ihnen auch nur die bescheidensten Lebensgenüsse zuzuwenden. Die Heeresverwaltung verbreitet ferner die Hausarbeit dadurch, daß sie den Werkstättenarbeitern Arbeit mit nach Hause giebt. Bei staatlichen Vergehungen sollten bestimmte Löhne von der Militärverwaltung vorgegeben werden. Bei einem solchen Vorgehen würden Sie die Unterstützung der angeblieh immer nur nörgelnden Socialdemokratie finden. Bei der hiesigen Heeresverwaltung liegen etwas bessere Verhältnisse insofern vor, als es den Arbeitern in den bayrischen Militärwerkstätten möglich ist, sich zu organisieren, was ihnen in Spandau belamlich nicht möglich ist. Aber die Hausindustrie wird auch von dieser Militärverwaltung unterstützt. Bei der Firma Schwarzenberg u. Co. verdienen Arbeiterinnen bei 18 stündiger Arbeitszeit 1,14 M., nach Abzug der Unkosten 0,7 Pfennig. (Hört! hört!) Der bayrische Kriegsminister sagte, über diese standalösen Verhältnisse interpelliert, er lenne sie nicht, sie gingen das Belleidungsamt des II. Armee-corps an. Hoffentlich lehnt der preussische Kriegsminister nicht ebenfalls die Verantwortung dafür ab. Den vorwärtenden Einfluß der Heimarbeit auf die Verhältnisse der Militärsattler hat mein Fraktionskollege Zubeil im vergangenen Jahre bereits beleuchtet. Die Arbeitszeit dieser Arbeiterkategorie ist eine überaus lange, ihre Löhne sind sehr gering. Die Militärverwaltung in Spandau unterstützt diese Zustände durch die Art ihrer Arbeitsvergebung. Für eine Packtasche, für deren Herstellung die Arbeiter in den Militärwerkstätten 5 M. erhielten, erhält die Firma Veder u. Co. 3,95. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Das heißt doch, daß die Militärverwaltung auf die Notlage der Arbeiter und auf die jammervollen Zustände in der Heimarbeit spekuliert. (Sehr wahr! bei den Socialdem.) Nicht die Firma Veder u. Co. treibt hier Lohnraderei, sondern die löbliche Militärwerkstätte in Spandau durch ihre Submissionsbedingungen. Mit den himmelschreienden Zuständen in der Heimarbeit hat sich der Reichstag wiederholt beschäftigt, die bisherigen Maßnahmen der Regierung auf diesem Gebiete haben sich als ganz wirkungslos erwiesen, das beweisen die Verhandlungen des in diesen Tagen in Berlin versammelten Heimarbeiter-Kongresses, auf dem der Regierung nicht ein Verteidiger erstanden ist. Herr v. Wöttcher erklärte seiner Zeit im Reichstage, wirkungsvoll werde sich die Heimarbeit belämpfen lassen, wenn sich die Unternehmer ihrer Pflichten gegen die Arbeiter bewußt würden. Die Regierung selbst aber macht sich zum Mitschuldigen an den furchtbaren Missethänden der Heimarbeit, wenn sie diese Heimarbeit selbst ausmilt. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Sie ist dann mit Schuld an den niedrigen Löhnen, der langen Arbeitszeit, den ungesunden Wohnungen und daran, daß Heimarbeiterinnen gezwungen sind, die Prostitution zum Erwerb zu benutzen. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Der Reichstag darf nicht länger zögern, seinen gesetzgebenden Einfluß zur Belämpfung der Heimarbeit geltend zu machen, sonst wird auch er zum Mitschuldigen bei diesen verderblichen und aufs schärfste zu beurteilenden Zuständen. (Lebhaftes Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. v. Kröcher (L.):

Nicht weil, sondern obwohl ich Militär bin, möchte ich einige Angriffe gegen das Offiziercorps auf das rechte Maß zurückführen. Gemäß giebt es Rodenarren. Aber diese vollendeten Fakes (Heiterkeit) wissen mit Anstand für König und Vaterland zu sterben (Lebhaftige Zustimmung rechts), das ist doch für den Soldaten ganz schätzenswert. (Große Heiterkeit und lebhaftige Zustimmung rechts.) Gewiß es giebt Süher, es giebt Spieler unter den Offizieren, aber auch Heerführer aus den letzten großen Kriegen, deren Namen wir noch heute nur mit Bewunderung nennen, haben sich diesen bedauerlichen Leidenschaften hingeeben, die ich damit keineswegs entschuldigen will. Und Friedrich der Große, der sich auf die Erziehung seines Offiziercorps auch einigermassen verstand, erblickte darin auch keine Herabsetzung der militärischen Tüchtigkeit, sondern sagte: Sauf er auch! (Große Heiterkeit.)

Aber eigentlich habe ich nur wegen der vorgestrichen Rede des Abg. Bebel das Wort ergriffen, nicht um gegen ihn zu polemisieren, sondern nur, um einige Sätze, die er gesprochen hat, recht kräftig zu unterstützen.

Nach dem Bericht des „Vorwärts“, der mit meiner Erinnerung völlig übereinstimmt, hat der Abg. Bebel nachgewiesen, daß wir mit einem fieberhaften Anwachsen der Socialdemokratie

im Heere zu rechnen haben. Ich gebe dem Abg. Bebel vollkommen recht, man braucht kein Prophet zu sein, um zu sagen, daß die Socialdemokratie in der Armee fortschreiten muß, daß es immer schlimmer damit werden muß. (Abg. Bebel: Immer besser!) Das wird Herrn Bebel angenehm sein, mir weniger. (Heiterkeit.) Die Ausbreitung der Socialdemokratie im Heere ist Thatsache. Ich könnte das beweisen, aber es ist wirklich allenkundig. Warum sollten denn die Leute, die vorher und nachher Socialdemokraten sind, gerade in den zwei oder drei Jahren der Soldatenzeit nicht Socialdemokraten sein? Aber daraus erwächst uns allen, den Mehrheitsparteien, den bürgerlichen Parteien will ich sagen, die Pflicht, den leitenden Stellen in der Regierung und in den Parteien klar zu machen, daß es nicht möglich ist, die Socialdemokratie durch Entgegenkommen oder durch schöne Reden gewinnen zu wollen. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts.) Ich werde wieder als Scharfmacher gekennzeichnet werden. (Zurufe bei den Socialdemokraten: Sind Sie auch!) Ich gebe Ihnen das vollständig zu, aber es ist gar nicht verwerflich, ein Schwert zu schärfen, es kommt nur darauf an, zu welchen Zwecken man es schärft. Es ist bloß verwerflich, wenn man das Messer schärft, um Leuten die Kehle abzuschneiden, denen man es nicht thun sollte. (Stürmisches Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Ich hoffe, daß die Mehrheitsparteien wissen werden, die Konsequenzen aus den von mir festgestellten Thatsachen zu ziehen. (Lebhafter anhaltender Beifall rechts.)

Abg. Wölter (Antif.) wendet sich gegen den Abg. Eichhoff. Ich habe ja die Ehre, einen der verdurftesten Wahlkreise zu vertreten, aber ich möchte dagegen protestieren, daß wenigstens die Juden meines Wahlkreises im Kriege jemals Lappertigkeit gezeigt haben. In den Freiheitskriegen haben sich die Juden zum größten Teil vom Kriegsdienst losgelöst. Ein Russmann aus Deutsch-Friedland bot dem König Friedrich Wilhelm III. 10 000 Thaler an, um die Juden der Stadt freizukaufen mit der denkwürdigen Begründung, diese Summe werde ihm doch wertvoller sein als feige Nerven. (Große Heiterkeit.) Von einem Adligenkultus in der Armee kann keine Rede sein. Aber so wie die Juden durch Jahrtausende lange Uebung ein gewisses Schachertalent erworben haben (Heiterkeit), hat sich natürlich auch bei den obigen Familien eine gewisse militärische Tüchtigkeit fortgeerbt. Redner beschwert sich des weiteren über Konkurrenz der Militärverwaltung gegenüber dem Handwerk und wünscht Schaffung von mehr kleinen Garnisonen.

Abg. Bebel (Soz.):

Herr Oberlieutenant Krug v. Nidda hat gestern meiner Partei einen besonderen Vorwurf daraus gemacht, daß wir den Vauquener Fall, an dem nach seiner Darstellung kein wahres Wort sein soll, hier vorgebracht haben. In diesem Falle aber trifft uns am allerwenigsten ein Vorwurf, denn es war gerade die bürgerliche Presse, die diesen Fall mit allen Einzelheiten zuerst in die Öffentlichkeit gebracht hat. Wenn ein Blatt wie das „Leipziger Tageblatt“ seinen Bericht über die Vauquener Vorgänge mit den Worten einleitet: „Vor sehr gut unterrichteter Seite wird uns das und das mitgeteilt“, und es stellt sich näher als reine Lüge heraus, so muß ich daraus schließen, daß innerhalb gewisser Kreise, die der Armee sehr nahe stehen, ein besonderes Bedürfnis zu Klatschereien und Tratschereien über Zustände in der Armee vorhanden ist. Im Grunde genommen sollte mir Herr Krug v. Nidda dankbar sein, daß ich ihm Gelegenheit gegeben habe, die Sache richtigzustellen. Ähnlich liegt der Fall des Generals v. Wiffingen. In dem letzten Briefe, den ich aus Münster in Bezug auf diesen Fall bekam, teilte mir der Schreiber sogar mit, daß der Kriegsminister selbst, als er im letzten Herbst in Westfalen war, sich über den Fall Wiffingen sehr scharf geäußert habe. Das zeigt doch wiederum, daß Elemente, die mit der Armee aufs engste verknüpft sind, thätig sein müssen, um derartige Dinge zu verbreiten. Den Fall des Prinzen Arenberg will ich nicht weiter erörtern. Es wird sich vielleicht bei Besprechung des Kolonialrats Gelegenheit bieten, dem Kolonialdirektor zu fragen, von welcher Seite die Empfehlung kam, auf die ihn Prinz Arenberg in die Kolonialabteilung aufgenommen wurde. Heute wird in der Presse mitgeteilt, daß, als Prinz Arenberg am 12. März 1895 in das westfälische Kürassier-Regiment eintrat, der jetzige Kriegsminister Kommandeur desselben gewesen ist. Ich verstehe, daß man sich bei der hochstehenden Familie, aus der der Prinz stammt, nach dieser nicht weiter erkundigt hat. Aber doch man über die Person des Prinzen Arenberg keinerlei Nachforschungen angestellt hat, widerspricht doch aller militärischen Gepflogenheit. Innerhalb kurzer Zeit waren sich die Kameraden über den Zustand des Prinzen nicht mehr zweifelhaft. Zum Beweise dessen verweise ich auf die Aeußerungen eines Nebenarztes in der gestrigen „Breslauer Zeitung“. Schon damals lag alle Veranlassung vor, triegegerichtlich gegen ihn vorzugehen und ihn zu entfernen. Nebenbei hat dieser Fall wieder gezeigt, eine wie verschiedenartige Behandlung innerhalb der Offizierskreise herrscht. Weil Prinz Arenberg einer der höchsten Adelsfamilien angehört, ist er mit größter Zuberkommenheit behandelt worden.

Trotz aller Versicherungen von Kameradschaftlichkeit und Gleichheit im Offiziercorps bestehen doch sehr bedeutende Unterschiede in Bezug auf die einzelnen Regimenter und Truppenteile. Ein Seldelieutenant hat eine ganz verschiedene Stellung, je nachdem er in einem Trainbataillon, bei der Infanterie oder der Garde steht. Auch zwischen den Infanterie-Regimenten wird auf das schärfste unterschieden. Seit der Kaiser Chef des 145. und die Kaiserin Chef des 83. Infanterie-Regiments ist, ist in beiden die Zahl der bürgerlichen Offiziere bedeutend zurückgegangen. (Hört, hört! links.) Der letzte bürgerliche Offizier ist 1896 aufgenommen worden, das Offiziercorps hat seinen Charakter vollständig geändert. Für uns Socialdemokraten bedeutet das ja sehr wenig und auch der Masse der Mannschaften, für die wir eintreten, kann es gleichgültig sein, ob sie von bürgerlichen oder abligen Vorgesetzten mißhandelt werden. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Aber für den Geist, der im Staate lebt, ist das kennzeichnend. Wenn man dem vielgenannten Militärkritiker glauben will — und ich bin dazu sehr geneigt, weil alle die neueren Kritiker die ehrlichste Absicht hatten, die Armee auf bessere Wege zu bringen — ist ein früher unbekannter Geist der Eifersucht, der persönlichen Ränke in die Armee eingezogen.

Den Fall des Divisionskommandeurs hat inzwischen eine Pressemitteilung der „Preussischen Correspondenz“ vollinhaltlich bestätigt. Wie der Fall aber auch liegt, jedenfalls bitte ich die Militärverwaltung, in Bezug auf Mitteilungen der Presse sich weniger lässig zu verhalten als bisher. Sonst gehen falsche Nachrichten, die von den Redakteuren gutgläubig aufgenommen sind, monatlang durch die Presse.

Ich muß nun auf die gestrigen Angriffe des Herrn Stöder gegen unsre Partei eingehen. Er hat sich äußerst abfällig über unsre Kritik an den in der Armee bestehenden Zuständen ausgesprochen. Unsre Kritik unterscheidet sich von der seinen allerdings wesentlich; er läßt nach oben nur Kritik in dem leisesten, mildesten Tone, aber nach unten schlägt er so verbe wie möglich. Wir halten es für richtiger, nach oben möglichst dorthin zu schlagen, gehen aber nach unten schonender vor, weil in der Regel als die Uebel, mit denen wir uns hier zu beschäftigen haben, von oben kommen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wir biscreditieren auch nicht das Vaterland, sondern die Zustände in diesem Vaterlande, die wir für verbesserungsfähig halten. All unser Streben geht ja darauf hinaus, bessere, menschenwürdiger Zustände in

unserm Vaterlande zu schaffen. Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Was die Offiziere, die geborenen Führer des Volkes“ anlangt, so hat Fürst Bismarck ein sehr bitterböses Wort darüber gesprochen, das erst neuerdings bekannt geworden ist. Er sagte: „Wenn wir 1870/71 so großartig gesiegt haben — die Führerschaft war es in den seltensten Fällen, die das herbeigeführt hat, vielmehr die Brauerei, Aushauer, der unbewegliche Mut der Massen.“ (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Ich möchte Herrn Stöder ein Urteil eines Amtsbreders von ihm, der die Verhältnisse sehr genau kennt, über die Zustände im Heere entgegenhalten, den Militärprediger Frommel. Dieser hat wiederholt gesagt, „unser Heer, obwohl es in vieler Hinsicht eine Schule der Tugend ist, wird doch für die meisten zu einer Hochschule für die Unauht.“ (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Er verweist auch auf die schmutzigen Redensarten, die zweiwichtigen, schamlosen Lieber, die selbst in Gegenwart von Offizieren beim Militär gefungen werden usw. Herr Stöder schlägt vor, wir möchten eine Kommission einsetzen, um diese Zustände im Heere zu untersuchen. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß es Sache der Militärverwaltung sei, einmal festzustellen, was denn an den ungeheuerlichen Behauptungen des Grafen Baudissin wahr sei. Wenn Herr Stöder einen meiner Freunde als Vorsitzenden der Kommission empfahl, so möchte ich ihm vorschlagen, daß er lieber seinen Parteigenossen und früheren Amtsbreders Krösel dazu ernannt, der die nötige Qualifikation in dieser Beziehung sicher hat. (Große Heiterkeit.)

Nach Herrn Stöder reißt die Socialdemokratie den Soldaten alles aus dem Herzen, was ihnen lieb und teuer ist. Man kann doch aber einem Menschen nicht etwas aus dem Herzen reißen, wenn er nicht zu einer anderen Ueberzeugung kommt. Schule, Kirche, die gesamte Staatsverwaltung und Befehlgebung ist doch in Ihren Händen, und wenn dennoch das eintritt, was Sie so bitter beklagen, wenn dennoch immer mehr Menschen zur Socialdemokratie übergehen, so sollten Sie sich doch einmal im stillen Kämmerlein fragen: wie geht denn das zu, sind denn die Socialdemokraten Gegenmeister oder was sonst? Herr Stöder hat ja in seinem eignen politischen Leben erfahren müssen, welche Macht die socialistische Bewegung, die nach ihm „heute geboren, morgen verweht“ sein soll, in Wirklichkeit geworden ist. Er arbeitet seit Jahrzehnten als der moderne Siphos, während die von ihm bestgehaltene Partei riesengroß anwächst und dauern wird, wenn Herr Stöder längst verweht sein wird, ohne eine Spur zu hinterlassen. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Sehr charakteristisch war es für den Hosprediger Stöder, daß er von dem Urteil des Volkes über den Dresdener Parteitag sprach und sich zum Beweise auf einen einzigen amerikanischen Socialisten berief. (Heiterkeit.) Das muß ein sonderbarer Socialist sein, der in eine Stödersche Versammlung geht, um sich Trost zu holen über den Dresdener Parteitag. (Heiterkeit und Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Interessant war es, wie der Vertreter der christlichen Nächstenliebe sich hier zum Verteidiger des Judenhasses aufwarf. Er hat durch seine Worte alles das mit Füßen getreten, was das Christentum von seinen Anhängern fordert. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Wir, die wir die Völkerverbrüderung herbeiführen, die Klassengegensätze beilegen wollen, sind die wahren Vertreter des Christentums. (Lachen rechts.) Der Mann, der moralisch gezwungen worden ist, aus dem Eifer-Ausbruch der konservativen Partei auszutreten, mag uns Moral zu predigen! Niemand hat ihn tiefer geholt, als Ihr großer Fürst Bismarck, der ihm gegenüber auch nicht einen Funken von Achtung hatte. (Große Unruhe rechts.) — Christus, „des Menschen Sohn“, hatte jüdische Eltern; die Prophezeiungen des alten Testaments gehen dahin, daß aus Israel das Heil der Welt hervorgehen werde. Die Juden waren das erste und einzige geschichtlich bekannte Volk, das an den Eingott glaube, der dann der Gott der Christenheit wurde. Das Christentum wäre ohne Judentum gar nicht denkbar. (Zuruf rechts: Chamberlain!) Jede andre Behauptung beruht auf historischer Unwahrheit und Fälschung. Um so merkwürdiger, sonderbarer, derwunderlicher, verächtlicher ist Ihr Judenhass. (Lachen rechts.) Der Jude ist in Deutschland gleichberechtigter Bürger, was das Gesetz für ihn bestimmt, bestimmt es für uns alle. Wenn er trotzdem von bürgerlichen Rechten ausgeschlossen wird, wie in der Armee, so ist das ein Unrecht, das der christliche Staat gegen diese Klasse oder Rasse verübt. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Herr Stöder hat mein Buch „Die Frau“ wieder einmal in seiner bekannten Weise eilert; er hat zwei ganz verschiedene Sätze von zwei ganz verschiedenen Stellen zusammengebracht und Schilderungen heutiger Sittenzustände auf dem Lande als mein Urteil angegeben. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Ich sage aber in der „Frau“ ausdrücklich: „Die Eine ist die Normale der bürgerlichen Gesellschaft, jede andre Verbindung ist unmoralisch.“ Ich suche ja in dem Buche nur nachzuweisen, daß nach der ganzen historischen Entwicklung die Beziehungen der Geschlechter nach den socialen Zuständen der Gesellschaft wechseln. Heute lassen Kultur, Eigentums, Erbrechtsbegriffe gar nichts anderes zu als die Eine, und jeder, der über diese Grenze hinausgeht, handelt unmoralisch. Freilich, die Moralbegriffe wechseln, und morgen kann das moralisch sein. (Hört! hört! rechts.) Ich wundere mich, daß Herr Stöder nicht einen Höheren wie mich angegriffen hat, den von ihm so hochverehrten Luther. Dessen Anschauungen stehen mir viel näher als ihm: Ich werde mich hüten, solche Aeußerungen zu thun, wie die Luthers. Wenn ein Weib einen untüchtigen Mann hat, so soll sie ihm sagen: „Sieh, lieber Mann, Du hast mich um meinen Leib betrogen. Vergönne mir, daß ich mit Deinem Bruder oder besten Freund eine heimliche Ehe schlicke, damit Dein Gut nicht an Fremde kommt.“ Und wie stand Luther zur Doppelhehe Philipps von Hessen? Ein Amtsbreders des Herrn Stöder schrieb über Eberhard von Württemberg . . .

Vizepräsident Graf Stolberg (unterbrechend): Sie werden selbst zugeben, daß Ihre Ausführungen mit dem Gehalt des Kriegsministers nichts zu thun haben. (Große Heiterkeit.)

Abg. Bebel (fortfahrend):

Herr Stöder hat die Angriffe auf mein Buch gestern vom Naume gebrochen. Amtsbreders von ihm denken bei weitem nicht so schlimm darüber. Ein Pforzheimer Pfarrer urteilte 1896, Bebel's „Frau“ sei ein Buch, das er jedem Christen empfehlen könne. Ein anderer Pfarrer erachtete es für ein „wertvolles und belehrendes Buch“. Die Angriffe des Herrn Stöder ärgern mich nicht, sie beweisen nur die Ohnmacht des Angreifers. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Herr Stöder sprach auch von Hoheit. Aber die herrschenden Klassen sind es, die die Hoheit, die selber vielfach vorhanden ist, gezüchtet haben. Wo die Socialdemokratie einmal Boden gefaßt hat, hebt sich alsbald der Stand der sittlichen Bildung. (Lebhafter Widerspruch und Lärm rechts.) Ein niederösterreichischer Richter erkannte die Verdienste der Socialdemokratie um die sittliche Verbesserung des Volkes außerordentlich lobend an. Zum Schluß seiner Rede mußte Herr Stöder selber zugeben, daß zahlreiche Missethände in der Armee beständen. Er hat Teile meiner ersten Rede nachgehört, wie Sie (nach rechts), nur zu Ihrer ganzen Kritik nur durch uns genötigt werden. — Herr Kröcher hat wieder einmal erklärt, mit dem „Entgegenkommen“ gegen uns müsse es ein Ende haben. Er will uns das Messer an die Kehle legen. Aber machen Sie, was Sie wollen, Sie werden uns nie und nimmer los! (Lebhaftes Bravo bei den Socialdemokraten.)

Abg. Stöcker (wülfonf.):

Das Mienenspiel und der Ton des Herrn Bebel zeigten doch, wie sehr er sich geärgert hat. Er flüchtet jetzt vor den Konsequenzen seiner eignen Gedanken und sucht das Buch „Die Frau“ abzuschwächen. Aber in Wahrheit bedeutet dies Buch die Loslösung der Geschlechts- und Eheverhältnisse von jeder sittlichen Grundlage, die Auflösung der Menschheit in eine Tierwüste, oder in einen zoologischen Garten. Zustimmung rechts. — Zuruf bei den Socialdemokraten: In ein Fortsch! — Heiterkeit. Ich vertrete die Interessen der Arbeiter scharf nach oben hin, aber gegenüber der Socialdemokratie kenne ich nur einen Kampf auf Leben und Tod, bis einer von uns auf dem Plage bleibt. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Herr Bebel will das Volk aus der Unwissenheit befreien, derselbe Herr Bebel aber sagte in Dresden: „Hütel Euch vor den Leuten, die zu Euch kommen. Wenn es ein Akademiker ist, so hütel Euch zwei- oder dreimal!“ (Abg. Bebel ruft: Fälschung!) Sie reden immer vom Fälschen! (Zuruf bei den Socialdemokraten: Das ist auch sehr notwendig!) Ich kann es Ihnen genau verlesen: „Seht Euch jeden Genossen an. (Abg. Bebel: Aha!) und wenn es ein Akademiker ist, doppelt und dreifach!“ (Aha bei den Socialdemokraten.) Darf man „Fälschung“ rufen, wenn ich durchaus die Wahrheit sage? (Zuruf bei den Socialdemokraten: Es war eine Fälschung!) Sie (zu den Socialdemokraten) dachten, ich hätte den genauen Wortlaut nicht bei mir. Wer ich vor den Akademikern fürchtet, kann das Volk nicht vor der Unwissenheit befreien! (Lachen bei den Socialdemokraten.) Er erzielt vielleicht mit seinen proletarisch wüsten Gedanken Erfolge, aber die Kultur fördert er nicht!

Wenn Herr Bebel Vaterlandsliebe und Religion aus dem Herzen des Volkes zu reißen sucht, so spekuliert er damit auf das Schlechteste im Menschen, auf Neid und Bosheit. Es ist ein Charakteristikum schlechter Menschen, daß sie die Majestäten lästern, d. h. daß sie die Autoritäten herunterziehen. Damit hat man beim Pöbel immer Erfolg. Dieser Phantasmagor nach unten, der dem Volke seine Autoritäten vernichtet, um sich selbst auf das Piedestal zu setzen, ist die schlimmste und verwerflichste Art der Agitation! (Lebhafte Zustimmung rechts.)

In England und America hat die Socialdemokratie keinen festen Fuß fassen können. Das ist ein bedenkliches Verdict zweier hochentwickelter Völker. Bei uns hat die Judenpresse und die ihr verwandte, ebenso schlechte Presse das Volk ein halbes Jahrhundert lang verdammt, so daß es sich jetzt von der Socialdemokratie verführen läßt. (Lautes Lachen links.) Herr Bebel zog eine Parallele mit der Zeit der Christenverfolgungen. Aber die Christen können dabei doch nur sein und Sie Nero oder Caligula! Sie leugnen doch jedes Christentum! Herr Bebel sagte: „Wer das Schwert zieht, wird durch das Schwert unkommen.“ Aber Christus sagte auch: „Ich bin nicht gekommen, Frieden zu bringen, sondern das Schwert!“ Sie sehen daraus, wie verwerflich es ist, sich auf Sachen zu berufen, die man nicht kennt. (Lachen bei den Socialdemokraten.)

Vizepräsident Graf Stolberg (unterbrechend): Auch diese Ausführungen haben mit dem Militärretal nichts zu thun. Ich bitte Sie, nicht zu weit darin zu gehen.

Abg. Stöcker (fortfahrend): Mit Herrn Bebel über Luther mich zu unterhalten, weise ich weit von mir. Unsere Kirche hat keine Anschauung niemals gebilligt; sie ging bei Luther hervor aus seiner falschen Auffassung des alten Testaments: er glaubte, was im alten Testament erlaubt sei, sei auch jetzt erlaubt. Mit Herrn Bebel über Jesu zu reden, würde ich mich schämen! (Zuruf bei den Socialdemokraten: Das steht Ihnen gar nicht!) Er begreift ja doch nicht den Unterschied meines Ausdrucks, Christus sei kein Jude, sondern des Menschen Sohn. Solch tiefes Wort zu vertreten, ist sein Haß gegen Akademie und Bildung viel zu groß. (Lachen bei den Socialdemokraten.)

Kriegsminister v. Einem:

Sie werden mir zugeben, daß es dem preussischen Kriegsminister außerordentlich schwer gemacht wird, sein bißchen Gehalt bewilligt zu bekommen. (Große Heiterkeit.) Speziell heute hätte ich wirklich besser zu Hause meinen Gehälften nachgehen können. Ich hoffe, daß dieses heiße Bemühen, mir das Gehalt streitig zu machen, allmählich aufhört. (Heiterkeit.) In einem Punkte muß ich Herrn Bebel durchaus recht geben, es geht eine gewisse Klatschsucht durch weite Kreise, es wird so ungeniert über Sachliches und Persönliches gesprochen, daß jeder in seinem Kreise dahin wirken sollte, daß solche Klatschereien unterbleiben. Wo werden aber derartige Klatschereien ungenierter vorgebracht, wo werden sie hartnäckiger festgehalten, als gerade in der socialdemokratischen Presse. Der „Vorwärts“ hatte vor einiger Zeit einen Artikel gebracht mit der Ueberschrift „Verbesserungen der Offiziersgehälter auf Umwegen“. Diese Verbesserungen sollten durch den neuen Servistarif erfolgen. Ich habe daraufhin sofort in der „Berliner Korrespondenz“ eine Verichtigung erscheinen lassen, durch welche die völlige Grundlosigkeit dieser Behauptung nachgewiesen wurde, alle Blätter haben die Verichtigung gebracht, nur der „Vorwärts“ hat nichts davon erwähnt. Es wäre Pflicht jedes anständigen Blattes, eine solche Verichtigung ohne Zwang zu bringen. (Sehr richtig! rechts.) Herr Bebel hat gesagt, es wäre klüger von der Militärverwaltung, den Dementierapparat immer in Bewegung zu setzen. Wenn ich das wollte, müßte ich schon jetzt einen Nachtrags-Etat eindringen und mindestens einen Abteilungschef, zwei Referenten und eine ganze Anzahl Expedienten mehr hinzu bekommen, um alles Falsche, was in den Zeitungen steht, zu berichtigen. Wenn man bedenkt, was für hirnerkrankte Gerüchte über den Abgang meines Vorgängers in den Zeitungen gestanden haben, dann sagt man sich an den Kopf und begreift nicht, wie verständige Menschen solchen Nöfism schreiben und glauben können. (Sehr richtig! rechts.) Wod ein Wort zum Falle Arenberg. Herr Bebel hat ganz recht, ich bin der Kommandeur des Kavallerie-Regiments gewesen, in welches Prinz Arenberg eintrat. In unsren Reihen diente sein Bruder, der Herzog von Arenberg, seit mehreren Jahren, ein durchaus nüchtern, solider Mann, ein äußerst tüchtiger Offizier. Dieser hat mich eines Tages, seinen jüngeren Bruder in das Regiment zu nehmen, weil er es für ihn durchaus für ersprießlich halte, eine Erziehung als preussischer Offizier zu bekommen. Ich habe mich nach der Persönlichkeit des Prinzen genau erkundigt. Ich hatte damals einen Adjutanten, der mit dem Herzog bekannt war. Dieser ist nachher in die Kolonien gegangen und als ausgezeichnete Offizier bekannt. Jetzt ist er nicht mehr unter den Lebenden. Nach dem Charakter dieses Offiziers und des Herzogs v. Arenberg mußte ich mit aller Sicherheit annehmen, daß sie mir es mitgeteilt hätten, wenn sie von dem normalen Charakter des Prinzen Prosper v. Arenberg irgendwelche Kenntnis gehabt hätten. Diese Anormalitäten sind jetzt bei der Gerichtsverhandlung zum Vorschein gekommen, vielfach nach Diener-Aussagen. Ich habe von all diesen Fällen keine Ahnung gehabt. Der starke, hochgewachsene junge Mann machte auch, als er zu uns kam, durchaus keinen abnormen Eindruck. Ich habe später vor und nach dem Abnieder von seinem Eselabdruck nur ein günstiges Zeugnis über ihn erhalten, daß er sich ruhig und schnell in die ihm fremden Verhältnisse eingewöhnen habe. Damit hören meine Beziehungen zu dem Prinzen von Arenberg auf. Wenn hinterher bei dem Regiment Fälle vorgekommen sind, wie sie in den Akten geschildert sind, so sind zweifellos große Fehler gemacht worden, falls die Offiziere diese Fälle nicht zur Kenntnis ihres Regiments-Kommandeurs gebracht haben.

Es ist ja möglich, daß die Offiziere und speziell der eine, von dem in der öffentlichen Verhandlung die Rede gewesen ist, aus kameradschaftlichen Rücksichten zunächst geschwiegen haben, ist aber die Verwendung des Prinzen im Kolonial-

dienst erfolgt, trotzdem das Regiments-Kommando von seinen Verfehlungen Kenntnis hatte, so hat dies sich schuldig gemacht. Diese Fehler sollen in keiner Weise in Schutz genommen und abgeleugnet werden. — Herr Ledebour hat gestern auf eine Aenderung meiner Rede im stenographischen Bericht hingewiesen. Ich glaube gesagt zu haben, die Offiziere sind die Führer der Mäkte der Nation im Kriege. Ich sehe eben die Mäkte der Nation in unserer Jugend, die hinausgeht zur Verteidigung des Vaterlandes. In dem allgemeinen Geräuße ist dies wohl nicht so genau ins Stenogramm gekommen, so daß einer meiner Herren, der das Stenogramm korrigiert hat, um ganz klaren Sinn hereinzubringen, allerdings hinzugefügt hat: Führer des Volkes im Kriege. Ich persönlich habe das Stenogramm nicht gesehen. Diese Korrektur hat aber stattgefunden, ehe irgend eine Polemik über meine Rede stattgefunden hat. — Den Fall, den Herr Eichhoff erwähnte, ist von mir, wie er selbst sagte, rektifiziert worden. Wenn er mich aber gefragt hat, ob denn nun dieser junge jüdische Kommis durch Korpsbefehl nachträglich doch bei dem Regiment zugelassen sei, so muß ich erwidern: dazu hat das Generalkommando überhaupt kein Recht. Wer als Freiwilliger eintreten will, sucht sich seinen Truppenteil aus und ob er, wenn er abgewiesen ist, gerade Luft hat, sich durch Zwang einstellen zu lassen, ist mir doch sehr zweifelhaft. (Sehr richtig! rechts.) Weder geistliche, noch auf dem Verwaltungswege erlassene Vorschriften stehen im übrigen der Einstellung jüdischer Freiwilliger im Wege. — Ob die bairischen Offiziere gebildeter sind wie die preussischen, wie Herr Müller-Meinungen behauptete, weiß ich nicht, es ist ja möglich. Ich weiß nur, daß vielfach die bairische Heeresverwaltung aus eigener Initiative Offiziere in unsre Institute beim großen Generalstab usw. geschickt hat mit der Begründung, daß sie da einen freieren Blick bekommen und mehr lernen. — Herr Bebel hat neulich gesagt, Herr Generalleutnant z. D. v. Boguslawski habe über den Heidelberger Fall Verleumdungen und gemeine Verdächtigungen verbreitet. Wenn nun Herr v. Boguslawski diesem Hause nicht angehört und wahrscheinlich auch mit Ihnen nicht persönlich verkehrt (Große Heiterkeit rechts), so müssen Sie das doch gelesen haben. Was sagt nun Herr v. Boguslawski: „Wenn nun auch ein Fall spezieller socialdemokratischer Aufregung hier nicht vorläge, so ist es doch klar, daß die Jahrzehnte lang betriebene allgemeine Verhetzung gegen unser System und die Klasse der Vorgesetzten, wie sie in der Presse und in Versammlungen stattfindet, den Respekt vor den Vorgesetzten zu ertöten geeignet ist und zu solchen Ausschreitungen führen muß.“ Nun habe ich nachgewiesen, daß der schlimmste dieser braven Vauernbürschen (Abg. Bebel: Ich habe sie nicht so genannt!) — das habe ich auch nicht gesagt — daß der schlimmste dieser braven Vauernbürschen ein mehrfach vorbestrafter, als Socialdemokrat überwiegender Mann ist. Danach kann man wohl die Frage an Herrn Bebel richten, ob er das zurücknimmt: „Verleumdungen“ und „gemeine Verdächtigungen“. (Zuruf des Abg. Bebel.) Sie nehmen sie nicht zurück, dann muß ich an das hohe Haus appellieren, ob der Abg. Bebel thätiglich dieser gerechte und nach Wahrheit geradezu dürstende Mann ist, wie er sich immer und auch jetzt in seiner letzten Rede dargestellt hat. (Lebhafte Bravo! rechts.)

Abg. Wagner (libd. Sp.) bekämpft die übermäßigen Ausgaben für den Militarismus, insbesondere auch die erhöhten Forderungen für die Unteroffiziere und Oberstleutenants. Die Uniformänderungen für Offiziere haben 15 Millionen gekostet, dafür läßt man die Kriegsinvaliden hungern. Die Offiziere treiben den größten Luxus, statt sich volkswirtschaftliches und völkerrechtliches Wissen zu verschaffen. Die Soldaten werden in viel zu hohem Maße zu persönlichen Diensten für die Herren Offiziere abkommandiert. Wegen die Soldatenmishandlungen müssen unbedingt schärfere Maßregeln ergriffen werden. Schließlich verlangt der Redner eine anderweitige Regelung der Militärämterfrage.

Abg. v. Oldenburg (konf.):

Als ich im vorigen Jahre, nachdem meine Wahl in der Kommission für ungültig erklärt worden war, eine ganz kurze Rede hielt, sagte Herr Bebel, er hätte in meiner Stelle es für eine Ehrensache angesehen, mein Mandat sofort niederzulegen und er hätte nicht mehr den Mut gefunden, nach der Ungültigkeitserklärung noch zu reden. (Hört! hört! rechts.) Herr Braun, dessen Wahl schon zum zweitenmal in der Kommission für ungültig erklärt worden ist, aber hat heute eine lange Rede gehalten. (Auf rechts: Socialdemokratisches Ehrgefühl!) Das beweist doch jedenfalls die Vielseitigkeit des Herrn Bebel. Wenn es Ihnen (zu den Socialdemokraten) paßt, so können Sie eben auch anders. (Heiterkeit und Beifall rechts.)

Die Rechte, Nationalliberale und Centrum haben sich in Reden große Zurückhaltung angesetzt. Wir wollen den Etat rechtzeitig fertigstellen. Aber auf die Reden der Abgg. Bebel, Ledebour und Müller-Meinungen müssen wir antworten. Im Dr. Müller-Meinungen bin ich befragt: seine Erfolge bei den Frauen spornen ihn zu Leistungen an, die über seine Kraft gehen. (Stürmische, anhaltende Heiterkeit rechts.) Warum dies Vordringen eines Abgeordneten? Das ist ja unerträglich. Wir wünschen nur, daß endlich einmal Herr Richter wiederkommt, um diesem Unfug in seiner Fraktion zu steuern. (Große Heiterkeit.)

Es ist der Parademarsch bekämpft worden. Der Boererkrieg spricht aber für den Parademarsch. Hätten die Boeren ihn gekannt, so wären die Engländer sehr bald aus Afrika herausgeschossen. (Sehr richtig! rechts.) Auch im japanisch-russischen Kriege werden wir den Wert des Parademarsches erkennen können. Ich habe als Offizier den Parademarsch persönlich schätzen lernen.

Ich muß die partikularistische Bemerkung Dr. Müller-Meinungens zurückweisen, daß die bairischen Offiziere gebildeter seien als die preussischen! (Lebhafte Beifall rechts.) Bairische und preussische Offiziere haben gemeinsam die Siege von 1870/71 erfochten! (Zustimmung rechts.) — Die Militärgerichtsbarkeit ist immer human und gerecht verfahren. Den gleichen Eindruck habe ich von der Civilgerichtsbarkeit, an der ich viele Jahre lang als Schöffe teilnahm, nicht immer empfangen.

Sie (zu den Socialdemokraten) wissen ganz genau, warum Sie das Offiziercorps bekämpfen: wenn es einmal dazu kommt, so werden Ihnen die Herren ein Gericht vorsehen, das sehr schwer verdaulich ist, die blauen Bohnen! (Große Unruhe.) Aber wenn es dazu kommt, so wünschen wir nur, daß dies Gericht nicht nur genossen wird von den verhegten Massen, sondern daß dann auch der Aufershalt: „Führer vor die Front!“ (Erneute große Unruhe.) Als Herr v. Einem von den Vollweilern der Nation sprach, fiel der Ruf: „Die Junker!“ Ja an dem Volkswort der Junker ist leider etwas abgedroschelt, weniger durch die socialdemokratische Agitation, als durch den ganzen Gedankengang der Vera Caprivi (Lachen links), die diese feste Stütze des Staates dem Großkapitalismus aufopfert. Wollte man dies schon thun, so hätte man als Äquivalent gleichzeitig die rigorossten Abwehrmaßnahmen gegen die Socialdemokratie treffen müssen. Man hätte in demselben Moment, wo man die Tariffähre ermäßigte, das allgemeine Wahlrecht aufheben, die Führer der Socialdemokratie durch ein Socialistengesetz und den Expatriierungs-Paragraphen treffen und die socialdemokratische Presse inebeln müssen. (Zuruf des Abg. Bebel.) Herr Bebel ruft mir zu: „Man müßte sie löpfen!“ Nein, ich will sie nicht löpfen. Ich möchte Ihnen weite Gebiete unserer afrikanischen Kolonien zuweisen. (Große Heiterkeit.) Versuchen Sie Ihre menschenfreundlichen Theorien an den Vondelsparus, und wenn Sie dann etwas Brauchbares leisten, können wir es ja immer noch in die Heimat übernehmen. (Große Heiterkeit und sehr gut! rechts.)

Ich fühle mich jetzt manchmal an die Reden Ciceros gegen die Verschönerung Catullinas erinnert. (Redner sagt einen langen lateinischen Satz aus Ciceros Reden auswendig her. — Große Heiterkeit.) Wenn es zur Revolution kommt, so wissen wir, daß mit dem Schafott operiert wird. Wenn dann durchaus gehent werden soll oder muß, so hänge ich natürlich erst lieber Sie auf. (Große Heiterkeit und Unruhe.) Die Mißstände der Vera Caprivi zeigen sich am deutlichsten in dem plötzlichen Anschwellen der Abwanderungsziffern

vom Lande. Diesen Mißständen sollten wir endlich energisch zu Leibe gehen.

Dah Sie (zu den Socialdemokraten) so groß geworden sind, liegt daran, daß der Bismarck'sche Kaiserstiefel Ihnen gegenüber Platz gemacht hat dem Glacé-Handschuh. (Sehr richtig! rechts.) Ohne die drei Junker Bismarck, Noon und Nolke könnten wir hier nicht so liebenswürdig plaudern. (Große Heiterkeit.) Jetzt wende ich mich lieber zum andern Volkswort, zur Armee. Wir springen nicht immer den Ministern nach. Aber der Kriegsminister machte eine Ausnahme. Mit ihm gehen wir durch die und dünn, weil wir zu ihm Vertrauen haben und weil die Armee der Halt und Stolz der Nation ist. (Bravo! rechts.) Wenn Offiziere Schmachschriften veröffentlichen, so ist's uns alten Offizieren nobilis officium, im Reichstag mit doppelter Kraft aufzutreten, wenn es zu verteidigen gilt unsre erste Liebe, die Hohenzollern! (Stürmischer Beifall rechts.) — Lautes Lachen bei den Socialdemokraten.) Ich las neulich in einem Witzblatt:

„Aergre mich immer, wenn Militär im Reichstag wird mitgenommen.“

Andre Nationen glücklich wären, könnten Bestig von bekommen. (Große Heiterkeit.) So ist's auch, und wenn der Reichstag dem Kriegsminister die Vertretung der Offiziere und die Armee überlassen wollte, so wäre dieser deutsche Reichstag nicht einen Schuß Pulver wert. In diesem Volkswort werden Sie nicht rütteln, und an diesem Volkswort werden Sie zerbrechen. (Stürmischer anhaltender Beifall rechts.) Nach meinem alten Grundsatze soll eine Rede kurz und verlegend sein. (Heiterkeit.) Kurz war sie und verlegend hoffentlich auch. (Lautes Nein! nein! bei den Socialdemokraten.) Nun, wenn ich Sie diesmal nicht verlegt habe, so will ich nächstes Mal viel größer sein. (Heiterkeit und lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. Mügenberg (L.) verlangt eine bessere psychologische Vorbildung der Militärärzte und Belehrung der Offiziere und Unteroffiziere über die häufigsten Geisteskrankheiten durch populäre Vorträge. Anlässlich des Falles Arenberg müsse gegen den übermäßigen Alkoholgenuß im Heere eingeschritten werden.

Abg. Prinz zu Schönau-Garolath (natl.): Ich darf es hier aussprechen, daß wir die beste und ausgezeichnetste Armee der Welt haben, um die uns jedes Volk beneidet. Heldentum, Tapferkeit, Hingebung und Treue bis in den Tod der Offiziere und Soldaten kann von keiner Armee übertroffen werden. Wir wollen dem Auslande gegenüber nicht den Eindruck aufkommen lassen, als ob Mißstimmung und Mißtrauen gegen die Armee herrscht.

Abg. Eichhoff (fr. Sp.): Ich lehne es für mich ein für alle mal ab, auf das Bildeu der Liebermann v. Sonnenberg und Genossen herabzusehen. Auch auf die Ausführungen des Herrn v. Oldenburg kann ich nicht eingehen, weil er auf dieselbe Stufe herabgesunken ist. Herr Stöcker hat von einer durchgängigen Verbindung zwischen Judentum und Socialdemokratie gesprochen. Dabei haben Juden Krösel und Raab aus patriotischen Gründen zum Siege verholfen. Durch die Zurückziehung der Juden wird die Verfassung aufs schwerste verlegt; darüber helfen weder Schweigen noch billige Witze hinweg. Durch solche Ungerechtigkeiten wird nur die Socialdemokratie gefördert und das Vertrauen in das kaiserliche Wort auf die Verfassung erschüttert. So werden die Grundlagen des Thrones untergraben, den wir stets zu schützen bereit sind. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Damit schließt die Besprechung.

Personlich bemerkt

Abg. Krösel (Antif.): Herr Bebel hat es für nötig befunden, mich dem Abg. Stöcker vorzuwerfen als Amtsruder und Parteigenosse. Zur Steuer der Wahrheit erkläre ich, daß ich erstens nicht Amtsruder des Herrn Stöcker bin (Zuruf bei den Socialdemokraten: war!), zweitens, daß ich nicht sein Parteigenosse bin. Allerdings hatte der Doktor der Theologie und Hofprediger a. D. Stöcker . . .

Präf. Graf Ballestrem: Namens des Doktors der Theologie und Hofpredigers a. D. Stöcker können Sie nichts persönlich erklären. (Große Heiterkeit.)

Abg. Krösel (fortfahrend): Alles, was ich an Herrn Bebel gesehen habe . . .

Präf. Graf Ballestrem: Das ist nicht persönlich.

Abg. Krösel: Ich bitte Herrn Bebel, seine Angriffe . . . Da Präf. Graf Ballestrem wiederum eingreift, verläßt Abg. Krösel unter schallender Heiterkeit die Tribüne.

Abg. Bebel (persönlich): Ich sehe Herrn Krösel bei späterer Gelegenheit gern zu Diensten. Der Kriegsminister hat mich gefragt, ob ich bereit gewesen sei, die Angriffe gegen den Generalleutnant v. Boguslawski zurückzunehmen, der anlässlich des Heidelberger Falles . . .

Präsident Graf Ballestrem: Das ist nicht persönlich. (Große Heiterkeit.)

Abg. Bebel: Der Kriegsminister hatte mich doch gefragt . . .

Präsident Graf Ballestrem: Dann könnten Sie sich ja jederzeit Parteigenossen stellen, die alle möglichen Fragen an Sie richten. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Bebel: Dann werde ich bei anderer Gelegenheit auf diese Frage antworten.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (persönlich): Herr Carolath hat nach einem Zuruf gemeint . . .

Präsident Graf Ballestrem: Das ist nicht persönlich. Jurise sollen überhaupt nicht gemacht werden. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg: Ich wollte nur sagen, daß Goethe keinen größeren Verehrer in diesem Hause hat als mich. (Lebhafte Oh!) bei den Socialdemokraten. — (Große Heiterkeit.) Das ganze deutsche Volk . . .

Präsident Graf Ballestrem: Für das ganze deutsche Volk dürfen Sie nicht sprechen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg: Der Abg. Eichhoff hat behauptet, wir hätten . . .

Präsident Graf Ballestrem: Sprechen Sie nur für sich! (Große Heiterkeit.)

. . . Herr Eichhoff hat behauptet, Treitschke sei kein Antisemit gewesen, ich habe von Herrn Treitschke den Satz gelernt . . .

Präf. Graf Ballestrem: Sie können nicht für Herrn Treitschke sprechen.

Da Abg. Liebermann v. Sonnenberg unbestimmt weiter spricht, ruft Graf Ballestrem ganz laut: „Wenn ich Sie unterbreche, dürfen Sie nicht versuchen, in Ihren Ausführungen fortzufahren.“

Abg. Liebermann v. Sonnenberg: Herr Eichhoff hat behauptet, die Juden im Kreise Schwäbe-Schmalldaden hätten für den Antisemitismus Maas gestimmt. Ich lege dieses Flugblatt auf dem Tisch des Hauses nieder, das beweist, daß die ganze Juden-schaft für den Socialdemokraten gestimmt hat.

Präsident Graf Ballestrem: Das war wieder nicht persönlich. (Große Heiterkeit.)

Der Titel Ministergehalt wird bewilligt.

Die Urlober-Resolutionen Deumer-Eichhoff werden angenommen, dagegen wird eine Resolution des Abg. Freiherrn v. Seyl, die eine Vervollständigung für die Unteroffiziere bezweckt, abgelehnt. Eine Reihe weiterer Titel wird debattelos bewilligt.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr verlagert. — Außerdem steht die dritte Beratung der Vorlage über die Einbeziehung des schleswig-holsteinischen Fürstenthums in das gemeine deutsche Bürgerrecht auf der Tagesordnung. Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

37. Sitzung, Mittwoch, 9. März 1904, 11 Uhr.
Am Ministertische: B u d d e.
Die zweite Lesung des Eisenbahn-Etats wird fortgesetzt beim Abschnitt „Zugverbindungen“. Nachdem eine Reihe von Rednern kleinere Specialwünsche vorgebracht, schließt diese Besprechung. Eine Reihe von Einnahme-Kapiteln wird debattelos bewilligt. Es folgen die dauernden Ausgaben.

Abg. Busch (C.) führt Beschwerde darüber, daß der Minister Eingaben des Militärärzter-Verbandes grundsätzlich unbeantwortet lasse.

Abg. Priebe (Nat.) fordert den Minister auf, in dem Bau von Dienstwohnungen für die Eisenbahn-Angestellten kräftig fortzufahren. Redner weist im weiteren auf die gesundheitlichen Gefahren hin, die die Beamten des äußeren Dienstes ausgesetzt sind, und verlangt besonders für die Lokomotivführer ein reicheres Aufsehen in die höheren Gehaltsklassen. Ferner fordert Redner eine Besserstellung der Stationsgehilfen.

Abg. Goldschmidt (fr. Sp.): Ueber das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter, das im vorigen Jahre so lebhaft diskutiert worden ist, ist in den diesjährigen Verhandlungen bisher kaum ein Wort gefallen. Es muß festgestellt werden, daß das Koalitionsrecht auch den Eisenbahnarbeitern reichsweitlich garantiert ist und nicht durch eine einzelstaatliche Verwaltung beseitigt werden kann. Die Organisationen der Arbeiter zur Erringung besserer Arbeits- und Lohnbedingungen müssen politisch neutral sein, sie dürfen sich nicht in den Dienst einer bestimmten Partei stellen. Ich billige auch keineswegs die Sprache des Organs jenes Eisenbahner-Vereins, gegen den sich die vorjährigen Erklärungen des Ministers besonders richteten.

Der Minister sagte, im Eisenbahnbetriebe dürfe kein thätiger Sozialdemokrat beschäftigt sein. Es sind 27 Entlassungen von Mitgliedern jenes Eisenbahner-Verbandes erfolgt. In dem Rotizbuch, das ein Arbeiter in seinem Jodett hatte festschreiben lassen, fand man eine Liste dieser 27 Arbeiter als Mitglieder des sozialdemokratischen Eisenbahner-Verbandes, und diese 27 sind von dem Minister entlassen worden! (Hört! hört! links. Wiederholte Ausrufe: Sehr richtig! rechts.) Solche Intoleranz sollten wir doch den Sozialdemokraten überlassen!

In einem Erlaß des Herrn v. Thielen wird Arbeitern, die in der Verwaltung besonderer gewerlicher Organisationen thätig sind, für diese Organisationsfähigkeit eine besondere Honorierung zugesagt. Ich möchte dem Minister raten, diesen Erlaß schleunigst zurückzuziehen. Er führt zu Liebesdienerei gegen die Vorgesetzten und erzeugt Heuchler und Speichellecker! Auch die Bevorzugung des neugegründeten Allgemeinen Eisenbahner-Verbandes durch den Minister geht etwas weit; er hat den Mitgliedern nicht nur freie Fahrt zum Delegiertentage nach Kassel, sondern auch noch Diäten gewährt. Das geht etwas weit, so sehr ich mich auch sonst über das, was in Kassel geschehen ist, freue.

Der Minister sollte erwägen, ob nicht allen Arbeitern in den Eisenbahn-Werkstätten und im Streckendienst ein Urlaub, wenn auch nur von einer Woche, mit Weiterzahlung des Lohnes gewährt werden könne. Dadurch würde die Berufsfähigkeit der Arbeiter in hohem Maße vermindert werden. In solchen Maßnahmen läge die wirksamste Bekämpfung der Sozialdemokratie. Ich begrüße freudig die Verordnung des Ministers, wodurch den Eisenbahnarbeitern die innerhalb der Dienstzeit verdrachte Militärdienstzeit auf das Dienstalter angerechnet werden soll. Wie aber soll es gehalten werden mit solchen Arbeitern, die nach ihrem Militärjahr nicht gleich wieder im Eisenbahndienst Anstellung finden, sondern zunächst eine Zeitlang in der Privatindustrie thätig sind? Hier sollte den Arbeitern das weitestgehende Entgegenkommen gezeigt werden. Ich verlange durchaus nicht, daß der Minister den besten Willen hat, helfend einzugreifen.

Eine Summe von 28 Millionen Mark soll zu Lohnerhöhungen verwendet werden. Das ist nur eine kleine Summe, aber sie bedeutet doch immerhin den Versuch, die vielfach sehr schlechten Löhne der Eisenbahnarbeiter aufzubessern. Der Minister meinte, die Löhne der Eisenbahnarbeiter seien verhältnismäßig höher als die Löhne in der Privatindustrie. Die Durchschnittslöhne der Eisenbahn-Streckenarbeiter betragen für den Verlag 1900 2,94 M., 1902 2,95 M. und 1903 2,99 M., die der Werkstätten-Vorarbeiter 1900 4,19 M., 1902 4,25 M. und 1903 4,31 M. Der Durchschnittslohn der Werkstättenarbeiter betrug 1900 3,44 M., 1902 3,50 M. und 1903 3,52 M. Aber die Städtelöhne, auf die die Arbeiter besonderen Wert legen, sind zurückgegangen, so daß der Durchschnittslohn der verheirateten Arbeiter, die durch Accorarbeit sich einen Ueber-Verdienst erwerben wollen, gegen früher erheblich gesunken ist. Ich möchte das Ausgaben-Budget eines oberstehenden Eisenbahnarbeiters vorführen. Ich habe dies Budget, das aufs minutöseste ausgearbeitet ist, zum Gegenstand eines Artikels im „Gewerksverein“ gemacht. Dies Budget enthält eine Gesamt-Einnahme von 827 M. Die Ausgaben weisen z. B. für Brot auf 118,10 M., für Kartoffeln 20 M., für Fleisch nur 51,20 M., für geistige Getränke, Tabak und Cigarren zusammen nur 18,15 M.! Für Ernährung insgesamt wurden für die ganze Arbeiterfamilie ausgegeben 445,90 M. Dazu kommt Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Kleidung. Ein Wochenlohn der Frau vermag eine Extra-Ausgabe von nur 14 Mark. So lebt eine schlesische Arbeiterfamilie, deren Ernährer im preussischen Eisenbahndienst arbeitet! Der Minister mit seinem guten Herzen wird gewiß für eine Besserung dieser Verhältnisse sorgen.

Die Einrichtung der „Ueberraschungs-Kommissionen“ ist im allgemeinen zu billigen. Aber der Erfolg würde noch erheblich größer sein, wenn diese Ueberraschungs-Kommissionen mit den Arbeitern aufschließen ohne Weisheit der Vorgesetzten verhandeln. Jetzt geschieht das in Gegenwart der Vorgesetzten. Dadurch werden die Arbeiter an einer freimütigen Aussprache gehindert.

In einer Berliner Betriebswerkstatt mußten die Arbeiter vom 16. Februar bis zum 12. März täglich zwei Ueberstunden machen. Die Arbeiter haben gewiß im allgemeinen nichts gegen Ueberstunden, aber ein solcher Zwang sollte nicht geduldet werden. Das Streben der Arbeiter nach höherer Pension sei berechtigt. Neue Berechnungen haben ergeben, daß die Leistungen der Pensionsklasse erhöht werden können ohne Erhöhung der Beiträge. Hoffentlich geschehe dies recht bald. Redner bedauert, daß der Minister eine Deputation der Eisenbahn-Werkführer nicht empfangen hat, die ihm ihren Wunsch um Gleichstellung mit den Lokomotivführern vortragen wollten. (Lebhafte Weisfall links.)

Minister Rede:

Der Vorredner hat von dem Koalitionsrecht gesprochen. Mit diesem Schlagwort vom Koalitionsrecht wird nachgerade reichlich Unfug getrieben. (Sehr richtig! rechts.) Ich will mich nicht auf juristische Definitionen einlassen. Ich bin Verkehrsminister, der Leiter eines großen praktischen Betriebes und habe praktisch das Koalitionsrecht anzunehmen. Ich erwäge dabei den Eisenbahnen mehr als ihnen gesetzlich zusteht. Es bestehen 1 1/2 Duzend berufliche Verbände, die ich zugelassen habe. Wenn ich gegen die Koalitionen vorgehe, die mit der Sozialdemokratie Fühlung haben, so liegt die Sache sehr einfach. Der Beamte hat seinen Treueid geleistet, der Arbeiter hat seinen Arbeitsvertrag unterschrieben, in dem er sich verpflichtet hat, sich an ordnungsfördernde Bestrebungen nicht zu beteiligen. Daß die Sozialdemokratie ordnungsfördernde Bestrebungen vertritt, hat der Dresdener Parteitag klar bewiesen, das beweisen auch täglich die Artikel des „Vorwärts“ und der anderen sozialdemokratischen Blätter und vor allem die Reden, die jetzt täglich in andern Häusern gehalten werden. Wer also diese ordnungsfördernden Bestrebungen unterstützt, wird entlassen. Ich habe unlängst 21 Arbeiter entlassen. Es hat sich in neuerer Zeit ein weiterer derartiger Fall ereignet. Ein Delegierter der Sozialdemokratie — ich habe hier den Beweis durch die Beitrags-Duittungslisten — wurde dabei ertappt, wie er sich bei dem Geschäftsführer, den ich „Eigentum ist Diebstahl“ ins Praktische zu übersetzen. Er wurde beim Diebstahl eines Wurststoffs auf dem Altonaer Güterbahnhof abgefaßt. Bei ihm fand man die Liste von 27 Genossen unter den Staatsarbeitern. Sie erhielten ihren Lohn für 14 Tage und wurden sofort entlassen.

(Bravo! rechts.) Die Leute thun mir leid, aber sie wußten durch zahlreiche Verordnungen, woran sie waren. Sie sind nicht zu hart behandelt worden. Die Hauptschuld liegt aber bei den Verführern. Im großen ganzen herrscht unter den Eisenbahn-Angestellten ein guter Geist, nur vereinzelte Ausnahmen huldigen der Sozialdemokratie. Man sagt, nur Koalition bedeute Ordnung. Ich habe noch unter dem alten Kolosse gelernt. Der hat mich gelehrt, gegen den Feind zu stehen, ehe er in Ordnung aufmarschiert ist. (Sehr gut! rechts.) Das Wort: Alle Räder stehen still, wenn dem stärkeren Arm es will, ist bei der Eisenbahn am leichtesten zu verwirklichen. Herr Legien hat neulich im Reichstage mit dem Gedanken eines Eisenbahn-Streiks gespielt. Ich halte das für sehr leichtfertig. Schon ein halber Tag kann da Hungersnot über große Städte bringen. Auch beim Vorredner habe ich den Gedanken vernommen, daß wir für die Gesamtheit des Staates zu sorgen haben. Unsern Arbeitern leisten wir große Fürsorge.

Unter 50 000 Werkstättenarbeitern sind 59 Proz. älter als 30 Jahre, 35 Proz. älter als 40, 16 Proz. älter als 50, 5 Proz. älter als 60 und 1 Proz. älter als 70 Jahre. Das beweist doch, daß unsere Arbeiter, so lange sie nur irgend welchen Dienst noch leisten können, in Dienst gehalten werden. Was die Länge der Dienstzeit betrifft, so waren ununterbrochen beschäftigt 59 Proz. länger als 15 Jahre, 19 Proz. länger als 20 Jahre, 5 Proz. länger als 30 und 1 Proz. länger als 40 Jahre.

Der Minister schildert des weiteren die Gefahren eines Streiks der Eisenbahnarbeiter im Falle eines Krieges. Die Eisenbahn sei das wichtigste und unentbehrlichste Hilfsmittel. Es seien bereits seitens der Sozialdemokratischen Verbindungen mit dem Auslande angekündigt, um im geeigneten Augenblick gegen uns zu marschieren! Alle Räder stehen still! (Hört! hört! rechts.) Das Resultat des sribolen Hafenarbeiter-Streiks in Holland, den die Eisenbahn-Arbeiter durch ihren Ausstand unterstützten, war eine Unterfütterung von wöchentlich sieben Mark, ein Resultat, das Hunger und Elend bedeutete. Deshalb schätzen wir unsere Arbeiter vor der Verführung durch sozialdemokratische Agitatoren. Denn wenn der Betrieb gestört würde, so würden darunter alle Staaten, das gesamte Erwerbsleben leiden. Ich möchte dringend bitten, daß die bürgerlichen Parteien sich klar machen, welche Schädigungen durch die sozialdemokratische Agitation erwachsen.

Wenn bei jeder Gelegenheit gesagt wird, wenn das und das nicht geschieht, dann gehen die Arbeiter zur Sozialdemokratie über, so thut man damit ein großes Unrecht. (Sehr richtig! rechts.) Die Leute werden sich sagen: unser Abgeordneter hat ja selbst gesagt, daß wir das Recht haben, sozialdemokratisch zu wählen! (Sehr richtig! rechts.) Von verschiedenen Seiten wird behauptet, daß ich durch die Entlassung von Arbeitern, die sich sozialdemokratisch betätigen, der Sozialdemokratie ein Agitationsmittel in die Hand gebe. Wäre das der Fall, so wären die Entlassungen den Genossen nicht so unangenehm. Die Herren lieben die Befassung ihrer Rassen nicht.

Die Agitatoren gehen stets mit Unwahrheiten und falschen Beschuldigungen vor. Wenn nicht dagegen eingeschritten und betont wird, daß jeder, der ihnen Gehör schenkt, entlassen wird, kommen die Arbeiter zu dem Schluß, daß ich dagegen nichts sagen könnte. Da die Eisenbahnarbeiter alle Tage durch die sozialdemokratische Presse so bearbeitet werden, so muß ihnen von dieser Stelle aus gesagt werden, daß die schlechtesten Vertreter, die sie haben, die Sozialdemokraten sind. Der Abgeordnete Goldschmidt rief mir, ich möchte anordnen, daß die Verhandlungen der Arbeitervereine mit meinen Kommissariaten allein in einem abgeschlossenen Raum verhandelt werden könnten. Darauf kann ich nicht eingehen. Die Arbeiter müssen den Mut haben, ihre Beschwerden offen vorzubringen, ebenso wie ich es für meinen Stolz halte, offen vor Sie hinzutreten und Ihnen die Prinzipien meiner Verwaltung klar zu machen.

Was die Löhne der Werkstättenarbeiter betrifft, so sind sie nicht so schlecht, wie sie der Vorredner hingestellt hat. Im Jahre 1898 betrug der Lohn durchschnittlich 4,10 M., 1899 4,15 M., 1900 4,20 M., 1901 4,12 M. Dieser Rückgang kam daher, weil die Arbeitsleistung infolge ungenügender Aufträge zurückgehen mußte. Im Tageslohn betragen die Löhne von 1898 ab 3,31, 3,13, 3,34, 3,50 und 3,52 M., zeigen also eine steigende Tendenz. Für die Werkstättenarbeiter wurden 1894 im Jahresdurchschnitt gezahlt 1036 M., 1904 aber 1152 M., was einer Steigerung von 11,3 Proz. entspricht. In Bezug auf die Lage der Werkführer werden Erhebungen angeestellt.

Ich bin mir klar bewußt, welche Ziele ich hinsichtlich der sozialen Frage zu verfolgen habe. Allen staatsfeindlichen Bestrebungen werde ich mit aller Schärfe entgegenreten. Auf der anderen Seite betrachte ich es als meine Pflicht, mit diesem hohen Hause sorgfältig dahin zu streben, die soziale Lage der Arbeiter zu verbessern. Meine Stellung fasse ich dahin auf, daß ich eintrete zum Schutz alles dessen, was uns bis jetzt teuer und heilig gewesen ist. (Lebhafte Weisfall.)

Abg. Köpck (fr. Sp.) befragt über eine Gehaltsaufbesserung bei den Eisenbahntelegraphisten, Wagenmeistern, Bahnmeistern, Fahrkartendruckern. Die Aufbesserung der unteren und mittleren Eisenbahnbeamten sei eine Kulturfrage.

Abg. v. Savigny (C.) hat ein Koalitionsrecht der Eisenbahner für überflüssig, weil die Eisenbahner das Petitionsrecht besitzen. Redner tritt des weiteren für Besserstellung bestimmter Beamtenkategorien ein.

Abg. Stroffer (L.) spricht dem Minister seine Anerkennung für die von ihm dargelegten Verwaltungsmaximen besonders in der Frage des Koalitionsrechts aus. (Weisfall rechts.)

Die Weiterberatung wird hierauf auf Donnerstag 11 Uhr vertagt. Schluß 5 1/4 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Der Stahlwerksverband und die kapitalistische Presse.

Während der Verhandlungen über die Gründung des Stahlwerksverbandes brachte ein Teil der Syndikatspresse, voran die „Köln. Ztg.“ und die „Reinisch-Westf. Ztg.“, fast Tag für Tag Agitationsnotizen, in welchen unter Hinweis auf irgendwelche Klagen aus einzelnen Zweigen der Eisenindustrie behauptet wurde, daß die Hauptzeit des Abwärtens jener Branchen vornehmlich aus der Unsicherheit entspringe, die über das Schicksal der Stahlwerksgründung in den betreffenden Fabrikantenkreisen bestünde. Sei erst die Gründung gesichert, dann werde sich sicherlich das Geschäft bald wieder heben; würden aber schließlich die Gründungsversuche an den heimlichen Eigeninteressen der widerstrebenden Werke scheitern, so gehe das Stahlgeschäft sehr schweren Zeiten entgegen usw.

Diese Melodie ist so oft gesungen worden, daß es jetzt, nachdem der Stahlwerksverband zu Stande gekommen ist, einigen Blättern ratfam erscheint, einen Beweis für ihre Behauptung zu erbringen, d. h. einen bereits deutlich fühlbaren günstigen Einfluß der Stahlwerksgründung auf den Stahlmarkt zu erfinden. Besonders auf dem Stahl- und Trügermarkt, ferner aber auch auf dem Blech- und Wundelmarkt soll sich bereits eine kräftige Steigerung der Nachfrage bemerkbar machen. Diese Angaben sind mit gewissen Einschränkungen richtig; die etwas stärkere Zunahme der Aufträge erstreckt sich aber einfach daraus, daß manche Käufer in den letzten Wochen mit ihren Bestellungen etwas zurückgehalten haben, um abzuwarten, was aus den Gründungsversuchen hervorgehen werde, und daß andererseits, sobald sich die ersten Anzeichen des kommenden Frühlinges einstellen, auch die Beschäftigung der meisten Eisenverarbeitenden Gewerbe eine intensivere wird, vornehmlich des Baugewerbes. Bei einem Teil der Besteller mag auch die Furcht mitsprechen, daß bald der Stahlwerksverband zu beträchtlichen Preis-erhöhungen schreiten könnte.

Ausschließlich aus diesen Gründen erklärt sich die etwas stärkere Nachfrage. Anstatt Verhütung und Anregung, wie versprochen wurde,

dürfte vielmehr die Stahlwerksgründung zunächst dem Stahlmarkt eine Reihe heißer partieller Konkurrenzkämpfe bringen; so schreibt z. B. der über die Vorgänge in der oberstehenden Eisenindustrie meist gut unterrichtete „Breslauer General-Anzeiger“: „Der Trägerverband, nun unter die Bezeichnung: Deutscher Stahlwerksverband, Abteilung Formeisen, gehörend, hat für das 2. Quartal noch keinen Preis festgesetzt, weil in der am Mittwoch stattfindenden Sitzung erst die Differenz beraten werden soll, die in Schlesien durch die neuen Produzenten Marktanteile und Halbhartstähle Gütemerkmale entfallen ist. Man wird versuchen, eine Einigung herbeizuführen, gelangt die jedoch nicht, so wird es in Schlesien zu einem schweren Kampf in Trüger kommen, weil der Stahlverband in diesem Falle event. noch unter den Exportpreis gehen wird. Es würde sich hierdurch die eigenartige Konstellation ergeben, daß die Friedenshütte als Mitglied des Stahlwerksverbandes gegen die mit ihr im oberstehenden Walzwerksverbände vereinten Werke mitsämpfen würde.“

Der Stand der Beschäftigung auf den großen Schiffswerften. Das Tempo im Schiffbau ist augenblicklich etwas matt. In Kiel, wo etwa 11 000—12 000 Arbeiter auf den Werften beschäftigt werden, giebt es nicht nur ziemlich viel Arbeitslosigkeit, es wird auch von etwa 1200 Mann mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet. Hauptsächlich kommen drei große Betriebe in Betracht, die Germania-Werft, die Kaiserliche Werft und die Howaldtswerke. Die letztgenannte Werft beschäftigt sich viel mit Reparaturen und Dockarbeiten an Handelsschiffen fürs In- und Ausland. Auf ihr werden augenblicklich von 300 Mann Ueberstunden gemacht, da Reparaturen meist immer sehr schnell ausgeführt werden müssen. Auf der Kaiserlichen Werft wurden in den Wintermonaten an einer Reihe von Kriegsschiffen Reparaturen vorgenommen, die die Neueinstellung von etwa 300—400 Mann notwendig gemacht hatten. Inzwischen ist in letzter Zeit schon wieder einige Entlassungen vorgekommen, weitere stehen in Aussicht. Die Lohnverhältnisse sind in den drei Betrieben ungefähr gleich; es wurden bei einer Arbeitszeit von 10 Stunden Löhne von 28—46 Pf. pro Stunde bezahlt. Als durchschnittlicher Wochenlohn kann 20 M. angenommen werden. In Bremen haben ist die Konjunktur für den Schiffbau auch nicht befriedigend. Bei einer Firma wird schon den ganzen Winter über von ca. 900 Mann nur 9/10 Stunden gearbeitet. Nur in den Betrieben des Rorddeutschen Klubs scheint sich die Konjunktur etwas zu heben. An den Frachtschiffen, die jetzt sämtlich wieder in Fahrt kommen, nachdem sie den ganzen Winter über meist stillgelegen haben, müssen große Reparaturarbeiten vorgenommen werden. Die Arbeiten werden sehr beschleunigt; ohne daß Neueinstellungen erfolgen, wird täglich bis weit in die Nacht hinein gearbeitet. In Hamburg finden zwar augenblicklich, namentlich bei den Schiffszimmerern, Einstellungen statt, doch übersteigt das Angebot noch immer die Nachfrage. Immerhin scheinen aber die großen Werften in Hamburg mit Aufträgen für Neubauten besser versehen zu sein als Kiel und Bremerhaven. In Rensburg ist der Beschäftigungsgrad regulär. Die 9/10-stündige Arbeitszeit des Winterhalbjahres hat mit Ende Februar aufgehört, und es wird von nun ab bis zum 1. November 10 Stunden gearbeitet.

Zum Konzentrationsprozeß im Koblenbergbau. Wie aus Essen gemeldet wird, beruft die Gewerkschaft Steinkohlen-Bergwerk Eiberg bei Steele auf den 28. März eine Generalversammlung ein. Punkt 5 der Tagesordnung lautet: Beschlußfassung über den Verkauf des gesamten Bergwerks-Eigentums. Die Gewerkschaft giebt bekannt, daß ein Angebot von 3500 M. pro Auz für sämtliche Auzen der Gewerkschaft gemacht sei.

Die ungünstige Lage der europäischen Seidenindustrie, die bereits den Bankrott einer Reihe italienischer Seidenfirmen veranlaßt, hat nun auch in Ostpreußen ein Opfer gefordert. Die dortige Firma Wilh. Wolltau stellte ihre Zahlungen ein und beruft für morgen eine Gläubigerversammlung ein. 75 Proz. liegen nach der „Köln. Volkszeitung“ in der Masse. Mitinhaberin der Firma ist die Schwiegermutter von Siro Colombo in Mailand. Die Niederösterreichische Kreditanstalt verliert 50 000 bis 70 000 M., welche bei den Rückstellungen für den Fall Colombo reichlich berücksichtigt sind. Nach dem „Konfessionär“ sollen die Passiven 1 418 000 M. betragen. Der vorgeschlagene glückliche Vergleich hat alle Aussicht auf Annahme.

Japanische Finanzen. Es ist an dieser Stelle wiederholt die ungünstige Finanzlage Japans geschildert worden. Schon gleich nach Eröffnung des Krieges zwang diese die japanische Regierung zur Aufnahme einer inneren 100 Millionen Yen-Anleihe; aber das Kriegführen kostete nach Montecuculis bekanntem Ausspruch Geld, Geld und nochmals Geld, und so sieht sich Japan, obgleich der Kampf kaum begonnen hat, bereits genötigt, auf neue Geldmitteln anzuzufahren. Zunächst will es die japanische Regierung, wie aus London gemeldet wird, mit einer Kriegsteuer versuchen. Es soll baldigst dem japanischen Parlament ein Steuergesetz vorgelegt werden, das eine Erhöhung der Einkommensteuer, der Zudergölle und gewisser innerer Steuern und Zölle anordnet. Auch ein Tabakmonopol wird beabsichtigt. Außerdem trägt sich ansehend die japanische Regierung mit der Aufnahme einer größeren Anleihe in den Vereinigten Staaten von Amerika und in England. Das „Reuter'sche Bureau“ läßt nämlich zur Sondierung der öffentlichen Meinung in England und Amerika als Versuchsballon folgende Depesche folgen: „Nach einem Telegramm aus Tokio verlautet dort, Japan erwäge, ob es ratsam sei, sofort eine Anleihe in Amerika und Europa aufzunehmen. Abgleich viele Staatsmänner und Finanziers sich gegen die Maßregel aussprechen, weil Japan den Krieg beenden könne, ohne Geld aufzunehmen, halte man es doch für besser, jetzt eine Anleihe unterzubringen, als in einer zukünftigen Krise den Versuch dazu zu machen, wenn das Geld vielleicht dringend gebraucht wird.“

Nachdem ein Telegramm aus Tokio verlautet dort, Japan erwäge, ob es ratsam sei, sofort eine Anleihe in Amerika und Europa aufzunehmen. Abgleich viele Staatsmänner und Finanziers sich gegen die Maßregel aussprechen, weil Japan den Krieg beenden könne, ohne Geld aufzunehmen, halte man es doch für besser, jetzt eine Anleihe unterzubringen, als in einer zukünftigen Krise den Versuch dazu zu machen, wenn das Geld vielleicht dringend gebraucht wird.“

Nachdem ein Telegramm aus Tokio verlautet dort, Japan erwäge, ob es ratsam sei, sofort eine Anleihe in Amerika und Europa aufzunehmen. Abgleich viele Staatsmänner und Finanziers sich gegen die Maßregel aussprechen, weil Japan den Krieg beenden könne, ohne Geld aufzunehmen, halte man es doch für besser, jetzt eine Anleihe unterzubringen, als in einer zukünftigen Krise den Versuch dazu zu machen, wenn das Geld vielleicht dringend gebraucht wird.“

Nachdem ein Telegramm aus Tokio verlautet dort, Japan erwäge, ob es ratsam sei, sofort eine Anleihe in Amerika und Europa aufzunehmen. Abgleich viele Staatsmänner und Finanziers sich gegen die Maßregel aussprechen, weil Japan den Krieg beenden könne, ohne Geld aufzunehmen, halte man es doch für besser, jetzt eine Anleihe unterzubringen, als in einer zukünftigen Krise den Versuch dazu zu machen, wenn das Geld vielleicht dringend gebraucht wird.“

Nachdem ein Telegramm aus Tokio verlautet dort, Japan erwäge, ob es ratsam sei, sofort eine Anleihe in Amerika und Europa aufzunehmen. Abgleich viele Staatsmänner und Finanziers sich gegen die Maßregel aussprechen, weil Japan den Krieg beenden könne, ohne Geld aufzunehmen, halte man es doch für besser, jetzt eine Anleihe unterzubringen, als in einer zukünftigen Krise den Versuch dazu zu machen, wenn das Geld vielleicht dringend gebraucht wird.“

Nachdem ein Telegramm aus Tokio verlautet dort, Japan erwäge, ob es ratsam sei, sofort eine Anleihe in Amerika und Europa aufzunehmen. Abgleich viele Staatsmänner und Finanziers sich gegen die Maßregel aussprechen, weil Japan den Krieg beenden könne, ohne Geld aufzunehmen, halte man es doch für besser, jetzt eine Anleihe unterzubringen, als in einer zukünftigen Krise den Versuch dazu zu machen, wenn das Geld vielleicht dringend gebraucht wird.“

Nachdem ein Telegramm aus Tokio verlautet dort, Japan erwäge, ob es ratsam sei, sofort eine Anleihe in Amerika und Europa aufzunehmen. Abgleich viele Staatsmänner und Finanziers sich gegen die Maßregel aussprechen, weil Japan den Krieg beenden könne, ohne Geld aufzunehmen, halte man es doch für besser, jetzt eine Anleihe unterzubringen, als in einer zukünftigen Krise den Versuch dazu zu machen, wenn das Geld vielleicht dringend gebraucht wird.“

Nachdem ein Telegramm aus Tokio verlautet dort, Japan erwäge, ob es ratsam sei, sofort eine Anleihe in Amerika und Europa aufzunehmen. Abgleich viele Staatsmänner und Finanziers sich gegen die Maßregel aussprechen, weil Japan den Krieg beenden könne, ohne Geld aufzunehmen, halte man es doch für besser, jetzt eine Anleihe unterzubringen, als in einer zukünftigen Krise den Versuch dazu zu machen, wenn das Geld vielleicht dringend gebraucht wird.“

Nachdem ein Telegramm aus Tokio verlautet dort, Japan erwäge, ob es ratsam sei, sofort eine Anleihe in Amerika und Europa aufzunehmen. Abgleich viele Staatsmänner und Finanziers sich gegen die Maßregel aussprechen, weil Japan den Krieg beenden könne, ohne Geld aufzunehmen, halte man es doch für besser, jetzt eine Anleihe unterzubringen, als in einer zukünftigen Krise den Versuch dazu zu machen, wenn das Geld vielleicht dringend gebraucht wird.“

Nachdem ein Telegramm aus Tokio verlautet dort, Japan erwäge, ob es ratsam sei, sofort eine Anleihe in Amerika und Europa aufzunehmen. Abgleich viele Staatsmänner und Finanziers sich gegen die Maßregel aussprechen, weil Japan den Krieg beenden könne, ohne Geld aufzunehmen, halte man es doch für besser, jetzt eine Anleihe unterzubringen, als in einer zukünftigen Krise den Versuch dazu zu machen, wenn das Geld vielleicht dringend gebraucht wird.“

Nachdem ein Telegramm aus Tokio verlautet dort, Japan erwäge, ob es ratsam sei, sofort eine Anleihe in Amerika und Europa aufzunehmen. Abgleich viele Staatsmänner und Finanziers sich gegen die Maßregel aussprechen, weil Japan den Krieg beenden könne, ohne Geld aufzunehmen, halte man es doch für besser, jetzt eine Anleihe unterzubringen, als in einer zukünftigen Krise den Versuch dazu zu machen, wenn das Geld vielleicht dringend gebraucht wird.“

Nachdem ein Telegramm aus Tokio verlautet dort, Japan erwäge, ob es ratsam sei, sofort eine Anleihe in Amerika und Europa aufzunehmen. Abgleich viele Staatsmänner und Finanziers sich gegen die Maßregel aussprechen, weil Japan den Krieg beenden könne, ohne Geld aufzunehmen, halte man es doch für besser, jetzt eine Anleihe unterzubringen, als in einer zukünftigen Krise den Versuch dazu zu machen, wenn das Geld vielleicht dringend gebraucht wird.“

Nachdem ein Telegramm aus Tokio verlautet dort, Japan erwäge, ob es ratsam sei, sofort eine Anleihe in Amerika und Europa aufzunehmen. Abgleich viele Staatsmänner und Finanziers sich gegen die Maßregel aussprechen, weil Japan den Krieg beenden könne, ohne Geld aufzunehmen, halte man es doch für besser, jetzt eine Anleihe unterzubringen, als in einer zukünftigen Krise den Versuch dazu zu machen, wenn das Geld vielleicht dringend gebraucht wird.“

Nachdem ein Telegramm aus Tokio verlautet dort, Japan erwäge, ob es ratsam sei, sofort eine Anleihe in Amerika und Europa aufzunehmen. Abgleich viele Staatsmänner und Finanziers sich gegen die Maßregel aussprechen, weil Japan den Krieg beenden könne, ohne Geld aufzunehmen, halte man es doch für besser, jetzt eine Anleihe unterzubringen, als in einer zukünftigen Krise den Versuch dazu zu machen, wenn das Geld vielleicht dringend gebraucht wird.“

Nachdem ein Telegramm aus Tokio verlautet dort, Japan erwäge, ob es ratsam sei, sofort eine Anleihe in Amerika und Europa aufzunehmen. Abgleich viele Staatsmänner und Finanziers sich gegen die Maßregel aussprechen, weil Japan den Krieg beenden könne, ohne Geld aufzunehmen, halte man es doch für besser, jetzt eine Anleihe unterzubringen, als in einer zukünftigen Krise den Versuch dazu zu machen, wenn das Geld vielleicht dringend gebraucht wird.“

Allgemeiner Heimarbeiterschutzes-Kongress.

Berlin, 9. März 1904.

Der Vorsitzende Prof. Franke eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Das Wort erhält

H. Christman (Vertreterin des Rheinisch-Westfälischen Ausbreitungsverbandes der Tisch- und Lederwaren-Gewerbetreibenden). Rednerin erklärt ihr Einverständnis mit der Resolution Käming; insbesondere verlangt sie Ausbau des Vereinsrechts und Koalitionsrechts. Auch tritt sie für die Wahl einer ständigen Kommission ein. (Beifall.)

H. Reichhaus. Ich will die Lage der Sonneberger Spielwaren-Industrie kurz schildern, bemerke jedoch vorweg, daß die Ausstellung hier nur mindertwertige Produkte dieser Industrie enthält, tatsächlich werden dort wahrhaft künstlerische Produkte hergestellt. Beschäftigt sind in diesem Eldorado der hausindustriellen Ausbeutung 5500 männliche Personen, 5100 weibliche und von den 11 000 schulpflichtigen Kindern 5106, davon 71 Proz. unter zwölf Jahren. (Hört! hört!) Welches Maß von Kinderelend und Kindernot in diesen Zahlen steckt, kann sich wohl jeder selbst ausmalen. (Beifall.) Die Existenzbedingungen illustriert der Umstand, daß im Weingauer Land die Einkommensteuer bei 600 M. beginnt, und daß trotzdem in Sonneberg 50 Proz. aller Steuerpflichtigen nicht zur Steuer heranzuziehen sind. Im Orte Reuhaus sind es sogar 67 Proz. (Hört! hört!)

In Bezug auf die Wohnungsverhältnisse bemerke ich, daß der Staatsminister Heim selbst einen Fall erwähnte, in dem drei Familien mit 18 Köpfen in einem einzigen Raum wohnen und arbeiten mußten. Des Betriebes wegen muß auch im Sommer geheizt werden. Natürlich ist unter solchen Verhältnissen die Sterblichkeit ungeheuer. Im Sonneberger Kreise starben von 1000 Kindern unter einem Jahre 308 (Hört, hört!), im Alter von 1-15 Jahren 169, von 16-16 Jahren 320! (Hört, hört!) Eigentliche Prostitution ist in Sonneberg nicht vorhanden; die Zahl der außerehelichen Geburten ist sehr stark, in der Regel sind Kinder schon bei der Eheschließung vorhanden. Das unfittlich zu nennen, ist wiepöbigerliche Ankaufung. (Sehr richtig!) Man sagt dort gewöhnlich: ein Kind vor der Militärzeit, die andere nachher. (Weiterleit.) Weiter sehen wir im Sonneberger Bezirk eine Entwicklung, bei der der ausländische Konjunktur mit dem Heimarbeiters in direkte Verbindung tritt, aber nur unter Vermittlung des einheimischen Verlegers, wodurch in raffinierter Weise die Löhne gedrückt werden. Zur Resolution mich wendend, bitte ich, die Etikettierung abzulehnen, denn bei Schutzbestimmungen würde sie eine Empfehlung der Heimarbeit sein, ohne solche ein Schutz der wohlhabenden Konjunktur, nicht der Heimarbeit. Auch den Minimallohn bitte ich abzulehnen, weil er gegenwärtig nicht durchführbar ist und wir nur durchführbare Forderungen erheben wollen.

H. Lüders (Vertreterin des Bundes fortschrittlicher Frauenvereine). Rednerin erklärt ihr Einverständnis mit der Resolution Käming bis etwa auf die Etikettierung. Die fortschrittlichen Frauenvereine sind stets zur Mitarbeit bereit und betrachten es als ihre Aufgabe, das soziale Bewußtsein der bürgerlichen Frauen zu schärfen. (Beifall.)

H. Ohn (Vertreter der Centrale für das deutsche Krankenlaffenwesen) tritt für Zentralisierung des Krankenwesens ein. Weiter muß das Krankenlaffenwesen ausgebildet werden in der Richtung, daß die Kontrolleure gleichsam Sanitätsbeamte werden. (Sehr richtig.) Besonders nützlich wird das sein, wenn die Hausindustrie in die Krankenversicherung einbezogen sein wird; dann wird auch eine wirksame Wohnungskontrolle vorhanden sein. Die Wohnungsverhältnisse in der Berliner Wäsche- und Konfektionsindustrie sind nicht besser, als die Zustände in Sonneberg und anderwärts. Ein Spaziergang durch die Wohnungen der Heimstättenarbeiter im Berliner Scheinviertel würde jeden, der noch daran zweifelt, eines besseren belehren. Von 12 000 von der Orts-Krankenlaffe der Kaufleute besuchten Personen hatten 2122 Personen kein eigenes Bett, sondern mußten ihr Bett noch mit andern teilen. (Hört! hört!) 19 Proz. dieser Männer und 17 Proz. dieser Frauen waren lungenkrank. (Hört! hört! Bewegung.) Zum Schluß wünscht Redner, die Ausstellung zu einer ständigen Einrichtung gemacht zu sehen, aber vermehrt durch Ausstellung der Gesundheitschädigungen. (Beifall.)

D. Ohn (Vertreter des Vereins für Fraueninteressen und des nationalsozialen Vereins) meint, daß Enqueteen nicht mehr nötig seien, sondern ein nachhaltiger Protest gegen die Unbilligkeit der Regierung auf dem Gebiete des Heimarbeiterschutzes. Deshalb schlägt er im Verein mit Zimm folgende Resolution vor:

Der erste allgemeine Heimarbeiterschutzes-Kongress fordert von dem Bundesrat, daß er unverzüglich und in umfangreichem Maße von den ihm zustehenden Befugnissen der Ausdehnung der Arbeiterschutzes- und Versicherungs-Gesetzgebung auf alle Zweige der Hausindustrie Gebrauch macht.

Der Kongress fordert weiter, daß das Reich, die Bundesstaaten und die Gemeinden bei Vergütung von Lieferungsarbeiten nur solche Unternehmer berücksichtigen, die diese in eignen, von ihnen unterhaltenen Betriebsverhältnissen anfertigen lassen.

Redner schließt mit dem Wunsch, daß auf dem nächsten Heimarbeiterschutzes-Kongress auch die christlichen Arbeiter vertreten seien; auch das Bürgertum muß sich stärker beteiligen.

Von Dr. Wilbrandt ist folgender Antrag eingelaufen:

Antrag. Der Allgemeine Heimarbeiterschutzes-Kongress beauftragt die zur Ausarbeitung der Resolution eingesetzte Kommission, nach Schluß des Kongresses zu regelmäßigen Sitzungen zusammen zu treten, um die Vorbereitung eines wirksamen Heimarbeiterschutzes weiter zu fördern.

Die Kommission hat sich selbst eine Geschäftsordnung zu geben und weitere Mitglieder nach Bedürfnis zu ernennen (zu kopieren). Die Kommission hat die Ausstellung von Heimarbeiterschutzprodukten samt Lohnangaben zu erhalten, zu erweitern und der Öffentlichkeit immer wieder vor Augen zu bringen, wenn möglich, im Reichstage und an ähnlichen Stellen.

Die Kommission hat durch Sammlung aller einschlägigen Schriften sich zu einer Centralstelle zur Vorbereitung des Heimarbeiterschutzes auszugestalten. Es wird der Wunsch ausgesprochen, daß alle die Heimarbeit betreffenden Schriften von den Verfassern kostenfrei an die Kommission eingekauft werden.

Die Kommission hat ihrerseits die Referate ihrer Sitzungen sowie alle neuen Mitteilungen der Presse kostenfrei zu übermitteln zu einer erneuten Auffassung und Aufstellung der öffentlichen Meinung. Die Kosten sind von den in der Kommission vertretenen Organisationen nach einem von der Kommission zu schaffenden Statut zu tragen.

Der Sitz der Kommission ist das Gewerkschaftshaus zu Berlin.

Robert Wilbrandt. H. Kimmann wendet sich gegen die Auffassung, die Heimarbeit für Kranke und invalide Personen bestehen zu lassen; denn gerade diese sind den in der Heimarbeit liegenden Gefahren stärker ausgesetzt. Gesunde Arbeitsstätten für solche Personen müßten die Gemeinden schaffen.

F. Eberfeld (Vertreter des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen) schließt sich dem Wunsch an Erweiterung des Ausstellungswesens für Heimarbeit an. Manche Stimmen sind laut geworden, die meinen, daß die Hausindustrie mit der Entwicklung der Großindustrie verschwinden wird. Das Gegenteil ist der Fall, wie die Erfahrung zeigt. In Chemnitz z. B. sind 70 Proz. der Schneider Heimarbeiter, in Leipzig arbeiten von 1400 nur 350 in der Fabrik, die andere zu Hause.

Ein Antrag von H. Christman verlangt Einsetzung einer ständigen Kommission, welche Sitzungen zu Vorträgen und Wirken für Heimarbeiterschutzes im ganzen Reich einrichten soll.

Der Antrag wird genügend unterfütigt. Prof. Sombart (Dresden): Daß ich als Laie hier das Wort nehme, ist vielleicht nicht ganz unbillig, weil gerade ein Laie die Dinge von einem allgemeineren und prinzipiellen Gesichtspunkt aus kann Reibung passieren lassen, wodurch verhindert wird, daß der Strom des Kongresses sich in tausend Ninnale auflöst und dadurch seine mächtige Wirkung einbüßt.

Wir sehen in uns die Empfindung eines ungeheuren Glends lebendig werden, eines Glends, das so mächtig ist, daß es jeden Empfindenden durch seine bloße Feststellung aufregt. (Sehr richtig!) Das größte hat hierbei die Ausstellung geleistet, sie eröffnet für den, der sie noch nicht gekannt hat, eine neue Welt des Glends und Jammers. (Sehr richtig.) Bauen Sie dieses aus und bringen Sie sie nach Berlin W., wo die Männer und Frauen der guten Gesellschaft sich einige Stunden in ihr aufhalten sollen. (Aufe: Sie kommen nicht!) Sie kommen, wenn es Notdurst wird; hegen Sie das „Kleine Journal“ darauf (Weiterleit), bewirken Sie, daß jeder fragt: Waren Sie schon in der Hausindustrie-Ausstellung? wie gegenwärtig: Haben Sie schon den „Papstentwurf“ gesehen? dann kommen sie, ich kenne diese Kreise aus.

Mit der Einsicht in das Vorhandensein des Glends verbindet sich die, daß es nicht auf Naturthaten beruht, sondern auf Strukturfehlern in der Organisation unserer Gesellschaft. Hier möchte ich mir ein Wort an die Radikalen mit vierfachen r erlauben. Es ist hier betont worden, daß nur die Vereitigung der kapitalistischen Gesellschaft das Glend beseitigen kann (Sehr richtig!), darüber will ich nicht diskutieren; aber wenn Sie das hier betonen, so schwächen Sie die Stokkraft des Kongresses. Wenn Sie hier etwas erreichen wollen, müssen auch die Herrschaften von radikalen Flügel sagen, es ist etwas zu erreichen auch im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft. (Aufe: Etwas!) Ja, auf das Et was kommt es an. Bekämpfen Sie das Lohnverhältnis wo Sie wollen, hier aber ist nur eine bestimmte Form der Lohnarbeit zu bekämpfen. Nur dadurch bekommen Sie ja den Zugang aus bürgerlichen Kreisen, auf den ja einige der Redner Wert legen.

Damit kommen wir zu dem Strukturfehler, der in der Heimarbeit selbst liegt, die als eine minderwertige Betriebsform anerkannt ist. Deshalb ist sie nicht nur im Interesse der Heimarbeiters selbst zu bekämpfen, sondern in ihrer weittragenden sozialen Schädlichkeit zu brandmarken. Sie ist ein Hemmschuh des sozialen Fortschritts überhaupt. (Sehr richtig.) Dieser läßt hauptsächlich auf zwei Nüßern, die beide durch die Heimarbeit gehemmt werden: den Arbeiterschutzes und die Arbeiterorganisation. Wie sie den Arbeiterschutzes hemmt, zeigt als Schulbeispiel die Tabakindustrie, bei der durch die Schutzbestimmungen die Unternehmer in die ungeschützte Hausindustrie gedrängt sind. Daß die Heimarbeit auch ein Hemmschuh für die Organisationen der Arbeiter ist, brauche ich wohl nicht weiter auszuführen. Als bürgerlicher Sozialreformer erblicke ich in der Stärkung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung das A und O jeder Sozialpolitik. Jede Reform müssen wir unter dem Gesichtspunkt betrachten, wie sie auf die Arbeiterorganisationen wirken wird. (Sehr richtig.) Denn diese sind schließlich das Mittel zur Emporhebung der Massen, ein Entwicklungsprozess, den die Hausindustrie aufhält.

Prinzipiell müssen wir von der Gesetzgebung verlangen, daß die Schranken der Ausbeutung in der Hausindustrie so eng gesteckt werden, daß die Arbeitskraft nicht mehr ausgenutzt wird, als in irgend einer andern Industrie. Am letzten Ende läuft jede Sozialreform auf Verteuerung der Arbeitskraft hinaus. Jede ernsthafte Politik bezüglich der Hausindustrie kann deshalb nur ihr Verschwinden ins Auge fassen. Bei Verteuerung der Arbeitskraft hat ja der Unternehmer kein Interesse mehr an diesem Betriebe. Ist morgen der Lohn in der Hausindustrie 4 M. bei zehnstündiger Arbeitszeit, so giebt es übermorgen keinen Heimarbeiters mehr.

In klassischer Weise zeigt diese Wechselwirkung die amerikanische Konfektion, die in den achtziger Jahren durch den Zustrom der billigen polnischen und russischen Arbeiter aus einem Fabrikbetriebe in einen hausindustriellen verwandelt wurde; der Weg hinauf muß wieder über die Verteuerung der Arbeitskraft führen. Noch eines will ich bemerken: Ich glaube, daß für bestimmte Heimarbeiters die Vereitigung der Heimarbeit einen großen Schaden bedeuten würde, und wir müssen auf Mittel finnen, diesen Schaden abzuwenden. Das ist kein Unmüßigen im entscheidenden Moment, sondern das Gegenteil würde für die Betroffenen eintrag eine Nordpolitik bedeuten. Das können auch Sie nicht wollen, auch Sie können nicht fogen: Die Heimindustrie muß vereitigt werden, gleichgültig, was mit den Menschen geschieht. Ich habe den Vorschlag gemacht, diese alten oder halbvalideren Elemente etwa so zu behandeln, wie die Dreifingergespieler, für sie die Möglichkeit der Beschäftigung durch individuelle Behandlung des einzelnen Falles offen zu lassen. Das halte ich für eine Stärkung unseres gegnerischen Standpunktes gegen die Heimindustrie, indem wir unsere Gegner den wichtigsten Einwand nehmen und zeigen, daß die Vereitigung der Hausindustrie nicht unmöglich gemacht wird. Ich halte diesen Standpunkt für radikal, denn er fofset nicht nur ein paar Phrasen, sondern erstrebt das höchste Maß des Erreichbaren.

Zum Schluß will ich noch eines betonen: Das Zusammenwirken von bürgerlichen und proletarischen Elementen beruht auf gewissen Konzessionen auf beiden Seiten. Für uns ist dieses Zusammenwirken eines der Ziele, das wir am meisten erstreben. In der Aussprache über Dinge, in denen man sich vereinen kann, unbeschadet verschiedener Weltanschauung und unter Zurückstellung trennender Punkte, ist ein Zusammenwirken bei einzelnen Fragen wohl möglich; auch der Heimarbeiterschutzes-Kongress zeigt das. Und gerade dieses Zusammenwirken macht die prinzipielle Bedeutung des Kongresses aus. Einigen wir uns in den grundsätzlichen Punkten, so wird gerade dadurch ein großer Eindruck nach außen erregt werden, und der Kongress wird ein Markstein auf dem Wege zum sozialen Fortschritt sein. (Beifall.)

Es ist ein Antrag Dohrn eingegangen, ein gedrucktes Verzeichnis der Gegenstände in der Ausstellung mit Angabe der Stundenlöhne anzufertigen und den Teilnehmern des Kongresses zuzustellen.

Cigarettenarbeiter Röhre (Dresden): In dem Entwurf eines Schutzgesetzes für die Heimarbeit in der Tabakindustrie hat die sächsische Regierung die Cigarettenarbeiter einfach vergessen. (Hört! hört!) Wir Sachkenner sind belämmlich helle, aber mit einem dunstigen Red. (Weiterleit.) Redner schildert die hygienischen Missetände in der Cigarettenindustrie. Beim Hälftenleben trocken der Arbeiter ein; die Heimarbeiters inudt dann in den Kleisterlopf hinein. (Hört! hört!) Auch die Cigarette wird mit Speichel befeuchtet. Noch schlimmere Verunreinigungen kommen vor. Die Heimarbeitersin wäscht sich nicht die Hände, wenn sie die Extremitäten eines kranken Kindes befeuchtet hat. Die Ansteckungsgefahr ist ungeheuer, wenn man bedenkt, daß die Dresdener Industrie wöchentlich zehn Millionen Stück Cigaretten fertig stellt. Ein Verbot der Heimarbeit in der Cigarettenindustrie ist sofort durchführbar, weil der Schwerpunkt der Fabrikation doch in den Fabriken liegt. Das Verbot muß sofort durchgeführt werden, weil die Ansteckungsgefahr sehr groß ist. Es ist falsch, wenn Professor Sombart behauptet, nur kranke und schwache Personen gingen in die Cigarettenfabrikation. Die Mädchen sind gesund und blühend, wenn sie in die Fabrik eintreten. Nach einem halben Jahre sehen sie gelb und sah! aus. (Beifall.)

Vorteseuille-Arbeiter Weinschild (Offenbach a. M.): In der Vorteseuille-Industrie Deutschlands sind 4100 männliche und 1100 weibliche Arbeiter beschäftigt; mehr als 50 Proz. der männlichen und mehr als 35 Proz. der weiblichen Arbeiter sind in der Hausindustrie tätig. In den Dreifingern um Offenbach ist das Verhältnis noch viel ungünstiger. Die Heimarbeitersinnen sind verurteilt, nach eifriger Arbeit beim Mittagspausen noch zu Hause zu gehen, nach Feierabend zu arbeiten — „Omnia sunt et fient“, wie man sagt. In Bergen und Gießen verdienen die Arbeiterinnen bei 13 bis 14stündiger Arbeitszeit 4 bis 5 M. wöchentlich. Die Löhne werden mit allen Mitteln gedrückt. Vorteseuille, die mit 1 M. verkauft werden, bringen einen Arbeitslohn von 5,20 M. für das Gros. (Hört! hört!) Für einen Artikel, für den vor zehn Jahren 33 M. Arbeitslohn für das Gros gezahlt wurden, werden jetzt 10 M. bezahlt. (Hört! hört!) Eine Familie arbeitet täglich 16 Stunden und verdient in der Woche 7 M. Redner schildert einzelne Fälle besonderen trassen Glends, das er bei Heimarbeiters der Vorteseuille-Industrie in Berlin angetroffen hat. Selbst am Weihnachtsabend arbeiteten in einer Familie Mann und Frau, während die Kinder um den Christbaum spielten. Durch Gewährung von Vorschüssen und Hypotheken werden die Arbeiter an die Fabrikanten gefesselt. Der Arbeitgeber giebt z. B. dem Arbeiter 3000 M. als Hypothek, davon baut sich dieser ein Haus. In der schlechten Saison fragt der Fabrikant diesen Arbeiter: Wollen Sie diesen Artikel, der sonst 25 Mark für das Gros Arbeitslohn kostet (in Berlin beträgt der Arbeitslohn 48 M.) für 22 M. machen? Geht der Arbeiter auf diesen Vorschlag nicht ein, so wird er nicht nur arbeitslos, sondern wird auch aus seinem Hause vertrieben, weil er die Hypothek und die Abzahlung auf die Hypothek nicht leisten kann. In Hessen preist die Anplankratie diese Zustände als göttliche Weltordnung. Erziehen wir diese göttliche Einrichtung recht bald mit einer menschlichen Einrichtung. (Bravo!) Von der Mithilfe der bürgerlichen Elemente erwarte ich nicht viel, mehr von dem Zusammenwirken der Heimarbeiters mit den organisierten Werkstättenarbeiters.

Die Heimarbeitersinnen sind verurteilt, nach eifriger Arbeit beim Mittagspausen noch zu Hause zu gehen, nach Feierabend zu arbeiten — „Omnia sunt et fient“, wie man sagt. In Bergen und Gießen verdienen die Arbeiterinnen bei 13 bis 14stündiger Arbeitszeit 4 bis 5 M. wöchentlich. Die Löhne werden mit allen Mitteln gedrückt. Vorteseuille, die mit 1 M. verkauft werden, bringen einen Arbeitslohn von 5,20 M. für das Gros. (Hört! hört!) Für einen Artikel, für den vor zehn Jahren 33 M. Arbeitslohn für das Gros gezahlt wurden, werden jetzt 10 M. bezahlt. (Hört! hört!) Eine Familie arbeitet täglich 16 Stunden und verdient in der Woche 7 M. Redner schildert einzelne Fälle besonderen trassen Glends, das er bei Heimarbeiters der Vorteseuille-Industrie in Berlin angetroffen hat. Selbst am Weihnachtsabend arbeiteten in einer Familie Mann und Frau, während die Kinder um den Christbaum spielten. Durch Gewährung von Vorschüssen und Hypotheken werden die Arbeiter an die Fabrikanten gefesselt. Der Arbeitgeber giebt z. B. dem Arbeiter 3000 M. als Hypothek, davon baut sich dieser ein Haus. In der schlechten Saison fragt der Fabrikant diesen Arbeiter: Wollen Sie diesen Artikel, der sonst 25 Mark für das Gros Arbeitslohn kostet (in Berlin beträgt der Arbeitslohn 48 M.) für 22 M. machen? Geht der Arbeiter auf diesen Vorschlag nicht ein, so wird er nicht nur arbeitslos, sondern wird auch aus seinem Hause vertrieben, weil er die Hypothek und die Abzahlung auf die Hypothek nicht leisten kann. In Hessen preist die Anplankratie diese Zustände als göttliche Weltordnung. Erziehen wir diese göttliche Einrichtung recht bald mit einer menschlichen Einrichtung. (Bravo!) Von der Mithilfe der bürgerlichen Elemente erwarte ich nicht viel, mehr von dem Zusammenwirken der Heimarbeiters mit den organisierten Werkstättenarbeiters.

Cattler Riedel (Berlin) schildert die vergeblichen Versuche des Militärattache, das Kriegsministerium zu veranlassen, in die Verträge mit den Lieferanten die Klausel aufzunehmen, daß die Arbeiter in eignen Werkstätten hergestellt werden. Herr v. Gohler lehnte diese Bitte zweimal ab, weil er in den Geschäftsbetrieb der Lieferanten nicht eingreifen wolle. Der bairische Kriegsminister äußerte sich entgegenkommender. Die königliche Artilleriemerkant in Spandau hat genug Raum, um mehr Arbeiter einzustellen. Trotzdem verweigert sie, wenn große Bestellungen vorliegen, Lieferungen an Fabrikanten. Dem Billigsten wird der Zuschlag erteilt und damit werden die Löhne bei den Zwischenhändlern auf das äußerste gedrückt. Für Paktaschen bekommen die Arbeiter in den Staatswerkstätten 5 M., der billigste Lieferant erhält für dieselben Paktaschen 3,05! Herr v. Einem erklärte jetzt, die Verwaltung wolle die Lohnbrücker in keiner Weise begünstigen. Tatsächlich werden aber die Löhne durch die Verwaltung gedrückt, die derartige Angebote annimmt. Wir fordern von der Militärverwaltung, daß sie diese Heimarbeit vereitigt. (Bravo!)

Es liegt der Antrag vor, die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zu beauftragen, nach zwei Jahren einen zweiten Heimarbeiterschutzes-Kongress zu veranstalten. Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittagsitzung.

Die Sitzung wird um 3 1/2 Uhr von Deichmann eröffnet. Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird mit 71 gegen 37 Stimmen angenommen.

Es folgt eine kurze Begründung der Anträge auf Errichtung einer ständigen Kommission und des Antrages Dohrn.

Legien wendet sich gegen die Anträge; die Generalkommission könnte sich an einer solchen Kommission ohne Ermächtigung des Gewerkschaftskongresses nicht beteiligen. Was solle übrigens solche ständige Kommission? Material sammeln können die Gewerkschaften. Selbständige Untersuchungen seitens der Kommission dagegen würden sehr erhebliche Mittel erfordern, die doch wieder die Gewerkschaften aufbringen müßten; das könnte nur mittels der Generalkommission geschehen. Da diese ohne Beschluß des Gewerkschaftskongresses nicht mitwirken könnte, so würde die finanzielle Grundlage fehlen.

Ich möchte mit diesen Ausführungen nicht den Anschein erwecken, als wollten wir diese Fragen nicht auch weiter gemeinsam mit bürgerlichen Kreisen behandeln. Das soll auch ferner geschehen, aber für eine solche Kommission fehlt vorläufig noch die Grundlage. In Fluß wird die Frage bleiben; auch im Reichstag wird ein Initiativ-Antrag betreffend Heimarbeiterschutzes eingebracht werden. Ferner wird auf dem nächsten Gewerkschaftskongress über diesen Kongress berichtet werden. — Auch die Vorschläge betreffend der Ausstellung werden an den Kosten scheitern. Der bloße Erwerb des Materials würde 5000 bis 6000 M. kosten. Auch stellt sie erst einen ersten noch unvollkommenen Versuch vor; vielleicht empfiehlt es sich, einem solchen Gedanken auf dem nächsten Heimarbeiterschutzes-Kongress näher zu treten.

Prof. Sommerfeld tritt für die Errichtung der Kommission ein. Die Aufbringung der Mittel werde nicht schwer sein.

Redner beantragt, die Generalkommission damit zu betrauen, die Errichtung einer gemischten Kommission für den Heimarbeiterschutzes in die Wege zu leiten.

Rohn befürwortet die Beibehaltung der Ausstellung, deren Objekte nicht erworben werden brauchen, sondern von Saison zu Saison ausgetauscht werden können. Angenommen müßte auch werden der Antrag Dohrn auf Herstellung eines gedruckten Verzeichnisses der Objekte der Ausstellung.

Leipart (Stuttgart) beantragt, die Anträge betr. Einsetzung einer ständigen Kommission dem nächsten Gewerkschaftskongress zur Erwägung und zur eventuellen Genehmigung der notwendigen Mittel zu überweisen.

Dr. Wilbrandt zieht seinen Antrag zurück.

Legien bittet, den Antrag Dohrn so zu formulieren, die Kongresskommission zu ersuchen, ein Verzeichnis der gewünschten Art anzufertigen, und wenn es untern Ansprüchen genügt, dem Protokoll anzufügen. So fehlen z. B. bei zwei Drittel der Waren der Metallindustrie die Angaben der Preise.

Der Antrag Leipart wird angenommen, damit sind die anderen Anträge in dieser Frage erledigt.

Der Antrag Dohrn wird in der Fassung angenommen, daß die Veröffentlichung des Verzeichnisses dem Beschluß der Generalkommission anheimgestellt wird.

Der vormittags mitgeteilte, von Timm, Käming und Dohrn eingebrachte Antrag wird einstimmig angenommen.

Frau Zieh begründet folgende Resolution: „Der Kongress erklärt: So gut wie wir vom Reich, Einzelstaaten und Kommunen verlangen, daß sie Arbeiter nur an solche Unternehmer vergeben, die diese in eignen gewerblichen Betrieben anfertigen lassen und diejenigen Arbeitsbedingungen und Löhne gewähren, die durch Tarifverträge oder von den Berufs-Organisationen der Arbeiter festgesetzt sind, so gut erwarten wir von den Konsumvereinen als selbstverständlichen, daß auch sie nur unter den gleichen Voraussetzungen ihre Arbeiten vergeben. Des weiteren empfiehlt der Kongress den Genossenschaften, daß sie nach Möglichkeit zur Eigenproduktion übergehen, Betriebswerkstätten einrichten.“

Die Resolution wird debattelos und einstimmig angenommen.

Der Antrag, die Generalkommission zu beauftragen, in 2 Jahren wiederum einen Heimarbeiterschutzes-Kongress einzuberufen, wird von Legien in dieser Form für unannehmbar erklärt, weil der Kongress nicht Bestimmungen über die von ihm unabhängige Generalkommission treffen könne.

Auf Antrag Riesel wird die Angelegenheit der Generalkommission resp. dem nächsten Gewerkschaftskongress zur Prüfung und Entscheidung überwiehen.

Das Wort erhält Käming zur Begründung der von der Kommission einstimmig vorgeschlagenen Resolution, die folgenden Wortlaut hat:

Resolution.

In der modernen Produktionsweise ist die Hausindustrie eine Betriebsform, die durch niedrige Löhne und lange Arbeitszeit für die Arbeiter und Arbeiterinnen die schwersten Schäden in wirtschaftlicher und physischer Beziehung zur Folge hat...

- 1. Auf Antrag von Arbeitern oder deren Organisationen hat das Gewerbeamt als Einigungsamt für den Ort seiner Zuständigkeit...
2. Strenge Vorschriften über die Einrichtung und Beschaffenheit der Arbeitsstätten in der Hausindustrie...
3. Wer als Hausindustrieller oder Heimarbeiter Räume der oben bezeichneten Art in Benutzung nehmen will...
4. Verbot der Heimarbeit in Wohnungen und Arbeitsstätten, in welchen sich Personen aufhalten, die mit ansteckenden Krankheiten behaftet sind...

Arbeiten des Reiches, der Einzelstaaten und Kommunen dürfen nur an solche Unternehmer vergeben werden, die diese in eignen gewerblichen Betrieben (unter Ausschluß jeglicher Zwischenunternehmer) anfertigen lassen...

Angeichts der für alle Kulturstaaten gleich großen Gefahr der Hausindustrie fordert der Kongress die deutsche Regierung auf, zu internationalen Vereinbarungen die Initiative zu ergreifen.

Redner begründet die einzelnen, in dieser Resolution enthaltenen Forderungen und Abänderungen gegenüber seiner ursprünglichen Resolution.

Von den Tabakarbeitern liegt folgende Erklärung vor: Die auf dem allgemeinen Heimarbeiterschutz-Kongress antretenden Vertreter der Tabakarbeiter erklären, daß sie unter allen Umständen wie seit langer Zeit und in Uebereinstimmung mit ihren Mandatgebern ein gänzlich und sofortiges Verbot der Hausindustrie fordern...

Der Kongress nimmt von dieser Erklärung Kenntnis. Nunmehr erhält der zweite Referent, Professor Sommerfeld, das Schlußwort. Er erklärt sich aus tatsächlichen Gründen damit einverstanden, daß nicht die sofortige Abschaffung der Heimarbeit gefordert und nicht die Lohnfrage in den Vordergrund gestellt worden ist.

Die hygienischen Forderungen stelle ich an die erste Stelle, an die zweite die der Uebertragung von Schmutz- und Verschmutzungsgegenständen, diese regelt sich, sobald die erste geregelt ist.

Die Einbeziehung in die Versicherung ist selbstverständlich; alles, was dafür spricht, ihre Eignungen den Fabrikarbeitern zu teil werden zu lassen, spricht in verstärktem Maße bei den Heimarbeitern dafür.

Hierauf wird die Resolution einstimmig angenommen. (Lebhafte Beifall.)

Damit scheidet der Kongress am Schluß seiner Arbeiten. Das Schlußwort nimmt

Professor Franke: Mit freudiger Bewegung haben Sie alle das Resultat der Abstimmung begrüßt. Die Resolution ist einstimmig angenommen trotz kleiner Abweichungen im einzelnen und selbst Gegenströmungen, weil die Dissidenten nachgegeben haben. Auch in seinem Verlauf war der Kongress trotz der verschiedenen Anschauungen von einer gemeinsamen Grundstimmung getragen. Gewiß ist im Verlauf der Verhandlungen manches Wort gefallen, was wir bürgerlichen Sozialreformer lieber nicht gehört hätten und auch wir haben wohl manches gesagt, was Ihnen nicht gefallen hat. Aber doch hat sich herausgestellt, daß ein gemeinsames Arbeiten nicht nur möglich, sondern auch von fruchtbringendem Erfolge begleitet war. Als an uns von gewerkschaftlicher Seite die Aufforderung, an diesem Kongress teilzunehmen, erging, war es für uns ein Gebot selbstverständlicher Pflichterfüllung, der Einladung zu folgen und in die dargebotene Hand einzuschlagen. (Bravo!) Wir haben es gethan, einmal um zu zeigen, daß es uns sorgfältig beherzigt ist mit der Bekämpfung der Heimarbeit. Herr Käning sprach gleich am ersten Tage von den fahrenden Schülern des Kathedersocialismus, die die Gebirgsdörfer und die großstädtischen Höhlen der Heimarbeit aufgesucht und hineingelockt haben mit der Fabel der Wissenschaft in die Schlupfwinkel einer verderbbringenden Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft. Sie werden es begreiflich finden, daß ich diese Anerkennung der Tätigkeit der Wissenschaft mit großer Befriedigung gehört habe. Ohne Anbiederung darf ich sagen, wir bürgerlichen Sozialreformer haben unser Teil an dieser Aufklärung beigetragen. Aber damit ist es nicht genug. Der Reich schaudert, wenn er von diesem Jammer hört, aber er berührt schnell. Der Aufklärung muß das Handeln folgen, und da lag für uns der zweite Grund. Meine Gefinnungsgenossen, die bürgerlichen Sozialreformer, sind von der Ueberzeugung durchdrungen, daß eine ernsthafteste Sozialreform fruchtbringend nur geleistet werden kann, wenn sie nicht nur für die Arbeiter, sondern mit den Arbeitern geleistet wird. (Lebhafte Zustimmung.) Um das zu bewerkstelligen, haben wir uns hier eingefunden. Für unsere Arbeit haben wir hier einen gemeinsamen Boden gefunden. Dabei gehen Sie nicht mit veränderlichen Gefinnungen aus diesem Saal hinaus und auch Sie haben uns nicht befehrt. Wir wollen uns auch gar nicht gegenseitig befehren. Wir können uns Gelegenheiten denken, und sie werden auch kommen, wo wir gegeneinander kämpfen. Kampf, wo er hingehört, und gemeinsame Arbeit, wo sie hingehört! Bei der Bekämpfung der Heimarbeit haben wir ein Gebiet, wo alle die, die guten Willens sind, sich vereinen können zu gemeinsamer Arbeit. (Bravo!) Ich wünsche nur, daß Sie ebenso wie wir in ehrlicher Absicht zu Ihnen gekommen sind, so auch Sie uns keiner andern Absicht zeihen mögen. Wir wollen mit Ihnen gemeinsam arbeiten, soweit es uns möglich ist. Diese Möglichkeit liegt zum großen Teil in Ihrer Hand. Ich bitte Sie im Namen der bürgerlichen Sozialreformer, daß Sie alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Heimindustrie auch unter diesem Gesichtspunkt treffen. Es sind Tage voller Arbeit, aber auch Tage immeren Friedens gewesen. Rüge von diesem Saale ein mächtiger Strom des Wirkens hinausfließen! Rüge der nächste Kongress schon sagen können: Wir haben einen Kampf gekämpft, der auch in kurzer Frist schon Erfolge gezeitigt hat. In diesem Sinne danke ich Ihnen im Namen des Bureau und fordere Sie auf zu weiterer gemeinsamer Arbeit auf dem Boden der gefassten Beschlüsse. Hiermit schließe ich den Kongress. (Lebhafte Beifall.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Berichtigung.

In der Wiedergabe der gestrigen Rede der Frau Jettin muß es heißen:

Bei der Heimarbeit aber schlägt das Produkt, das die größte Menge Arbeitszeit repräsentiert, das Produkt, das die kleinere gesellschaftlich notwendige Menge Arbeitszeit enthält...

Gegen den Schluß zu muß es heißen: Wir wollen die heimarbeitende Bevölkerung aus einem toten Ballast des Klassenkampfes in eine tragende und treibende Kraft des Klassenkampfes verwandeln...

In der gestrigen Rede des Buchbinders Bräuner-Vorlin muß es heißen, es existieren 1500 Arbeiter der Branche in Berlin, nicht Geschäfte, von denen 900 Heimarbeiter sind.

Gerichts-Zeitung.

Ein Prozeß. Die Redakteure des „Berliner Tageblattes“ und der „Berliner Zeitung“, Dr. Ernst Grütze und Richard Loewe, der Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“, Hermann Wachmann, und der Redakteur der „Gazette Robotnik“, Clemens Gogoljewicz, waren gestern vor die erste Strafkammer des Landgerichts I geladen, um sich wegen Verleumdung von Beamten der Deutschen Anstiehungskommission, von Schuldeuten der Stadt Posen usw. zu verantworten. Die Angeklagten hatten einen Auszug aus einem Artikel der „Posener Zeitung“ mit der Ueberschrift „Der Fall Wiedermann und seine Lehren“ abgedruckt, in welchem die unter Anklage gestellten Verleumdungen enthalten sein sollen. Da jedoch vorgelesen der Prozeß gegen den Verfasser des Artikels, den Chefredakteur der „Posener Zeitung“, zwecks Zeugnisaufnahme verlagert worden ist, so wurde auf Antrag des Justizrats Michaelis und Rechtsanwalts Roffe beschlossen, diesen Prozeß bis zur Erledigung des Posener Prozesses zu verlagern und die Akten des letzteren einzufordern.

Wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz hatte sich gestern der Schloffer Kuhn vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Der Anklage lag folgender Sachverhalt zu Grunde: Im Juli v. J. fand in den Germania-Häusern eine Versammlung der Arbeiter aus der Plochersen Maschinenfabrik statt, wofelbst Vertriebsmischstände, unter anderem das dort grassierende Ueberstundenwesen, besprochen wurden. Einberufen war die Versammlung von dem Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes, Behrend, auch war sie polizeilich angemeldet; den Vorsitz führte der Angeklagte. Während der Diskussion verlangte nun der überwachende Beamte vom Vorsitzenden, daß dieser ihm Namen und Wohnung der einzelnen Redner angeben solle, was im Hinblick auf den nicht öffentlichen Charakter der Versammlung indessen verweigert wurde. Die Anklagebehörde nahm nun an, es habe sich in diesem Falle doch um eine Versammlung gehandelt, in der öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten. Erwiesen werde diese Beschuldigung einmal dadurch, daß die Versammlung vom Metallarbeiter-Verbande einberufen war — und der Metallarbeiter-Verband sei laut Kammergerichts-Einscheidung nun einmal eine Organisation, die eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecke, zum andern aber sei auch in der Versammlung eine Resolution angenommen worden, die den Anwesenden den Beitritt zum Metallarbeiter-Verbande nahegelegt habe. Rithin sei der Hauptzweck, mindestens aber der Zweck der Versammlung die Agitation für den Metallarbeiter-Verband gewesen; daher der öffentliche Charakter der Versammlung und daher auch die Verpflichtung des Vorsitzenden, dem überwachenden Beamten Namen und Wohnung der einzelnen Redner anzugeben. Die Weisungnahme drehte sich nun hauptsächlich darum, festzustellen, ob der Haupt- oder auch nur Mitzweck der Versammlung in der Agitation für den Verband bestanden habe, oder ob die Versammlung lediglich der Erörterung von Vertriebsmischständen diene und nur beiläufig und unabhängig von

diesem eigentlichen Zweck für den Metallarbeiter-Verband in Form der erwähnten Resolution agitiert worden sei. Der Angeklagte behauptete mit Bestimmtheit das Letztere, und auch der als Zeuge geladene Polizeibeamte konnte sich nur erinnern, daß am Schluß der Versammlung anlässlich der Abstimmung über die Resolution zum Beitritt in den Metallarbeiter-Verband aufgefordert worden sei. Infolgedessen plaidierte der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwält Dr. Heine mann für Freisprechung, während der Staatsanwalt eine Geldstrafe von 50 M. beantragt hatte. Das Gericht erkannte nach längerer Beratung auf Freisprechung, weil es annahm, daß durch die Zeugnisaussagen die Sachlage im Sinne einer Schuldisprechung nicht genügend geklärt werden konnte.

Im Kurpfücher-Prozeß Schröder zu Lissit wurde auch am Montag während eines Tages der Verhandlungen die Oeffentlichkeit ausgeschlossen, da nunmehr die gestern geladenen Zeugen zu der Affäre der verführten Zeugin sämtlich zur Stelle sind. Ueber die Einzelheiten der Verhandlung läßt sich nichts mitteilen. Es sei nur hervorgehoben, daß auch die weitere Zeugenvernehmung nicht ergab, daß die in Betracht kommende Patientin zu der Zeit, wo sie mit Schröder verkehrte, noch mit andren Männern Umgang gepflogen hat.

Um 1/1 Uhr nachmittags wurde sodann die Oeffentlichkeit wieder hergestellt und in die Verhandlung eines Falles eingetreten, in welchem Schröder sich als Augenheiler versucht hat. Es handelt sich dabei um ein Fräulein Käthe Erzberger, die im Januar 1902 an Rehautablösung auf dem rechten Auge litt. Der behandelnde Arzt ordnete die Ueberführung der Kranken in eine Augenklinik an, weil das Leiden sofortige klinische Behandlung notwendig machte. Auch ließ er die Mutter der Kranken zu sich kommen und schilderte ihr den Ernst des Leidens, das auch bei zweckmäßigster Behandlung meistens zur Erblindung führt. Die Patientin ging jedoch zunächst zu Schröder hin, bezeichnete ihm die Krankheit irrtümlich als Rehautentzündung und nicht als Rehautablösung und teilte ihm auch mit, daß der Arzt eine klinische Behandlung für erforderlich erachtet habe. Schröder unterrichtete alsdann das Auge, ob mittels eines Spiegels ist der Patientin nicht mehr erinnerlich, und sagte dabei zu der anwesenden Kaufrau der Zeugin: „Sehen Sie nicht den roten Schein, sehen Sie nicht, wie das rot schimmert?“ Dann erklärte er, die Sache wäre nicht so gefährlich, in 14 Tagen würde sie geheilt sein. Schröder erklärte sich auf Verlangen der Patientin bereit, die Behandlung zu übernehmen, und Fräulein Erzberger ging nun fortan täglich zu dem Angeklagten hin. Er behandelte die Patientin in der Weise, daß er das Auge massierte und mit dem Vibrator bearbeitete. Nach einer Woche etwa erfuhr Fräulein Erzberger von der Frau Rechtsanwält Anders, daß ihre Krankheit nicht, wie sie irrtümlich angenommen habe, Rehautentzündung sei, sondern daß es sich um Rehautablösung handle. Dies teilte sie noch an demselben Tage dem Angeklagten mit, worauf derselbe erklärte, das wäre ja etwas ganz Andres, ein Buch ausschlag und dann zu der Patientin sagte, das Leiden sei ein gefährliches, sie möchte zu ihrer Beruhigung nach Königsberg fahren und hören, was die Herren dort sagten. Er hätte nicht alle Apparate da, der ganze Körper müßte behandelt werden usw. Die Zeugin Erzberger hat dann infolge der Befehaltung des Angeklagten die Besuche bei diesem nicht mehr fortsetzen können. Sie bedauert heute, daß sie die zwei Mark, welche sie für die Behandlung gezahlt habe, nur durch einen Zufall los geworden sei; der Angeklagte hat sie nämlich bei einem ihrer Besuche gefragt, ob sie zufällig zwei Mark bei sich habe. Er habe momentan kein Geld. — Staatsanwalt Tolki findet das bei einem Manne, der 4000 Patienten gehabt habe und von früh um 1/5 bis abends 1/11 Uhr konsultiert worden sei, als etwas auffällig. — Angekl.: Mein Gott, das ist doch möglich. Ich hatte jedenfalls 100 und auch 1000 Mark-Scheine im Hause, aber zufällig keine einzelnen Markstücke. — Der Angeklagte soll dann eine Untersuchung mit dem Viebreichischen Augenspiegel vornehmen, was er jedoch wiederum wegen zu großer Schwäche ablehnt. — Prof. Puppe bemerkt dazu, daß dies Experiment keinerlei Anstrengung verursache. In Bezug auf die Diagnose erklärt der Angeklagte, sich vollständig auf die Angaben des die Zeugin behandelnden Arztes verlassen zu haben. (Heiterkeit.) Im übrigen wolle er gern zugeben, daß er verkehrt gehandelt habe und sich niemals wieder an eine derartige Krankheit heranzumachen würde. — Staatsanwalt Tolki: Das glaube ich. — Der Angeklagte führt dann seine „Augenmassage“ vor und zeigt schließlich auch, daß er in etwas mit dem Viebreichischen Augenspiegel vertraut ist. Um 1/4 Uhr nachmittags wurde die Verhandlung auf morgen früh vertagt.

In der gestrigen Sitzung gelang dem Angeklagten, mittels Augen diagnose und Psychophysionomie bei dem Sachverständigen, Sanitätsrat Goburet-Züst, die Feststellung von zeitweisem Jodalkigen, dagegen nicht die Feststellung einer vorliegenden organischen Erkrankung. Das Urteil ist für nächsten Montag zu erwarten.

Witterungsübericht vom 9. März 1901, morgens 8 Uhr.

Table with 8 columns: Stationen, Barometerstand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. G. in C., Stationen, Barometerstand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. G. in C.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 10. März 1901.

Mild und zeitweise better, vielfach neblig bei schwachen süblichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Leipzig. Lipsia vult expectari: Leipzig läßt auf sich warten. Bezieht sich auf die Leipziger Realisprüche des Mittelalters; wird aber hier auf den modernen Reichs-Schuppenstuhl der alten Seeladt 2. ironisch angewendet. — W. Bleich. Für redaktionellen Teil leider zu spät erhalten. N. N. 36. — Wie weit Sch. beteiligt ist, läßt sich nur annehmen, nicht nachweisen. Wegen der andren etwas unklar gehaltenen Anfrage holen Sie sich am besten Rat in der juristischen Sprechstunde. — Wäffensäger. 1. Rein. 2. Rein. — P. 22. 1. Demokratisch. 2. Darüber entscheidet die betreffende gewerkschaftliche Organisation, nicht unter Briefkasten. — 500. (Abkommen.) Können wir nicht angeben. — Z. 27. 1. Ja. 2. Das kommt auf die Tendenz und Zusammenfassung des Vereins an, die uns nicht bekannt ist. — W. R. 1. Das Nachjagen der Drechsler ist die „Holzarbeiter-Zeitung“ in Hamburg, Fruchtallee 7/81. 2. Fragen Sie in der Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung“ an. Die andre Frage wird im juristischen Teile beantwortet werden. — J. 02. Ja. — W. D. Rein. — B. 23. 1. Ja. 2. Rein. — F. R. 1. Rein. 2. Ja. 3. Rein. — P. M. Lesen Sie über Schulwesen nach in Abrecht, 2. Band, Teil 3, S. 134 bis 139. Auch erhalten Sie Auskunft darüber durch die Gewerkschaft oder die Gewerkschaftskommission. — N. 3. 100. 1. Rein. 2. Ja. — Socialist. Johann Jacoby starb am 6. März 1877. — R. A. Rein. — R. S. 51. Ein gemöhnliches Trodenelement besteht aus einem U-förmig gebogenen Glasrohr, dessen einer Schenkel mit einem Glasgug mit Jinksalzlösung und dessen andrer Schenkel mit einem Gipsgug mit Kupferlösung gefüllt ist. Vor dem Erhitzen der Rasse ist in den ersten Schenkel ein Jindraht, in den letzteren ein Kupferdraht zu stecken. — H. R. 40. Rein.

Juristischer Teil.

77 R. N. 1. Leider hätte die Klage wenig Aussicht auf Erfolg. 2. Sie können den Versuch, eine eingehende Beweisnahme zu veranlassen, machen. Ob das Gericht auf den Versuch eingeht, steht dahin. Ein Anwalt wird es vielleicht eher durchsetzen. — H. S. 2. Stellen. Leider hätte eine Klage im Rechtswege weder gegen den Lehrer noch gegen die Schuldverwaltung Aussicht auf Erfolg. — August Wartenberg. Sie können auf Schadenersatz klagen. Der Ausschluß der Klage hängt davon ab, ob nach Ermessen des Richters ein wichtiger Grund zur Aushebung des Vertrages vorlag. — P. 96. Nachdem Sie die Frist versäumt haben, ist leider, soweit erichtlich, nichts mehr zu machen. Sie hätten rechtzeitig in der Sprechstunde Ihre Sache vorlegen sollen. — W. 2. 04. 1. Angemessene Zeit: was das im bestimmten Falle ist, hat im Streitfalle das Gericht zu bestimmen. 2. Am 2. April. — G. P. 100. Die Mutter kann mit ihrem Eigentum hinsehen, wohin sie will. — G. R. 17. In Ihrer Handlung kann eine Verleumdung erblickt werden. Ueber die Art der Höhe der mutmaßlichen Strafe läßt sich nichts voraus-

legen. — **Culzbach 1000.** Ihre Forderung würden Sie mit Rücksicht auf Erfolg einbringen können. Bestimmte Anwälte empfehlen wir nicht. Bestimmte Anwälte empfehlen wir nicht. Bestimmte Anwälte empfehlen wir nicht. — **R. 2. 100.** 1. und 3. Nr. 2. Rein, nur die Kostenbeiträge. — **H. Burghardt.** Das Sie von Pontius zu Pilatus geschickt werden und keine Rasse die verpflichtet sein will, liegt in der Atomisierung der Rasse. Eine socialdemokratische Anregung, in jedem Falle dem Erkrankten gegenüber eine Rasse halten zu lassen, die gegenüber der rechtlich verpflichteten Regierung stehen könnte, ist auf ebenem unfruchtbareren Boden wie die Anträge auf Centralisierung gefallen. So weit Ihre Darstellung ein Urteil zulässt, ist Ihr Anspruch gegen die Erstklasse der Kaufleute berechtigt und der von Ihnen eingeschlagene Weg der zutreffende. — **H. 2. Rein.** — **R. 3.** 1. Erst nach Ablauf vomöglicher Erwerbsunfähigkeit wird ein Recht auf Invalidenrente erlischt. 2. Es ist nur der Wert zu erfassen, den die Ure bei der Uebergabe hatte. 3. Eine Rechtspflicht zur Antwort besteht nicht, wohl aber erfordert die Höflichkeit eine solche in jedem Fall. — **S. 11.** Die Polizeierhaltung Berlin ist nicht städtisch, sondern staatslich. In den Kosten für die Polizei in Berlin hat nach §§ 1 und 3 des Gesetzes über die Kosten von Polizeierhaltungen in Stadtgemeinden vom 28. April 1892 die Stadtgemeinde Berlin einen jährlichen Beitrag von 2,50 M. für den Kopf der durch die jedesmalige letzte Volkszählung ermittelten Einwohnerzahl zu zahlen. Hierin geht für die der Stadt zustehende Vermehrung der Straßendauer-Polizei ein Betrag ab, so daß rund 2,42 x 1.865.708 = 4.515.008 M. jährlich an die Polizei zu zahlen ist. — **R. 29.** Sie müssen bis zum Ablauf des auf Ihren Austritt folgenden Jahres Kirchensteuer zahlen. Sind Sie im Jahre 1903 aus der Kirche ausgetreten, so müssen Sie also bis Ende 1903 zahlen. Haben Sie nicht innerhalb vier bis sechs Wochen nach Eingang Ihres Antrages, betreffend Austritt aus der Landeskirche, persönlich auf dem Gericht zu Protokoll Ihren Austritt erklärt, so sind Sie noch Mitglied der Kirchengemeinde, müssen abermals den Antrag stellen und dann die bis sechsmonatliche Frist zur Austrittserklärung benutzen, wenn Sie aus der Kirche austreten wollen. — **Militärwart V. B.** Sie sind zur Zahlung verpflichtet, Ihr Gehalt ist, so weit es für den standesmäßigen Unterhalt Ihrer Familie und

für Ihren eigenen notwendigen Unterhalt nach Ansicht des Gerichts notwendig ist, nicht beschlagnahmefähig. Ein Grund zu Ihrer Entlassung würde aus der von Ihnen geschiedenen Lage schwerlich entnommen werden. — **R. 2. 16.** Liegt nicht etwa ein schriftlicher Vertrag vor, der das Gegenstück verlangt, so muß Ihnen das Gehalt für März und April gezahlt werden. Ihre Ansprüche sind jedoch hinfällig, wenn etwa ein wichtiger Grund vorliegt, der den Bezieher zur sofortigen Aufhebung des Hausverwaltungs-Vertrages nach Ansicht des Gerichts berechtigt. — **S. R.** Wenn Sie die Vollmacht nicht einleihen, so können Sie dem Klagantrag entsprechend perurteilt werden. Das Gericht ist nicht befugt, den Antrag auf Erlass eines Verschonungsurteils deshalb abzulehnen, weil Beklagter krank ist. — **T. 139.** Die Ehe zwischen einem wegen Ehebruchs Geschiedenen mit demjenigen, mit welchem der geschiedene Ehegatte den Ehebruch begangen hat, ist verboten, wenn dieser Ehebruch in dem Scheidungsurteil als Grund der Scheidung festgesetzt ist. Von dieser Vorschrift kann eine Befreiung bewilligt werden. — **W. 1. 1.** und **2. Nr. 3.** Bis zum vollendeten 17. Lebensjahre. — **R. Wehensee.** Da Sie über zwei Jahre die Abweisung von der vereinbarten Lohnhöhe stillschweigend geduldet haben, so wäre eine Klage ausgeschlossen. — **T. 01.** Das sog. Präsiegel in der von Ihnen beschriebenen Art ist eine unzulässige Fälschung. Klagen können Sie nicht. — **Brüssel.** Gegen Sie kann wie gegen jeden Schuldner auf Zahlung geklagt werden. Sie sind unterhaltungsspflichtig, wenn und soweit Ihr und Ihrer Familie standesgemäßer Unterhalt durch die Unterhaltung nicht berührt wird. — **Schönhäuser Allee.** Bei Berechnung der Unzulasten kommt leider keineswegs der gesamte Arbeitsverdienst in Betracht. Die für Ihren Fall einschlägigen Bestimmungen finden Sie im ersten Nachtrag zum „Arbeiterrecht“ S. 43, 44. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — **S. 10.** Sie mühten sich notariell oder gerichtlich beglaubigte Vollmacht zur Abhebung des Guthabens von Ihren Schwiegereltern erteilen lassen. — **Osten.** Der von Ihnen vorgetragene Fall enthält zweifellos den Tatbestand des Betruges. Die Strafverfolgung wegen Betruges verjährt aber in fünf Jahren. Verjährung scheint eingetreten zu sein. — **Mietrecht.** Die Rechte und Pflichten des Mieters folgen in erster Reihe aus seinem Vertrag. Die Antwort auf Ihre Fragen kann also nur unter dem Vor-

behalt gegeben werden, daß Ihr Vertrag nichts Gegenseitiges bestimmt. Sie geht dahin: 1. Rein, 2. Nr. 3. Rein, 4. Nr. 10. Das Testament kann bei jedem Gericht niedergelegt, es kann auch ein außergerichtliches Testament errichtet und außergerichtlich aufbewahrt sein. Für die Nachlassregelung zuständig ist in Ihrem Fall das Amtsgericht Berlin II, Pallesches Ufer 29/31. Durch gerichtliche Nachlassregelung ermaschen nach dem Objekt zu berechnende, nicht unerhebliche Kosten. Ihnen fällt nicht die Hälfte, sondern die Hälfte nach Abzug des Voraus (Nachlassgegenstände und die Gegenstände, die zum ehelichen Haushalt gehört haben) eventuell zu Einigung oder Verzicht ist deshalb wohl ratsam. — **H. D.** Sie müssen am 2. April ziehen. — **W. 3. 100.** Der Stempel ist mit Recht gefordert. — **W. 2. 2.** Leider kann die Herrschaft im Beside der altpreußischen Gesinde-Ordnung Weisnachtsgeschenke auf den Lohn anrechnen, wenn der Dienstreiber im Laufe des Jahres durch Schuld des Geinbes wieder aufgehoben wird. Angerechnet werden kann nur auf noch vorhandene Geschenke. Nach zutreffender, aber befristeter Ansicht ist Widerruf des Geschenke durch schriftliche Aufstellung erforderlich. — **Socialdemokrat und Jünger.** 1. Ihrem Anteil steht ein Anspruch auf Unfallrente nicht mehr zu, weil die Verjährungsfrist zwei Jahre beträgt und er die rechtzeitige Anmeldung unterlassen hat. 2. Die Kosten sind dem Geset entsprechend Ihnen auferlegt. — **Walter 55.** 1. Kirchensteuer ist von Ihnen zu zahlen. Der zur Zeit gültige Prozentsatz ist uns nicht bekannt. 2. Rein.

Briefkasten der Expedition.

1. G. Brud. London, 2. Verein „Jugenddeutschland“, Dortmund, 3. Landes-Gewerkschaftskommission für Süd-Deutschland, Trier, 4. Deutsche Arbeiter in Toronto (Canada), Leventhal: Die von Ihnen für die Ausgelassenen in Grimmlinghaus eingekommen Beträge von ad 1: 20,00 M., ad 2: 38,00 M., ad 3: 201,86 M., ad 4: 104,00 M. sind von der Gewerkschaftskommission freimüthig auf den Namen S. Schuster mit insgesamt 364,76 M. in der Nr. 45 des „Vorwärts“ vom 23. Februar d. J. quittiert.

Es ist nicht Jedermanns Geschmack,

als Kaffee einen Aufguß von gebrannter Gerste oder geröstetem Malz zu trinken. Das und nichts anderes sind aber die offen ausgewogenen sogenannten Malzkaffees. Ein wirklicher Malzkaffee, der infolge seiner patentierten Herstellungsweise mit den Vorzügen des Malzes auch das feine Aroma und den beliebten Geschmack des Bohnenkaffees verbindet, ist nur Kathreiners Malzkaffee; er kommt aber niemals lose, sondern ausschließlich in Packeten mit dem Bild des Prälaten Sneypp zum Verkauf.

für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 10. März.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus, Samson und Dalila.
Schauspielhaus, Götz von Berlichingen mit der eisernen Hand.
Deutsches, Der einsame Weg.
Berliner, Wasserfahrt.
Festung, Japankrieg.
Westen, Der Postillon von Lonjumeau.
Neues, Candide.
Reibens, Der keusche Casimir. Vorher: Die Empfehlung.
Central, Das Schwalbennest.
Belle Alliance, Götterweiber.
Thalia, Der Hochtourist.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.)
Uriel Acosta.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.)
Vasantasena.
Kleines, Mutter Landstraße.
Kleines, Eine leichte Person.
Trianon, Madame X.
Carl Welt, Zwei Frauen.
Deutsch-Amerikanisches, Ueber'n großen Teich.
Gebr. Herrnsfeld, Nur eine Nacht.
Casino, Ueber'n großen Teich.
Wintergarten, Helte Guilbert.
Cottantine Bernhardt, Spezialitäten.
Apollo, Frühlingluft.
Metropol, Durchlaucht Radieschen.
Reichshausen, Stettiner Säger.
Vollge-Theater, Caicedo, Spezialitäten.
Irania, Landstraße 48/49.
Um 8 Uhr: Der Erdball als Träger des Lebens.
Judaidsenstr. 57/62, Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-5.
Candida.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Minna von Barnhelm.

Central-Theater.

Täglich 7 1/2 Uhr:
Das Schwalbennest.
Operette in 3 Akten v. M. Erdmann.
Musik von Henry Herbig.
Sonabendnachmittag 4 Uhr, halbe Preise: Kinderdarstellung: Jeder Erwachsene ein Kind mit Gratisplatz frei.
Der gestiefelte Kater.

Residenz-Theater

Direktion S. Lantenburg.
Abends 7 1/2 Uhr:

Die Empfehlung.

Abends 8 Uhr:

Der keusche Casimir.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 10.
Extra-Elite-Vorstellung.
Forberbaum und Bettelstab.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach der Vorstellung: Familienball.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Uriel Acosta.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Karl Gutzkow.
Freitagabend 8 Uhr:
Die Kinder der Exzellenz.
Sonabendabend 8 Uhr:
König Lear.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73. Amt IV 4440.
Anf. 7 1/2 Uhr. Direktion: Jean Kron.
Rechte Hohe! Zum 192. Male:
Der Hochtourist.
Guldo Thielscher in der Titelrolle.
Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr:
Charleys Tante.

Belle-Alliance-Theater.

Belle-Alliancestr. 7/8. Amt VI 283.
Anf. 7 1/2 Uhr.
Heute und folgende Tage:
Götterweiber.
Ausstatt.-Bosse mit Gesang und Tanz.
Sonntagnachm. 3 Uhr, kleine Preise:
„Der Pfarrer von Kirchfeld.“

Cirkus Schumann.

Heute Donnerstag, den 10. März 1904, abends 7 1/2 Uhr:
Große Wohlthätigkeits-Vorstellung zum Besten des fünften Lokal-Kommissariats des Nationaldanks für Veteranen.
Ganz besonders gewähltes Programm. Außerdem:
Freres Skremka, die vorzüglichen Künstler.
Der Meister der Raubtierdressur
Herr Jul. Seeth mit 25 Löwen.
Die Ausstattungs-pantomime
BABEL.
Montag, den 14. d. M., abends 7 1/2 Uhr: **Benefiz-Vorstellung** für die Sammlung des Centralcomitees der deutschen Vereine vom Roten Kreuz zum Besten der Verdunbetenen und Krankenpflege in Deutsch-Südwestafrika mit außerordentlichem Sportprogramm.

Urania.

Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Der Erdball als Träger des Lebens.
Invalidenstr. 57/62, Radium.
Hörsaal: Dr. Donath.

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.
Afrika in Berlin!!!
Donnerstag, den 10. März:
Grosser Wohlthätigkeitstag zum Besten der Nothleidenden in Deutsch-Südwest-Afrika.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Eine leichte Person.
Freitag: Die Kofelshul'n von Berlin. Hieraus: Das Volkslied.
Sonabend: Uriel Acosta.
Sonntagnachm.: Philippine Weller.
Abends: Die Kofelshul'n von Berlin. Hieraus: Das Volkslied.
Montag: Philippine Weller.

Sanssouci.

Rothbuser Thor — Stat. der Hochbahn.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag
Hoffmanns Norddeutsche Säger und Tanzkränzen.
Dienstags:
Theaterabend.

Schiller-Theater N.

(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Vasantasena.
Drama in 5 Akten nach einer Dichtung des Königs Sudrasa. Frei bearbeitet von Emil Wolf.
Freitagabend 8 Uhr:
Lumpacivagabundus.
Sonabendabend 8 Uhr:
Vasantasena.

Belle-Alliance-Theater.

Belle-Alliancestr. 7/8. Amt VI 283.
Anf. 7 1/2 Uhr.
Heute und folgende Tage:
Götterweiber.
Ausstatt.-Bosse mit Gesang und Tanz.
Sonntagnachm. 3 Uhr, kleine Preise:
„Der Pfarrer von Kirchfeld.“

Cirkus Busch.

IX. Berliner Saison.
Neu!! Neu!!
Das letzte Wort
Miss Jackson
Schleife und Todessprung
in einem Tempo.
„Der Bär als Kunstreiter“
vorgeführt von Mr. Balty.
Riesen-Eisbären
des Mr. Roberto.
Zum 78. Male:
Aus den Alpen.
Bemerkenswert:
Der Automobilsturz.

Metropol-Theater

Heute Donnerstag zum letzten Mal:
Durchlaucht Radieschen!
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.
Freitag geschlossen.
Sonabend, den 12. März cr., zum erstenmal:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue in 6 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Hollander. In Scene gesetzt von Direktor Richard Schultz.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Mutter Landstrasse.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Elektra.
Gebrüder

Herrnfeld-Theater.

Anfang 8 Uhr. Sonntags 8 Uhr.
Heute und folgende Tage:
Das herrnsfeldische Sensationsstück
Nur eine Nacht!
Zwei Akte aus einer Gasse.
Vorher:
Vollständig neuer Künstlertrupp:
Schröder u. Denter, Tanz-Karikaturen.
Erna Ernani, Vortragsgesellschaft.
Martin Vallee, Humorist.
Die süßen Mädchen, Damen-Gel.-Duo.
Bendix als **Nonna Vanna.**
Edi Stadler,
Alpen-Jodler-Phänomen.
Billet-Vorverkauf 11-2 Uhr.

Palast-Theater

Burgstrasse 22, früher Feen-Palast.
Heute:
Zante Mollig.
Im Spezialitäten-Teil:
Martha Sarnotti, Vortragsgesellschaft.
Mr. Franzoso, der Ungerbrechliche.
Mlle. Riona mit ihrer artemisischen Pantomime.
Mr. Barna, komisch-musikal. Dressurakt.
10 Uhr:
Mampes Glitterwochen
Freitag, den 11. März, abends:
Gr. Elite-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Halbe Kassenpreise. **Anna Lief.**
Schauspiel in 4 Akten von Herbig.
Sonabend, den 12. März, wegen Privattheatralität geschlossen.

Stadt-Theater Moabit

All-Moabit 47/49.
Donnerstag, den 10. März:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Othello,
der Mohr von Venedig.
Trauerspiel in 5 Akten v. Shakespeare.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**
Sonntag, den 13. März cr.: **Der Glockenguss zu Breslau.**

Cirkus Busch.

IX. Berliner Saison.
Neu!! Neu!!
Das letzte Wort
Miss Jackson
Schleife und Todessprung
in einem Tempo.
„Der Bär als Kunstreiter“
vorgeführt von Mr. Balty.
Riesen-Eisbären
des Mr. Roberto.
Zum 78. Male:
Aus den Alpen.
Bemerkenswert:
Der Automobilsturz.

Metropol-Theater

Heute Donnerstag zum letzten Mal:
Durchlaucht Radieschen!
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.
Freitag geschlossen.
Sonabend, den 12. März cr., zum erstenmal:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue in 6 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Hollander. In Scene gesetzt von Direktor Richard Schultz.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Mutter Landstrasse.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Elektra.
Gebrüder

Herrnfeld-Theater.

Anfang 8 Uhr. Sonntags 8 Uhr.
Heute und folgende Tage:
Das herrnsfeldische Sensationsstück
Nur eine Nacht!
Zwei Akte aus einer Gasse.
Vorher:
Vollständig neuer Künstlertrupp:
Schröder u. Denter, Tanz-Karikaturen.
Erna Ernani, Vortragsgesellschaft.
Martin Vallee, Humorist.
Die süßen Mädchen, Damen-Gel.-Duo.
Bendix als **Nonna Vanna.**
Edi Stadler,
Alpen-Jodler-Phänomen.
Billet-Vorverkauf 11-2 Uhr.

Palast-Theater

Burgstrasse 22, früher Feen-Palast.
Heute:
Zante Mollig.
Im Spezialitäten-Teil:
Martha Sarnotti, Vortragsgesellschaft.
Mr. Franzoso, der Ungerbrechliche.
Mlle. Riona mit ihrer artemisischen Pantomime.
Mr. Barna, komisch-musikal. Dressurakt.
10 Uhr:
Mampes Glitterwochen
Freitag, den 11. März, abends:
Gr. Elite-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Halbe Kassenpreise. **Anna Lief.**
Schauspiel in 4 Akten von Herbig.
Sonabend, den 12. März, wegen Privattheatralität geschlossen.

Stadt-Theater Moabit

All-Moabit 47/49.
Donnerstag, den 10. März:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Othello,
der Mohr von Venedig.
Trauerspiel in 5 Akten v. Shakespeare.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**
Sonntag, den 13. März cr.: **Der Glockenguss zu Breslau.**

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 13. März, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Metropol-Theater. 11/12. Abteilung:
Medea.
16. Abteilung:
Der Meineidbauer.
Sonabend, den 12. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Märzfest.

(Internationaler Musikabend. — Deutsch-französisch-czechisches Vokal- und Instrumentalkonzert. — Gesang. — Recitation.)
Festmarken a 50 Pf. in allen Zahlstellen.
8. Serie: Sonntag, 20. März, im Lessing-Theater. 1. Abteilung: 225/10
Zapfenstreich
von Adam Beyerlein.

Steidl-Theater

Linien-Oranienburger Thor.
strasse 132. burg Thor.
Täglich 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Letzter Monat
vor ihrer Gastspielreise nach Russland — die vorzüglichen
Fritz Steidl-Sänger.

Casino-Theater.

Pothringerstr. 37. Anf. 8. Sonnt. 7 1/2.
Das glänzendste neue Märzprogramm.
Glanzspiel **Mstr. Hopkin.**
Die größte Dressurnummer der Welt.
9 1/2 Uhr:
Sonntagnachm. 4 Uhr: „Die Diebstahlsfälle.“ — „Badekuren.“

Die Cirkusfee.

Sonntagnachm. 4 Uhr: „Die Diebstahlsfälle.“ — „Badekuren.“

Fröbels Allerlei-Theater

fr. Puhlmann, Schönhäuser Allee 148.
Donnerstag, den 10. März: Gastspiel der beliebten
Orgonschen Säger.
Nach der Vorstellung:
Freitanz.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Passage-Theater.

Anfang Sonnt. 3. Wochentags 5 Uhr.
Anfang 4. Abendvorstellung 8 Uhr.
Sensationsvolles Engagement:
Caicedo
der berühmte Drahtseilkönig.
Das Publikum schreit vor Lachen bei dem Redestreit der beiden feindlichen Improvisatoren
Holländer u. Steinitz.
14 neue erstklassige Nummern.
Carl Weiss-Theater.
Grosche Neantfurter Straße 132.
Zwei Frauen.
Schauspiel in 5 Akten v. F. Schöler.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: **Zwei Frauen.**
Sonabendnachm. 4 Uhr: **Aschenbrödel.** Sonntagnachmittag 3 Uhr
Parkett 60 Pf.: **Isa Römer.**

Neue Welt

Hasenheide 108/114.
(Arnold Scholz.)
Jeden Donnerstag:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Der Glockenguss zu Breslau.
Histor. Drama in 3 Akte u. 10 Bildern von Plogner.
Nach der Vorstellung:
Familienkränzen.
Tanz frei.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Vorzugskarten gelten!

WINTERGARTEN

Keine erhöhten Preise!
Yvette Guilbert
Paulton u. Doley Komische Radfahrer
Karnavals-Geister-Tanz-Divertissem.
Imro Fox Zauberkünstler.
Leo Billward Komischer Jongleur.
Madeleine Nocé Sägerin.
Prosper-Truppe Akrobaten.
Costantino Bernardi
Verwandlungsschauspieler.
Lony Elastic-äquilibrist. Akt.
The Seldoms Plast. Darstellungen.
Biograph.

Königstadt-Kasino

Solmarstr. 72, Ecke Hegenerstraße.
Täglich:
Franz Sobanski.
Die März-Spezialitäten.
Zum Schluss des Lebensbild
Nach Südwest-Afrika.
Nach der Vorstellung: **Rittmoos.**
Sonabend u. Sonntags: **Tanz.**
Donnerstag, den 10. März: Benefiz für **F. Sobanski.**

Rohtabak

fein hellfarbig mit Sumatra-Decke
1 1/2 Pfd. deckend, a 200 Pf.
S. Hammerstein Filiale.
Vertr.: Gustav Bay,
Berlin N., Brunnenstr. 188.

Reichshallen
Stettiner Sänger
Die Berliner bei
den Sereros.
Ballette von Mesfel.

Beginn: 8 Uhr,
Bodentags 7 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.

Für die uns anlässlich des Ablebens
unserer Tochter, Schwester und Braut
Bertha Schultze
erfolgte freundliche Teilnahme, sowie
für die kostbaren Blumenspenden zu
ihrer Beerdigung sagen allen, speziell
ihren Kollegen und Kolleginnen, der
Geschäftsführung des "Vorwärts", so-
wie dem Buchbinder-Verband herzlichen
Danke.
2494b
Familie Schultze. Otto Hirschmann.
Blanz per 31. Dezember 1903.

Activa.

Cassa-Conto	293,29
Reserve-Conto	150,-
Vorjahr-Conto	33,15
Schaaffhaus Bank-Gto.	1647,-
Effekten-Conto	3201,75
Gewinn- u. Verlust-Gto.	761,81
Summe	6087,-

Passiva.

Mitglieder-Guthaben . . . 6087,-
Summe . . . 6087,-

Schöneberg-Friedenstr. 7. März 1904.
Gemeinnutz. Bauvereine G. m. b. H. i. L. G.
E. Lamhardt, Petzhold, H. Herfort.

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

6
Wort- u. Bild-
Land gratis, n. Centrum
Berlins 2 1/2 Meile,
idyllische Lage, prima
Boden, best. Schulz,
Nitzdorf, Remustr. 12.

Verkaufte Landparzellen
auf Wunsch mit Baugeld und
Hypothek, nahe Bahnhof, Bortort-
verkehr, herrliche Waldlandschaft,
Angelegenheit, steigende Grund-
preise, in aufbluhender Villenzone.
Offerten unter G. D. 366 an Rudolf
Mosse, Berlin, Leipzigerstr. 103.
Dem kleinen Albert und dem
schwarzen August zu ihrem Wiegen-
fest ein donnerndes Hoch! 44862
Albert und August aber Ihr werdet
doch nicht?
K. T. M. G. A. F.

Eureka
bestes
Waschmittel

Nur noch kurze Zeit!
Inventur-
Restverkauf
Reichgestickte
Portieren
abge-
passte

Die
komplette Dekoration
(bestehend aus 2 Plugeln und
1 Querhang)
in Plüsch . . . 935 (Wert
16,00)
in Wollserge 825 (Wert
10,50)
in Victoriaturch . . . 825 (Wert
13,50)

Eine Partie Woll-
portieren mit allerbesten
Blumenkante per Shawl 2 M.
Teppich-Special-Haus
Emil Lefevre,
Berlin S. Oranienstr. 158.
Nach auswärts per Nachnahme.

Inventur-Extraktliste } gratis
u. Katalog mit ca. 600 } und
Illustration franco.

Ordentl. General-Versammlung
der Vertreter der Arbeitgeber und
Arbeitnehmer der
Orts-Krankenkasse d. Maschinenbau-
Arbeiter u. verw. Gewerbe zu Berlin
am Mittwoch, den 23. März cr.,
abends 8 1/2 Uhr,
im Fr. Wilkeschen Lokal,
Brunnenstr. 188.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes über das
abgelaufene Geschäftsjahr.
2. Bericht der Revisoren zur Prü-
fung der Jahresrechnung und Er-
teilung der Decharge.
3. Verschiedenes.
Anfragen und Beschwerden, zu
welchen die Einsicht in die Kassen-
bücher notwendig ist, müssen münd-
lich oder schriftlich behufs Beant-
wortung derselben in der General-
versammlung bis zum 20. März cr.
dem Vorstande mitgeteilt werden.
Das Mandat legitimiert!

I. Die Wahlen von 148 Vertretern
der versicherungspflichtigen und auslu-
f. Vertretern der freiwilligen Mitglieder
für die Generalversammlungen pro
1904 gemäß § 44 des Statuts finden
statt am:
Sonntag, den 27. März 1904,
von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr
nachmittags.
Es wählen: 24506

Abteilung I (S. und SO.):
37 Vertreter im Märkischen Hof
(Schule), Admiralstr. 18a.
Abteilung II (W. SW. und O.):
20 Vertreter im Lokal von Augustin,
Lindenstr. 69.
Abteilung III (N. und NW.):
79 Vertreter im Raabes Festsälen,
Kolbergerstr. 23.
Abteilung IV (O. und NO.):
12 Vertreter im Lokal von Merkowski,
Andreasstr. 26.
Abteilung V (Freiwillige Mitglieder):
12 Vertreter im Lokal von Quandt,
(Drei Raben), Neue Schönhauser-
str. 20.
Die Wahlen sind geheim!
Abgabe der Stimmzettel von 10 bis
1 Uhr.
Die Stimmzettel dürfen nicht mehr
Namen enthalten, als in den einzelnen
Abteilungen Vertreter zu wählen sind.
Ferner müssen die Stimmzettel ent-
halten:
Vor- und Zunamen, die genaue
Wohnung und die Buchnummer
der zu Wählenden.
Stimmzettel, welche obige Angaben
nicht oder nicht genau enthalten,
als in der betreffenden Abteilung zu
wählen sind, sind ungültig.
Um 1 Uhr nachmittags wird der
Wahlakt geschlossen und beginnt
hierauf die Ermittlung des Wahl-
resultats. Wahlberechtigt und wahl-
bar sind nur Mitglieder, welche das
21. Lebensjahr erreicht haben und
sich im Besitz der bürgerlichen Ehren-
rechte befinden.
Das Legitimationsbuch oder die
Legitimationskarte ist am Eingang
des Wahllokals und bei Abgabe der
Stimmzettel vorzuzeigen. Die Herren
Arbeitgeber bezw. Betriebsunter-
nehmer werden dringend ersucht, die
zum Zwecke der Wahlen besonders
angefertigten Legitimationskarten zu-
vor im Kassenlokal abgeben oder
aber den Mitgliedern ihre Legiti-
mationshufer - mit dem Tages-
stempel des Wahltages versehen -
an diesem Tage ausshandigen zu lassen.
II. Die Wahl der arbeitgebenden
Mitglieder findet am
Freitag, den 18. März cr.,
abends von 8-10 Uhr,
im Berliner Ratskeller (Praktions-
zimmer, Lindenstr.) statt.
Zu wählen sind:
74 Vertreter zur General-
versammlung pro 1904 (§ 44
des Statuts).
Die Wahlen sind gleichfalls geheim
und finden mittels Stimmzettel statt.
Um recht zahlreiches und punt-
liches Erscheinen wird gebeten.
Berlin, den 9. März 1904.
Der Vorstand.
H. Salinger. G. Gerth.

Kunstl. Zähne
tadellose Ausführung
von 3-10 Plomben u. 2-10 Mkan.
Max Guckel, Lausitzer
Vorzeiger, erhielt 4 M. Ermässigung
bei Auftrag v. 20- M. unter 20- 2 M.
Teilzahlung gestattet.

Leihhaus
verkauft täglich zu enorm
billigen, festen Preisen
Herren-Anzüge
8,50-30 M.
- feine Qualität -
Paletots 7,50-25 M.
prima
Hosen 2-9 M. prima
Kellner-Anzüge 11 M.
Leihhaus Friedrichstr. 131d
I. Etage, Ecke Karlstrasse,
Eingang zur Friedrichstr.
NB. Beleihung
und Ankauf jeder Wertsache.

Grosse Marzfeier

am Sonntag, den 13. März 1904
in **E. Kellers Festsälen,** Koppenstr. Nr. 29
arrangiert von den Parteigenossen des IV. Kreises (Ost).

Konzert

ausgeführt vom Neuen Berliner Konzert-Orchester unter Leitung des Dirigenten Herrn R. Tietz.
♦♦♦♦ Auftreten der Volkssänger-Gesellschaft Lewandowsky. ♦♦♦♦
Während des Konzerts im kleinen Saale:
Nach dem Konzert im grossen Saale: **TANZ.**
Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach.
Anfang des Konzerts 4 Uhr.
Billet 25 Pf., an der Kasse 30 Pf.
Das Komitee.

III. Wahlkreis.

Sonntag, den 13. März, abends 6 1/2 Uhr, in den Arminhallen,
Kommandantenstrasse 20: 240/6

Deffentliche Versammlung.

Vortrag. Nachdem: Gemütliches Beisammensein.
Zahlreichen Besuch erwünscht. Der Gandrufer.
Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute, Donnerstag, den 10. März, abends 8 Uhr,
finden im Gewerkschaftshaus
(großer Saal), die
Auswahl sowie zum Innungs-Schiedsgericht
statt. Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Sonntag, den 13. März 1904, vormittags 9 Uhr, im Lokal
des Herrn Bolzmann, Lichtentbergstr. 21:
**Auerordentl. Branchen-Versammlung
der Stellmacher.**
Tages-Ordnung:
1. Bericht vom Gauslag. 2. Diskussion. 3. Warum müssen wir die
Arbeitszeit verkürzen und den Lohn erhöhen? 4. Diskussion. 5. Verschiedenes.
Die Kommission.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 3353.
Donnerstag, den 10. März 1904, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

aller Kollegen und Kolleginnen, welche in den in der
Mechanikerkasse versicherten Betrieben beschäftigt sind
in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Das Krankenfuhrungsgezet und welche Pflichten erwachsen daraus
den Arbeitern und Arbeiterinnen. Referent: Arbeitersekretär Gustav Link.
2. Diskussion. - 3. Aufstellung der Kandidaten.
Die Delegierten der Mechanikerkasse, welche Mitglied des Metallarbeiter-
Verbandes sind, werden hiermit besonders eingeladen.
Da die Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes bei der Wahl der
Delegierten zur Orts-Krankenkasse den ihnen gebührenden Einfluss erlangen
wollen, so ist das Erscheinen aller Einzelgenossen notwendig.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Morgen Freitag, den 11. März, abends präzise 8 1/2 Uhr,
im grossen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
Recitation über das Schauspiel: „Nachtsyl“.
Recitator: Herr Walkotts.
Wegen der interessanten Tagesordnung erlauben wir alle Kolleginnen
und Kollegen, in dieser Versammlung recht zahlreich zu erscheinen.
Puntliches Erscheinen ist dringend notwendig.
Rauchen ist nicht gestattet.
Die Ortsverwaltung.

Lichtenberg.

Donnerstag, den 10. März cr., abends 8 1/2 Uhr, bei Hollsch,
Frankfurter Chaussee 120:
Deffentl. Holzarbeiter-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Was für Interesse haben die Lichtenberger Holzarbeiter an der Ge-
werbegerichtsreform? Referent: Genosse Basza. 2. Aufstellung der Kandidaten
zur Gewerbegerichtsreform. 3. Verschiedenes.

Verein deutscher Schuhmacher.

Sonntag, den 13. März, nachm. 4 Uhr, in der Urania, Taubenstr. 48/49:
Vorstellung.
„Der Erdball als Träger des Lebens.“
Billetts a 60 Pf. sind im Bureau Bahmannstr. 10 zu haben.
Die Ortsverwaltung.

**800 Stück
Teppiche
und Vorlagen,**
darunter hervorragend schöne Exemplare in allen Grössen,
bis 5 Meter lang, kommen zu fabelhaft billigen Preisen zum
schleunigen Verkauf im 4411L*
Teppichhaus
28 J. Senft 28
Königstrasse

Dr. Wenders Nervenheer
Veronica montana-Vergrundheil-
als Kräftigungs- u. Nervenstar-
kungsmittel arftlich empfohlen. Gut
nur in verschlossenen Originalpaketen
mit obigen Namenszettelchen in Apo-
theken und Droguerien oder durch
den Generalvertrieb franco Haus
Willy Tomjalla, Drogerie- und
Apothekenwaren, Faldenstr.
Str. 44. 717*

Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut, Horn- und
Frauenleiden, Seydelstr. 9.
1/12-1/3, 1/6-1/8, Sonnt. 9-11
Für Laubenauer
Breiter, Laten, Stiele, Dachsapde,
Spalterleiten billig. 44212*
Charlottenburg, Bismarckstr. 89.

Marke
Salamander
Neueste Formen
- Beste Zutaten -

Herren-
Stiefel
Damen-
Stiefel

Einheitspreis:
Mark 12.50

Rudolf Moos
Königstrasse 47, Ecke Hoher Steinweg.
Neu eröffnet!
Stammhaus: Friedrichstrasse 221.

Berlin, Friedrichstr. 218, neben Apollo-Theater links!
Dentarium
Kunsttechnisches Institut für Zahnersatz, Plomb. etc.
Beste künstl. Zähne d. Welt 1 M. ohne
Neben-
kosten.
das heisst Zähne mit echt Platinastiften. 10jahr. Garantie!
gänzlich ausgeschlossen, denn wir
verpflichten uns, bei Nichtpassen
volles Geld zurückzahlen! 4474L*
Misstrauen gänzlich ausgeschlossen, denn wir
verpflichten uns, bei Nichtpassen
volles Geld zurückzahlen! 4474L*
Unverlangte Anerkennungsschreiben seit Kel. preuss. appr.
Zahnärzte u. Mediziner beweisen unsere Leistungsfähigkeit!

Das beste Husten-Mittel
find die altbewährten, echten **Spilwegerichsft-Bonbons**,
vorzüglich im Geschmack, saher in der Wirkung und billig im Gebrauch, nur
allein echt zu haben bei **Gustav Behm, Frankfurter Allee 120;**
Nitzdorf, Hermannstr. 46. 42862*
44032*

Bis auf weiteres
sämtliche Wurstwaren zum ausersten Eugros-Preis,
sowie Stuckenfleisch, Madenfest usw., täglich
von 8-10 Uhr vorm.,
gibt ab **Wurstfabrik, Wilhelmstr. 56, Hof part.**

Die höchste Temperatur
gibt
MERKUR
Vorzügliche
Dauerbrand-
Billigstes
Kessel- und
Feuerung.
Heizmaterial
MERKUR
gibt die höchste
Temperatur!
4339L*
Alleinverkauf für Berlin und Provinz Brandenburg durch:
Dahlmann & Co., Berlin NW., Holsteiner Ufer 8.
Restaurant „Forsthaus“
Hermsdorf an der Nordbahn, rechter Bahnaufgang.
Inhaber: Karl Dime. 44822*
Vorzüglicher Garten und Saal, Regelmass. Kuchenspeisung, Station für Kabfahrer.
Familien-Kaffeehäuser. - Für gute Speisen u. Getränke wird bestens gesorgt.
Fernsprecher: Amt Engel Nr. 162.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Eine Volksversammlung findet am Mittwoch, den 10. März, im „Schönhauser Volksgarten“...

Treptow. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet heute, Donnerstag, 9 Uhr, bei Schmidt, Klefholzstr. 22, statt.

Schlesdorf. Genossen, Arbeiter! Am heutigen Tage finden die Gemeindevahlen statt. Wenn die Arbeiterschaft unseres Ortes wie ein Mann an der Wahlurne erscheint...

Friedrichshagen. Der Arbeiter-Bildungsverein veranstaltet am Samstag, abends 8 Uhr, im „Eisler“, Friedrichstraße 97, einen Kunstabend unter Leitung des Genossen Dr. Albert.

Dalldorf-Vorsigwalde. Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr im Lokale von Koll („Zur Mühle“) öffentliche Gemeindevähler-Versammlung.

Dalldorf-Vorsigwalde-Hohen-Neuendorf. Allen Genossen zur Nachricht, daß am Sonntag, den 13. März, früh 8 Uhr, die letzte Flugblatt-Verbreitung vor den Gemeindevahlen stattfindet.

Hohen-Neuendorf. Sonnabendabend 9 Uhr im Lokal „Schwarzer Adler“: Außerordentlicher Diskussionsabend über die Gemeindevahlen.

Lokales.

Die diesjährige März-Zeitung

Ist gestern im Verlage der Buchhandlung Vorwärts-Berlin zum Preise von 10 Pf. erschienen. In bedingter Form kann man auf das gestern herausgegebene Erinnerungsbild das Wort von der rauhen Schale und dem wächtigen Kern anwenden.

Das Mißbehagen über das Titelbild weicht aber bald beim Umblättern. Ein herrliches Gedicht von Ernst Krowitzki „Wir schreiten dem Lenz entgegen“ feiert das Andenken der Märzkämpfer und den einstigen Sieg des proletarischen Gedankens.

Doch seht ihr nicht zum lodernden Brand Weichin die Gester entzündet? Proletarier haben sich Hand in Hand zu mächtiger Einheit verbündet!

Unser Parteigenosse A. Conrady befaßt sich in dem Artikel „Revolutionslegenden“ mit dem namentlich im Frühling mächtig aufstrebenden Freiheitsstreben der Völker; weiter geht es das kräftigste Bemühen reaktionärer Goldschreiber, die That des 18. März 1848 zu einer an sich belanglosen Episode zu verkleinern.

Gehen wir wieder zu den in der März-Zeitung gebrachten Illustrationen über, so fällt vor allem das in Deutschland noch wenig bekannte Bild auf „Houget de l'Ysole trägt zum erstenmal die von ihm verfaßte und komponierte „Marxellaise“ vor.“

Die Ausstellung für Heimarbeitershaus im Gewerkschaftshause bleibt auch heute noch von vormittags 9 bis abends 8 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet.

Die Polizeiverordnung betreffend die Aufhebung des Radfahr-Verbotes für gewisse Straßen und Plätze Berlins wird nun bald in Kraft treten, nachdem jetzt der Magistrat derselben zugestimmt hat.

straße, die Rinz- und Landsbergerstraße, die Rosenthalerstraße, der Sadele Markt, die nördliche Friedrichstraße, die südliche Chausseestraße, der östliche Teil der Invalidenstrasse, die Neue Wilhelmstraße, die gesperrten gewesenen Straßen der Kurfürstentrasse und des Kurfürstendammes u. für den Zweirad-Verkehr verboten bleiben demnach nur noch: die Straße „Unter den Linden“, einschließlich des Opernplatzes, Lustgarten und Pariser Platz, die Friedrichstraße von der Leipzigerstraße bis zum Stadthausplatz, die Leipzigerstraße, einschließlich des Spittelmarktes und des Potsdamer Platzes und die Potsdamerstraße vom Potsdamer Platz bis zur Brücke.

„In Freien Stunden.“ Illustrierte Wochenschrift für das arbeitende Volk. Heute gelangt das 11. Heft dieser Zeitschrift zur Ausgabe. Es bringt die Fortsetzung des Romans „Die Kapitulanten des Mississippi“ von Friedrich Gerstädt; ferner die Fortsetzung des Romans „Gabriel Lambert, der Galcerensklave“ von Alexander Dumas, außerdem eine kleine Erzählung „Ein König der Fälscher“, sowie „Dies und Jenes“, „Wig und Scherz“, die den Inhalt des Heftes vervollständigen.

Der Geschäftsbericht des Berliner Gewerkschaftshauses für das Jahr 1903 zeigt einen günstigeren Abschluß als die vorhergehenden. In den Krisenjahren 1901 und 1902 waren Verluste von je etwa 10000 Mark gebucht worden — in dem Sinne, daß die erreichten Ueberschüsse nicht zu den geschäftsmäßigen Abschreibungen ausreichten.

Zimmer wieder ist, namentlich an die organisierte Arbeiterschaft, die Aufforderung zu richten, das von den Gewerkschaften geschaffene Unternehmen mit allem Nachdruck zu unterstützen. Die Verbindungen zum Gewerkschaftshaus sind günstige. Von den Bahnhöfen Zannowitzbrücke, Schlesischer Bahnhof, Göttinger Bahnhof und dem Bahnhof Kottbuscher Thor der Hoch- und Untergrundbahn führen elektrische Straßenbahnen bis unmittelbar an das Haus (Haltestelle Adalbertstraße).

Table with 3 columns: Linie, bis O oder E, bis A, bis B, bis C, bis D, bis F. It lists various tram lines and their routes.

Warnung vor einer Krankenkasse. Der Polizeipräsident teilt folgendes mit: In Essen ist unter dem Namen „Vaterländischer Kranken-Unterstützungsverein zu Essen a. d. Ruhr“ eine Kranken- und Begräbniskasse ins Leben getreten, die bisher behördlicherseits weder als eine eingeschriebene Hilfskasse, noch als Privat-Versicherungsunternehmen zugelassen ist.

Übermal ein Zwischenfall im Schwurgerichtssaale. Eine gestern vor dem Schwurgericht anstehende Verhandlung verfiel aus einem ungewöhnlichen Grunde der Vertagung. Angeklagt war ein Mann wegen Urkundenfälschung, die Verteidigung führte Rechtsanwalt Walter B a h n. Dieser stellte im Laufe der Verhandlung an einige Zeugen eine ganze Reihe von Fragen, die vom Vorsitzenden, Landgerichtsrat Casper, zugelassen und nicht beanstandet wurden.

hin erschien Justizrat Dr. Friedmann im Schwurgerichtssaale. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er die Verteidigung übernehme, erklärte er aber: Abgesehen von geschäftlicher Behinderung müsse er es auch aus principielle Gründe ablehnen, den Erklären statzugeben. Er halte es nicht für angängig, in einer Schwurgerichtssache ohne jede Vorbereitung, ohne Einsicht in die Akten und ohne Rücksprache mit dem Angeklagten die Verteidigung zu führen.

Wieder eine Familientragödie.

In der Wollankstraße zu Pantow erschoff gestern, Mittwochmorgen der 56 Jahre alte Prokurist Theodor Brambach seine 41 Jahre alte Frau Eva geb. Michell, seinen 10jährigen Sohn Theodor und sich selbst. Wieder sind es zerrüttete Vermögensverhältnisse, die zu der Katastrophe führten, und es ist nicht ausgeschlossen, daß das Drama in der Wilhelmstraße Brambach draußen Veranlassung gab, zur That zu schreiten.

Brambach stammt aus Siegburg in der Rheinprovinz und war früher als Kaufmann viel auf Reisen. In Brüssel lernte er die dort gebürtige Erzieherin Eva Michell kennen, die mit ihm ein Liebesverhältnis einging und ihm nach Berlin folgte. Das Verhältnis, aus dem der Knabe hervorging, führte erst vor zwei Jahren zur Ehe, nach deren Abschluß der Sohn anerkannt wurde.

Edenja wie Befese führte Brambach am Vorabend der Katastrophe seine Familie in den Circus. Vielleicht veranlaßte ihn dazu die Feste des Gerichts über die Tragödie in der Wilhelmstraße in den Abendblättern. Nach der Heimkehr vom Circus trank er mit Frau und Sohn Rotwein, Sekt und Scherz, um sicher einzuschlafen, öffnete die Gasöhne und legte sich dann mit seiner Familie zur Ruhe, um den Tod zu erwarten.

Der durch das Mädchen benachrichtigte Freund kam gleich mit der Polizei und einem Arzt in die Wohnung geeilt, alle drei Insassen waren aber schon tot. Die Leichen blieben in der Wohnung, die verschlossen wurde, da heute eine Gerichtskommission sie besichtigen will.

Zum Fall Befese.

Zu dem Drama in der Wilhelmstraße wird dem „Berliner Tageblatt“ noch von privater Seite geschrieben: Karl Befese, in Münstere als Sohn des Oberlieutenants a. D. B. geboren, erhielt in sehr jungem Alter sein Lieutenantpatent. Im Kriege gegen Frankreich zeichnete er sich durch besondere Tapferkeit aus. Das Geschick von Thionville sah ihn mitten in Angelegen. Er wurde verwundet, aber nicht kampfunfähig. Wegen seiner Verdienste erhielt er das Eisene Kreuz zweiter Klasse.

Die Grabstätte Heinrichs o. Meißel und seiner Freundin Henriette v. Vogel, die in der Nähe des Wannsees vereint begraben liegen, wird, wie die Blätter melden, demnächst veräußert. Der kleine Waldhügel birgt jetzt die sterblichen Reste der beiden Unglücklichen seit bald 100 Jahren. Das Terrain wird parzelliert und auch für den Bau des Friedrich Leopold-Kanals gebraucht, so daß eine Exhumierung der Leichen in kurzem notwendig wird.

Auch ein Lebensbild. Ein „Lebensbild“ macht seit kurzem mit Selbstmordversuchen ein gutes Geschäft. Vor einigen Nächten entfiel gegen 12 1/2 Uhr morgens an der Weidenammer Brücke eine Menschenanammlung. Ein etwa 30jähriger Mann hatte den Versuch gemacht, das Geländer zu übersteigen und sich in das Wasser zu stürzen. In dem letzten Augenblick war er von Passanten an der

Selbstmordabsicht gehindert. Der wider seinen Willen Gerettete war ganz verzweifelt; er wollte immer wieder in das Wasser springen, um den Qualen des Hungers ein Ende zu bereiten. Die Gutmütigkeit der Berliner bewährte sich auch in diesem Fall. In wenigen Minuten war eine nicht unbeträchtliche Geldsumme zusammengebracht und dem Kermsten, der sich für einen stellenlosen Kaufmann ausgab, ausgehändigt worden. Das Ergebnis dieses Selbstmordversuches hat dem „Lebensmüden“ jedenfalls gefallen, denn bereits in der folgenden Nacht war er wieder halb verhungert und in der Absicht, zu sterben, an der Weidenammer Brücke. Leider wurde erst zu spät die Komödie erkannt, nachdem der Gerettete mit dem abermals gesammelten Gelde sich entfernt hatte. Der Spekulant dürfte jedenfalls ähnliche Selbstmordversuche an anderer Stelle wiederholen.

Wann wird der Unfug ein Gede nehmen? Ein Unglücksfall beim Probieren eines neuen Looping the loop passierte heute vormittag 12 Uhr auf einem Zimmerplatz am Rahbachufer in Rixdorf. Dort probierte seit längerer Zeit ein Radfahrer namens Wötter einen neuen Trick, betriebe die neue Schleife, und hatte bisher immer Erfolg. Als er jedoch heute eine endgültige Probe ablegen wollte, stürzte er bei der Abfahrt aus der Schleife heraus und zog sich einen Knochenbruch am linken Fuß zu. Er wurde nach dem Krankenhaus „Am Urbon“ überführt.

Eingebildete Nachstellungen eines Mädchens haben den 23 Jahre alten Schlosser Otto Wolgast in den Tod getrieben. Der junge Mann glaubte, daß die Tochter einer Arbeiterfamilie ihn verfolge, um ihm Liebesanträge zu machen. Die Leute schidten, um ihn zu beruhigen, das Mädchen, das bis dahin geschmeidert hatte, in einen Dienst. Aber auch jetzt fühlte sich Wolgast nicht sicher und zog weit ab nach der Gubenerstraße. Seine Arbeit auf dem Lehrter Bahnhof gab er auf. Die Einbildung trieb ihn schließlich so weit, daß er sich in einer Laube des Nachbargrundstückes, Gartenstraße 49, eine Revolververfugel in die linke Brustseite schoß. Bald darauf erlag er der Verletzung.

Zum Selbstmord des Regierungsrat Brendel wird amtlich gemeldet: In verschiedenen Pressemeldungen wird berichtet, der Regierungsrat Brendel sei am vergangenen Dienstag im Anschluß an eine polizeiliche Vernehmung zum Selbstmorde geschritten. Demgegenüber ist festzustellen, daß Regierungsrat Brendel am Sonnabend, den 5. d. Mts., bei dem Dirigenten der Kriminalpolizei Mitteilung von dem ihm zur Kenntnis gelangten Verurteilungen des Professor Reinhardt gemacht hat. Seit diesem Zeitpunkt ist der Verstorbene weder auf dem Polizeipräsidium noch einer anderen Dienststelle dieser Behörde zur Sache gehört worden. Insbesondere ist es nicht richtig, daß Brendel nach Festnahme des Reinhardt eine Besprechung auf dem Polizeipräsidium gehabt hat.

Der Prozeß Landwind u. Gen. Am 23. März beginnt vor der Strafkammer des Landgerichts II der Beleidigungsprozeß gegen den Erfinder Gaswindt und seine beiden Getreuen, seinen Schwager Doft und den ehemaligen Fortaccessisten Schröder. Alle drei stehen beamtlich unter der Anklage, durch ihre Circulare, mit denen sie ihre „Zeitspäter“ von Zeit zu Zeit bei guter Laune zu erhalten suchten, den früheren Schöneberger Polizeipräsidenten Hammacher und den Kriminalkommissar Nees beleidigt zu haben. Für die Verhandlung, die im kleinen Schwurgerichtssaal stattfindet, sind 3-4 Sitzungstage vorgesehen.

Straßenperrung. Die Sülterstraße vom Nord-Ufer bis zur Seebrücke wird behufs Asphaltierung vom 14. d. M. ab bis auf weiteres für Fußverke und Reiter gesperrt.

Die Universitäts-Franco-Klinik in der Artilleriestraße wird im nächsten Herbst wesentlich erweitert und zu diesem Zwecke ein neuer Anbau hochgeführt werden. Der umfangreiche Anbau wird auf dem Hintergelände der alten Klinik errichtet. Die Front des aus grauem Sandstein herzustellenden Hauptgebäudes erstreckt sich an der verlängerten Krausenstraße und schließt sich der im Bau befindlichen Kaiser Friedrich-Brücke an. Die Verwaltungsräume werden nach dem Hauptgebäude verlegt. Gleichzeitig werden mehrere neue Krankenstationen hergestellt und auch in dem alten Frontgebäude in der Artilleriestraße die Krankenstationen erweitert werden.

Feuerbericht. In der Nacht zum Mittwoch wurde die Wehr nach der Amienstr. 126 gerufen, weil hier im Vorterrassenhof in der Instrumentenfabrik von J. Merting Feuer ausgebrochen war, das auch den Fußboden erfasste. Es gelang indes die Gefahr leicht zu beseitigen. Kurz vorher lief ein Alarm von dem „Heimhof“ in der Schauffestr. 39 ein. Hier standen in der Metallschmelzerei von Wärdwald Nachf. Bretter, Risten und Verpackungsmaterial in Flammen, die indes von der vierten Compagnie bald erstickt werden konnten. In der Gontardstr. 5 mußte gegen Abend im vierten Stock in einer Wohnung ein Brand beseitigt werden, der Möbel, den Fußboden u. ergriffen hatte. Wegen eines Wasserrohrbruches wurde die Wehr später nach der Neuen Schönhauserstr. 20 gerufen. Die übrigen Alarmerungen, die in den letzten 24 Stunden noch aus der Müngstr. 27, Androssstraße und noch aus verschiedenen anderen Orten einliefen, waren auf ganz geringfügige Anlässe zurückzuführen.

Julius Seeth, der kühne Löwenbezwinger, ist Direktor der Circusbau-Aktiengesellschaft in Frankfurt a. M. geworden. Die Gesellschafter der Circusbau-Gesellschaft m. b. H. haben Seeth, der seit 23 Jahren als Artist alle Gegenden des In- und Auslandes bereist hat, zum Direktor gewählt; daraus folgt, daß der berühmte Dressieur und Dompteur jetzt im Frühjahr nach Frankfurt übersiedelt und mit dem Schluß der gegenwärtigen fünften Saison des Circus A. Schumann in Berlin, seine Tätigkeit als Löwendompteur beschließt. In zwei Jahren hätte Seeth sein 25jähriges Jubiläum begangen. Ueber den Verbleib seiner Löwenherde hat sich der Dompteur weiteres vorbehalten. Die große Raubtierherde, wie sie jetzt noch im März im Circus Schumann zu sehen ist, wird zweifellos nie wieder präsentiert werden. Das ist unbedingt sicher, weil Julius Seeth schon von diesem Sommer an von seinem neuen Beruf in Anspruch genommen wird.

Aus den Nachbarorten.

In Schmargendorf hat die gestrige Wahl zur Gemeinde-Vertretung kein endgültiges Resultat gebracht. Es erhielten unser Parteigenosse Pudlich 79 Stimmen, der Bürgervereiner 69 und der Antiparteier 118 Stimmen. Die Stichwahl ist auf den 18. März, abends von 5 bis 8 Uhr, angesetzt.

Die Rixdorfer Stadtverordneten-Versammlung setzte am Dienstag die Stabsberatung fort. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung erklärte Stadtv. Wuyly (Soz.): Ueber den Schluß der Montagsdebatte über die Entlassung von zwei Arbeitern sage das „Rixdorfer Tageblatt“: „Die Fragesteller erklären sich durch die Mitteilungen des Stadtbaurats für besriedigt.“ Das sei nicht richtig. Demgegenüber müsse er ausdrücklich erklären, daß die sozialdemokratische Fraktion weit davon entfernt sei, sich mit der Erklärung des Baurats zufrieden zu geben. Vielmehr stehe man nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die städtische Verwaltung sich in einer ihr nicht geziemenden Weise von Stummischen Geiste habe leiten lassen. — Dann kamen die Magistratsmitglieder Weinreich und Voigt mit Erklärungen zu der Debatte über die Kirchensteuer. Sie suchten die Angriffe vom Montag durch die Feststellung zu entkräften, daß selbst zwei der sozialdemokratischen Redner entgegen ihrer Behauptung durch gar keine oder eine mißverständliche Eintragung unter: „Religion“ in der Personenstandsliste, ihre Veranziehung zur Kirchensteuer verschuldet hätten. Aus zwei Heftigen Strichschreien, die man zur Not als ein kleines „v“ ansehen kann, wollte man herleiten, daß der Stadtv. Pöschler (Soz.), der Dissident ist, „ev.“ (evangelisch) hineingeschrieben habe, während nach seiner Erklärung am Montag sein Auscheiden aus der Kirche deutlich ersichtlich sein sollte. — Pöschler bestritt, heftig erregt, ganz entschieden, ein „ev.“ in die Liste hineingeschrieben zu haben, worauf Bürgermeister Voigt ebenso erregt sich in einer heftigen Erwiderung zu Mitteilungen aus einer Deputation, die sonst so ährst verpönt sind, hureisigen ließ, um Pöschler als einen im Punkte Wahrheit unzuverlässigen Menschen hinzustellen. Es handelte sich um ein Urteil des in jenem Fall sachverständigen Gen. Pöschler über Gebrauchsartikel, die die Stadt von einem Lieferanten aus Rixdorf bezogen hatte. Pöschler hatte die Ware für minderwertig erklärt, für die der Preis der La Qualität gezahlt sei. — Stadtv. Pöschler verwahrte sich dagegen, die Sache hier hineinanziehen und ihn bezüglich ihrer der Unwahrheit zu zeihen. Er machte sich auch jetzt noch anheischig, die Wahrheit seiner damaligen Angabe, daß die La Qualität vom Lieferanten für den höheren Preis bei der Stadt untergebracht sei, zu beweisen. Wenn der Bürgermeister feststelle, daß der Artikel durch den Lieferanten gemäß dem Bunde der Stadt von einer berühmten Fabrikationsfirma bezogen sei, so wolle Redner das gar nicht bestritten; diese Firma fertige eben denselben Artikel in verschiedenen Qualitäten zu entsprechend verschiedenen Preisen an. Er verlangte Einsetzung einer Kommission, um die Richtigkeit seiner Angaben nachzuweisen. — In diese Debatte, bei der es zu wilden Szenen kam, griffen sozialdemokratische auch Hoppe, Conrad, Bach, Silberstein ein. Besonders wurde an der Hand von drastischen Einzelsätzen festgestellt, daß der Magistrat keinen Anlaß habe, sich wegen mehrerer ungenauer Angaben in Hausstandslisten auf hohe Pferd zu setzen. Was ist trotz genauer Ausfüllung der Liste sieben Jahre lang fast jedesmal zur Zahlung von Kirchensteuer aufgefördert worden, auch diesmal wieder, obwohl er mehrmals dem Steuerbureau unendlich den vor 14 Jahren erfolgten Austritt aus der Landeskirche nachgewiesen hat. Der Vater des Dr. Silberstein war auch bedacht worden, obwohl er zeitweilig, wie Dr. Silberstein sagte, ein guter Jude gewesen sei. Aehnliche Fälle liegen sich viele anführen. Hoppe, Conrad und Hesse rügten scharf die Art des Auftretens des Bürgermeisters, der sich seinerseits wegen der Angriffe auf die Steuerverwaltung dazu berechtigt hielt.

Die weitere Stabsberatung wurde dann soweit gefördert, daß sie in einer dritten Sitzung zu Ende geführt werden kann.

Zu einiger Erregung kam es noch beim Etat des Waisenhauses beziehungsweise Armenhauses. Dr. Silberstein (Soz.) führte aus: Er habe bei einem am Montag aus der Waisensteinabteilung des Armenhauses entlassenen und vom Armenarzt ins Krankenhaus geschickten dreijährigen Kinde folgendes festgestellt: Es zeige mehrere 5 bis 6 Centimeter lange, zum Teil noch längere tiefe Striemen, die die Form von Narben hätten. Im Hinterkopf habe es ein marktschreierisches Loch, das bis auf den Knochen gehe. Die Mänder seien rasiert, woraus auf eine Behandlung durch einen Arzt oder eine ärztlichähnliche Person zu schließen sei. Das Loch entleere einen elend stinkenden jauchigen Eiter. Der Armenarzt Dr. Pöschler stimme mit ihm darin überein, daß das Kind mißhandelt worden sei. Das müsse in gerader bestialischer Weise geschehen sein. Nach der Behauptung einer Wärterin soll sich das Loch aus einem Fiedelchen entwickelt haben. Das sei, wie auch der Anstaltsarzt Dr. Vogel zugebe, nach dem Stande der ärztlichen Wissenschaft unmöglich. Eine strenge Untersuchung und die Entfernung des zu ermittelnden Schuldigen sei geboten. Ferner frage es sich, wie es möglich war, daß das Kind nicht schon längst ins Krankenhaus gebracht wurde. Ein zweites Kind, zweijährig, das zugleich im jämmerlichsten Zustande aus der Waisensteinabteilung geholt und ins Krankenhaus gebracht wurde, sei schon verstorben. Beide Kinder hätten verhungert ausgesehen, während sie nach der Behauptung einer katholischen Schwester ziemlich gut genährt ins Armenhaus gekommen seien. Wie es sich mit einem großen gelb-schwarzen Fleck auf der Wange des dreijährigen ursächlich verhält, lasse er dahingestellt. — Bürgermeister Voigt, Stadtrat Hoffmann und Stadtv. Abraham machen dem Vorredner ziemlich heftig zum Vorwurf, daß er nicht erst den Ausgang der sofort eingeleiteten und noch nicht abgeschlossenen Untersuchung abgewartet habe. — Dr. Silberstein weist den Vorwurf der Sensationslust energisch zurück. — Die Weiterberatung des Etats wird vertagt.

Gehen-Schönhausen. In die Gemeindeverordneten sind zum erstenmal auch die Parteigenossen am hiesigen Orte eingetreten. Trotz der ungünstigen Wahlzeit und obwohl erst in letzter Stunde die Aufstellung eines Sozialdemokraten möglich wurde, gelang es doch, 22 Stimmen auf diesen zu vereinen. Mit dem Rufe: „Die Social-

demokraten kommen!“ glückte es dem „Konservativen Volksverein“ noch einmal, mit 51 Stimmen die Oberhand zu gewinnen. Der „unpolitische Arbeiterverein“, dem leider wie auch dem vom Landratsamte protegierten „Volksverein“ immer noch „Arbeiter“ angehören, brachte für einen eignen Kandidaten 12 Stimmen auf. Unter den 51 konservativen Stimmen waren 21 papierne Wähler und darunter eine Reihe „Vollmachten“ von am Orte wohnenden Nichtgrundbesitzern, die, selbst zu bequem, zur Wahl zu gehen, einfach „Vollmacht“ gegeben haben. Die Wahl wird angefochten werden und muß ungültig sein.

Lichtenberg. Wir erhalten folgende Zuschrift: Im Bericht der Nr. 57 heißt es in dem Bericht über die Stabsberatung u. a.: „Der Gemeindevorsteher giebt die Erklärung ab, daß die von unsrem Redner (Genossen Grauer) beherrschten Petitionen der Gemeindearbeiter von außen hineingebracht seien, denn ihm sei berichtet worden, daß den Gemeinde-Arbeitern der Inhalt der Gesuche gar nicht vorgelegen habe.“ Demgegenüber ist zu erwidern, daß es sich um zwei Petitionen handelt, eine von den Gasanstaltsarbeitern, Abschaffung des 24 stündigen Schichtwechsels betreffend, die andre von den Laternenwärttern, welche die Aufbesserung ihres Lohnes von 55, 59 und 64 Mark monatlich (ein einziger erhält 69 Mark monatlich) dahin anstrebt, daß er auf 60 bis 80 Mark von 5 zu 5 Ja ren um 5 Mark monatlich usw. ansteigt. Diese letztgenannte Petition der Laternenwärter hat den Genannten in ihrer Versammlung nicht nur vorgelegen, sondern sie haben sämtlich, einer nach dem andern, diese Petition eigenhändig unterschrieben, und ich habe als ihr Beauftragter diese Petition im Anfang Januar dem Gemeindevorstand von Lichtenberg zugehändigt.

Erst Königl. städtischer Laternenwärter, O. 112, Frankfurter Allee 137.

Friedrichshagen. Vom Tode überrascht wurde am Mittwochnachmittag auf dem Wege zwischen Friedrichshagen und Hirschgarten ein etwa 40 Jahre alter, dem Malerhandwerk angehöriger Mann, welcher mit der Bahn von der Richtung Ermer gekommen war. Ein Schlaganfall hat dem Leben dieses noch rüstigen Mannes ein Ziel gesetzt. Die Leiche wurde in das Leichenschauhaus zu Friedrichshagen gebracht.

Vermischtes.

Von einem furchtbaren Unglück ist unser Parteigenosse Dr. Fr. Dieckhoff von der „Sächs. Arbeiter-Zeitung“ und seine Gattin in Dresden betroffen worden. Ihr einziges Kind, ein dreijähriges Mädchen, ist, während die Eltern abwesend waren, aus dem Fenster des dritten Stockes geführt. Das arme Kind war aus dem Bette aufgestanden und hatte das Fenster geöffnet; der Sturz auf das Pflaster des Hofes hat es sofort getödtet.

Von den Ueberschwemmungen in den Vereinigten Staaten wird weiter gemeldet, daß in mehreren Staaten, namentlich in Pennsylvania, Hochwasser große Verderben anrichten. Die Lage ist namentlich in Harrisburg und Wilkesbarre ernst; dort ist der Bahnverkehr gehemmt, Brücken sind weggerissen und Bergwerke unter Wasser gesetzt. In den tiefer gelegenen Bezirken müssen die Häuser von den Bewohnern verlassen werden.

Amerikanische Unjustiz. Aus New York meldet der Draht: In Springfield (Ohio) wurde am Montag ein Regter von Weihen gelühdrt. Der Regter soll eine weiche Frau erschossen haben. Dienstag drangen ungefähr zweitausend Weihen mit Revolvern und Fackeln in das Regterviertel und steckten den östlichen Teil in Brand. Sie drohen, auch im westlichen Teil Feuer anzulegen. Um einem Rassenkampf vorzubeugen, sind acht Kompanien Militär nach Springfield entsandt worden. Ob bei den Ausschreitungen schon Menschen ums Leben gekommen sind, ist noch nicht festgestellt.

Ein späteres Telegramm aus Springfield meldet, daß bei dem von Weihen im Regterviertel angelegten Feuer 20 Mietskafnern zerstört wurden.

Eine kaum glaubliche Geschichte wird der „Neuen Bayer. Landes-Zeitung“ aus Nürnberg geschrieben: In dem Vorort Glashammer unternahm ein schulpflichtiger Anablen regelrechte Raub- und Streifzüge. Die Beute wurde von ihm zumeist in Neubauten verzeht und, soweit selbige in Cigaretten bestand, verdampt. Am letzten Mittwoch war wieder eine Rauber-Zusammenkunft. Ein Mitglied, das besonders viel auf dem Kerbholz hatte und einer strengen Verstrafung entgegen sah, erhielt von dem „Ehrentiger“ den Rat, sich aufzuhängen. Ein Strick war bald zur Stelle. Um die Sache feierlich zu machen, wurden Kerzen angezündet, und das Lied wurde gesungen: Stieflein, mußt sterben, — Bist noch so jung, so jung! — Wenn das der Absah wüß', — Daß Du schon sterben müß', — Thät er sich grämen — Bis in den Tod. —

Und bald darauf war der Gehängte eine Leiche. Am Sonnabend wurde der jugendliche Selbstmörder in St. Peter beerdigt.

Marktpreise von Berlin am 8. März 1904

nach Ermittlungen des hgl. Polizeipräsidiums.

*Weizen, gut D-Gtr.	17,40	17,38	Wartofeln, neue D-Gtr.	7,00	6,00
mittel	17,32	17,28	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,80	1,30
gering	17,24	17,20	do. Bauch	1,40	1,10
*Roggen, gut	13,25	13,23	Schmalzschliff	1,60	1,00
mittel	13,21	13,19	Rahmschliff	1,80	1,30
gering	13,17	13,15	Sammelschliff	1,80	1,30
*Gerste, gut	14,40	14,40	Butter	2,80	2,00
mittel	13,30	13,30	Eier	60 Stück	4,60
gering	12,20	11,20	Starkbren	1 kg	2,40
*Hafer, gut	15,50	14,70	Hale		3,00
mittel	14,60	13,70	Hander		2,80
gering	13,60	12,80	Dechte		2,20
Nichtstroh	4,00	3,22	Barische		1,80
Gerben	7,40	4,80	Schleie		3,00
Speisebohnen	40,00	28,00	Beize		1,40
Linsen	50,00	28,00	Archie	per Schock	15,00
	60,00	25,00			3,00

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Wichtig für jede Hausfrau!!!

Darstellung des Eiweißgehaltes, den man für eine Mark bei Fischen und Fleisch erhält. Nach den Untersuchungen über den Nährwert der Seefische von Prof. Dr. Lehmann, Göttingen.

fett	mager	fett	mager	Heilbutt	Scholle	Seelachs	Cabliau	Schellfisch
Rindfleisch	Kalfleisch							

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

Grösste Hochseefischerei Deutschlands mit 32 eignen Fischdampfern.
Filiale: Bahnhof Börse, Bogen 8-10,
Filiale II: Prinzenstr. 30 (am Moritzplatz), | Niederlage: Matalstrasse 22 (im Schlesischen Bahnhof).
Prämiiert auf der Internationalen Fischerei-Ausstellung in Wien 1902 mit der höchsten Auszeichnung: Staats-Ehrendiplom und Ehrenpreis für hervorragende Leistungen auf dem Gebiete der Hochseefischerei, des Fischhandels und des Fischtransportes.
Prämiiert auf der 7. Berliner Kochkunst-Ausstellung 1904.
Umfangreiche Fischkochbücher erhalten Käufer gratis.

Alle Fischarten treffen infolge ergiebiger Fänge täglich frisch in Kühlwaggons ein und empfehlen wir:

Pa. Schellfische	in allen Größen pro Pfund	20-35	Pf.
Gr. Schellfische	im Anschnitt pro Pfund	30	Pf.
Pa. Rotzungen	(Ersatz für Seezungen) pro Pfd.	65-70	Pf.
Austernfisch		35-40	Pf.
Pa. Knurrhahn	30 Pf. Goldbars pro Pfd.	40	Pf.
Pa. Steinbutten	in allen Größen pro Pfd.	1.40-1.50	M.
Pa. grosse Schollen	pro Pfd.	55-60	Pf.
Pa. Seezungen	in allen Größen pro Pfd.	1.50-2.20	M.
Stockfisch	pro Pfd.	75-80	Pf.
Feinste Tafelzander	Pfd.	60-70	Pf.

Ferner alle Arten geräucherter u. marinierte See-Fische billig.

Verantw. Redakteur Julius Kallisch, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsanstalt u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.